

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

152

Wien, am 1. Juni 1932.

## Der Rückgang des Bierkonsums im April.

Auf Grund der vom Magistrat eingehobenen Bierverbrauchsabgabe kann festgestellt werden, dass der Bierausstoss im April 1931 noch 109.011 Hektoliter gross gewesen ist, im vergangenen April hingegen bloss 87.755 Hektoliter betragen hat. Die Verminderung beträgt demnach 21.256 Hektoliter. In der Zeit vom Jänner bis einschliesslich April 1932 war der Ausstoss 290.567 Hektoliter gross, denen in der gleichen Periode des Vorjahres 369.077 Hektoliter gegenüberstehen. Der Minderausstoss beläuft sich somit auf 78.510 Hektoliter oder mehr als 21 Prozent. Die fortgesetzte Verschlechterung der Wirtschaftsverhältnisse einerseits und das starke Vordringen des billigen Weines andererseits kommen darin zum Ausdruck.

-----

## Sprechstunden im Rathaus.

Die Sprechstunde des amtsführenden Stadtrates für Ernährungs- und Wirtschaftswesen Julius Linder findet jeden Donnerstag von 10 Uhr bis 13 Uhr statt.

-----

## Freie Aertzestellen.

Im Status der Anstaltsärzte der Landesheil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" gelangen die Stellen dreier ordinierender Aerzte mit den Anfangsbezügen nach Gruppe Ia, Klasse 7, Stufe 1 des Gehaltsschemas der städtischen Angestellten zur Besetzung. Die Bedingungen der Anstellung, die nach zweijähriger zufriedenstellender Dienstleistung eine definitive wird, sind die österreichische Staatsbürgerschaft, das Doktorat der gesamten Heilkunde und eine entsprechende Anstaltspraxis. Die Dienstverpflichtung beträgt 41 Stunden wöchentlich; die Ausübung der Privatpraxis ist untersagt. Gesuche um diese Stelle, die mit den entsprechenden Personaldokumenten, dem Nachweis über das an einer inländischen Universität erlangte Doktorat der Heilkunde, ferner dem Nachweis über die österreichische Bundesbürgerschaft und die entsprechende Ausbildung belegt sein müssen, sind bis längstens 15. Juni im Büro der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten, Neues Rathaus, einzubringen. Bereits im Dienste der Gemeinde Wien stehende Bewerber haben ihre Gesuche im Dienstwege vorzulegen. Diesen Gesuchen ist nur der Nachweis über die entsprechende Ausbildung anzuschliessen. Den bereits im Dienste stehenden Bewerbern bleibt die allfällig bereits erworbene definitive Anstellung sowie der allfällig höhere Rang gewahrt. Die Gesuche sind mit einem Bundesstempel im Betrage von 1 Schilling, die Gesuchsbeilagen, sofern sie nicht ohnehin gestempelt sind, mit einem Bundesstempel im Betrage von 20 Groschen zu versehen.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

153

II. Ausgabe.

Wien, am 1. Juni 1932

## Konstituierung von Bezirksvertretungen.

Heute fand die Konstituierung der Bezirksvertretungen Landstrasse, Wieden, Margareten, Neubau, Favoriten, Simmering, Rudolfsheim, Hernals und Döbling statt. Die Wahlakte leiteten für Vertretung des Bürgermeisters Vizebürgermeister Emmerling und die amtsführenden Stadträte Linder, Richter, Speiser und Weber. Die Wahlergebnisse der neu konstituierten Bezirksvertretungen lauten:

### Landstrasse:

Bezirksvorsteher: Lahner Adolf (soz. dem.),  
Bezirksvorsteher-Stellvertreter: Dr. Tavs Leopold (nat. soz.).

### Wieden:

Bezirksvorsteher: Albrecht Gottfried (soz. dem.),  
Bezirksvorsteher-Stellvertreter: Ing. Murauer Rudolf (nat. soz.).

### Margareten:

Bezirksvorsteher: Rister Leopold (soz. dem.),  
Bezirksvorsteher-Stellvertreter: Pokorny Karl (chr. soz.).

### Neubau:

Bezirksvorsteher: Dr. Maurer Emil (soz. dem.),  
Bezirksvorsteher-Stellvertreter: Dürnbacher Wilhelm (chr. soz.).

### Favoriten:

Bezirksvorsteher: Sigl August (soz. dem.),  
Bezirksvorsteher-Stellvertreter: Krist Johann (chr. soz.).

### Simmering:

Bezirksvorsteher: Pantucek Eduard (soz. dem.),  
Bezirksvorsteher-Stellvertreter: Fuhry Johann (chr. soz.).

### Rudolfsheim:

Bezirksvorsteher: Kinkor Franz (soz. dem.),  
Bezirksvorsteher-Stellvertreter: Klambauer Eduard (chr. soz.).

### Hernals:

Bezirksvorsteher: Haidl Anton (soz. dem.),  
Bezirksvorsteher-Stellvertreter: Redl Josef (chr. soz.).

### Döbling:

Bezirksvorsteher: Seleskowitsch Josef (soz. dem.),  
Bezirksvorsteher-Stellvertreter: Karasek Franz (chr. soz.).

Es sind nun in allen Bezirken Wiens die Bezirksvorsteher und deren Stellvertreter gewählt.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

154

Wien, am ~~2. Juni 1932~~.

Aus der Wohlfahrtspflege der Gemeinde Wien.

Bericht über März 1932.- Für die offene Fürsorge der Gemeinde Wien in einem Monat über zwei Millionen Schilling aufgewendet.- 429.996 Speiseportionen bei den Kinderausspeisungen ausgegeben.

Nach einem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik wurden im vergangenen März in der offenen Fürsorge der Gemeinde Wien für Erhaltungsbeiträge 1,232.200 Schilling, für Pflegebeiträge 527.800 Schilling, für Pflegegelder 188.200 Schilling und für Aushilfen 137.000 Schilling aufgewendet. Insgesamt wurden für diese Zweige der Fürsorge im Berichtsmonate 2,075.200 Schilling aufgewendet, um 43.300 Schilling mehr als im Februar dieses Jahres und um 200.300 Schilling mehr als im März 1931.

Die städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten nahmen im vergangenen März 3.096 Personen auf, das sind um 318 Personen weniger als im Februar dieses Jahres und um 729 weniger als im März 1931. Die Zahl der in den städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten geleisteten Verpflegstage betrug 538.483; davon entfallen 240.357 Verpflegstage auf die Versorgungshäuser, 160.082 Verpflegstage auf die Anstalten für Geisteskranke und 67.669 Verpflegstage auf die Krankenanstalten.

Die städtischen Kindergärten besuchten im letzten März täglich durchschnittlich 6.696 Kinder, die städtischen Kinderhorte täglich durchschnittlich 1.853 Kinder. Bei den Kinderausspeisungen der Gemeinde Wien wurden im Berichtsmonate insgesamt 429.996 Speiseportionen ausgegeben, um 39.814 Speiseportionen mehr als im Februar dieses Jahres.

Die städtischen Mutterberatungsstellen führten im Berichtsmonate 24.085 Beratungen durch; das sind um 4.112 Beratungen mehr als im Februar dieses Jahres, aber um 117 Beratungen weniger als im März 1931.

Nach dem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik lagen am 31. März dieses Jahres dem Arbeitsnachweis der Stadt Wien 36.429 unerledigte Stellengesuche gegenüber 44 Stellenanboten vor; der Arbeitsnachweis der Stadt Wien führte im Berichtsmonate 218 Vermittlungen durch.

.....

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbelichtung.

In der nächsten Zeit werden auf der Wieden der Resselpark, der Alte Obstmarkt, die Resselgasse und Treitlstrasse mit elektrischer Beleuchtung versehen. Der Magistrat hat die Aufträge zur Durchführung der notwendigen Installationsarbeiten bereits vergeben.

.....

Freigabe der Hauptallee.

Auf Ansuchen der Wiener Reiter-Vereinigung hat der Magistrat die Prater-Hauptallee anlässlich des Reit- und Fahrtturniers morgen, Freitag, von 8 Uhr bis 20 Uhr in der Strecke vom Praterstern bis zur Rotundenallee für Benzinkraftfahrzeuge mit Ausnahme von Krafträdern, Last- und Gesellschaftswagen freigegeben.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 155  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 3. Juni 1932.

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 3. Juni 1932.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 17 Uhr.

Der Bürgermeister stellt zunächst fest zu welchen Punkten der Tagesordnung Wortmeldungen vorliegen und erklärt die übrigen Anträge als genehmigt.

Unter den Anträgen, die ohne Debatte angenommen werden, befindet sich der Antrag auf eine Subvention zu den Erhaltungskosten des Kinderschutzhauses in Schwarzau auf einen Ehrenpreis von 500 Schilling für die Kunstgemeinschaft, betreffend die Ausführung einer Wohnhausanlage III., Obere Bahngasse, betreffend die Fortsetzung der Aktion "Heimbauhilfe", ferner Grundankäufe und die Aenderung bzw. Ergänzung von Flächenwidmungsplänen.

Als der Bürgermeister erklärt, dass nunmehr in die Beratung des 1. Punktes der Tagesordnung eingegangen werde, überreicht ihm der nationalsozialistische Gemeinderat Mühlberger eine Reihe von Anträgen.

Der Bürgermeister macht darauf aufmerksam, dass Anträge rechtzeitig das ist vor Beginn der Sitzung überreicht werden müssen, und ersucht in der Zukunft sich daran zu halten. Er wolle heute eine Ausnahme machen und die Anträge auch jetzt entgegennehmen.

Der Bürgermeister gibt sodann bekannt, dass sich unter den Anträgen der nat. soz. Gemeinderäte auch ein Antrag befindet, der offenbar die Wortmeldungen zur heutigen Tagesordnung betrifft. Diese Wortmeldungen können nur entgegengenommen werden, insoweit sie sich auf Punkte beziehen, welche noch nicht als angenommen erklärt worden sind.

Der Bürgermeister erklärt schliesslich, dass er über die Notwendigkeit der dringlichen Behandlung der ihm überreichten dringlichen Anträge der nationalsozialistischen Gemeinderäte am Schluss der Sitzung abstimmen lassen werde.

St. R. Speiser (soz. dem.) berichtet sodann über die Aenderung der Bestimmungen des Arbeitsvertrages für die Arbeiter des städtischen Kanalräumungsbetriebes über die Zulagen.

GR. Stöger (chr. soz.) bemerkt, dieser Antrag illustrierte deutlich die Notwendigkeit der von den Christlichsozialen in der letzten Sitzung gestellten Antrages auf Beseitigung der Institution der amtsführenden Stadträte. Kein Mensch kennt sich in diesen Anträgen aus. Aus der Vorlage ist nicht zu ersehen, ob sich aus der Regulierung eine Verbesserung oder Verschlechterung für das städtische Personal ergibt. Auch in diesem Fall sind die Verhandlungen nur mit der marxistischen Organisation geführt worden. Das soll Demokratie sein? In Wahrheit ist es Oligarchie der ärgsten Art. Wien wird von neuen Tyrannen beherrscht, von 8 ungekrönten Königen und einem ungekrönten Kaiser. Aber die Macht der Mehrheit ruht auf schwankendem Grund.

Der Bürgermeister ermahnt den Redner, zur Sache zu sprechen.

GR. Stöger: Die Mehrheit lebt nur von der Uneinigkeit im Lager der marxistischen Bevölkerung.

Bgm. Seitz ermahnt den Redner neuerlich zum Tagesordnungspunkt zu sprechen.

GR. Stöger bemerkt, dass die Kommunalisierung des Betriebes Kanalisationswesens gänzlich überflüssig sei und dass sie nur erfolgt sei, um den Gewerbestand Konkurrenz zu machen. GR. Stöger zitiert sodann den Ausspruch des ehemaligen Gemeinderates Winarsky, dass der Stadtrat das Hilfsorgan des Gemeinderates sein sollte.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Wien, am 3. Juni 1932.

Bgm. Seitz: Ich bitte doch zur Sache zu sprechen. Wir können bei diesem Punkt nicht über die Stellung des Stadtrates zur Zeit einer früheren städtischen Verfassung sprechen. (GR. Dr. Arnold (chr. soz.): Nicht so engherzig sein! Ein bisschen Redefreiheit!) Ich muss nicht nur die Redefreiheit, sondern auch die Zeit des Gemeinderates schützen und kann bei dem Punkt über die Kanalräumerlöhne nicht Betrachtungen darüber anstellen lassen, welche Stellung noch dazu in der Zeit einer ganz anderen Verfassung eine zufällig auch den Namen Stadtrat tragende Körperschaft gehabt hat.

GR. Stöger: Dann müssen Sie uns aber auch das Material in die Hand geben, dass es uns möglich macht, zur Sache selbst Stellung zu nehmen. Auch aus dieser Vorlage sieht man, was die Sozialdemokraten aus dem Gemeinderat gemacht haben. Machen Sie ehestens Schluss mit der Paschawirtschaft, ehe Sie der Zorn des Volkes hinwegfegt (Lebhafter Beifall bei den Christlich-sozialen, Lachen bei der Mehrheit).

GR. Röhl Dr. (n. s.) erklärt, dass seine Gesinnungsgenossen gerne jedem arbeitenden Menschen, wenn eine Besserung seiner Lebenshaltung gesetzlich gewährleistet wird, helfend zur Seite treten. Doch müsse die formale Behandlung der Vorlage kritisiert werden. Auf Grund des vorliegenden dürftigen Zettels, der lediglich die Ansätze enthalte, könne sich niemand ein Bild über die wahre Sachlage machen, man könne unmöglich beurteilen ob die Anträge Verbesserungen bezwecken oder nicht. Notwendig wäre, die genaue Abschrift aller Vorverträge jedem Gemeinderat einzuhändigen. Das wäre allerdings ein sehr umständlicher Vorgang und eben daraus müsse man die Feststellung ableiten, dass diese ganze Abstimmungsmaschine eine Farce der Demokratie ist, ein demokratisches Affentheater. Langsam dämmert auch in der Bevölkerung diese Ueberzeugung auf, denn es ist einfach lächerlich, dass eine Körperschaft von 100 Personen für etwas die Verantwortung übernehmen soll, wofür höchstens ein Mensch, der die Sache wirklich kennt, die Verantwortung tragen kann. Als der Redner dann <sup>auf</sup> die Ausführungen des GR. Kunschak in der letzten Gemeinderatssitzung zurückkommt unterbricht ihn der Bürgermeister mit der Mahnung, nicht über einen Gegenstand zu sprechen, der nicht in Verhandlung steht.

GR. Dr. Riehl: Ich komme auf den Gegenstand der Verhandlung zurück.

Bgm. Seitz: Aber ich kann nicht gestatten, dass Sie sich zeitweilig davon entfernen.

GR. Dr. Riehl: Meine Kritik muss immer wieder anführen, dass der Referent die Zustimmung von uns zu Dingen verlangt, die wir gar nicht kennen. Aber auch die Herren der Mehrheit haben keine Ahnung über was sie eigentlich abstimmen sollen. Für Verbesserungen <sup>der Lage</sup> der Gemeindeangestellten werden wir immer zu haben sein, aber wir werden ganz energisch fordern, dass künftighin bei der Aufnahme von Bediensteten strenge darauf gesehen werde, dass diese Bediensteten ausschliesslich ~~aus~~ der heimischen, bodenständigen deutschen Bevölkerung angehören und dass wir unter keinen Umständen dulden werden, dass wie in früheren Jahren Juden und Tschechen Aufnahme finden. (Ein Zwischenruf: Siehe Suchanek!) Wir werden uns dagegen mit den schärfsten Mitteln verwahren. Nochmals bemerke ich, dass uns zu dem Akt alle Unterlagen fehlen. Der Stadtsenat soll sich künftighin allein das ganze Komödienspiel selber ausmachen.

Bgm. Seitz: Wegen des Ausdruckes Komödienspiel rufe ich Sie zur Ordnung! - GR. Frauenfeld (n. s.): sagen wir Affentheater!

St. R. Speiser erwidert auf die vorgebrachte Kritik, dass genaue Erläuterungen zu jeder Vorlage in den vorberatenden Körperschaften ausrei-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

III. Blatt

Wien, am 5. Juni 1932.

reichend gegeben werden. Auch der vorliegende Antrag hat diese Behandlung erfahren. Zuerst wurde über die Fragen zwischen der Verwaltung des betreffenden Betriebes und der Arbeiterschaft verhandelt und die erzielten Vereinbarungen wurden nachher im Gemeinderatsausschuss für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform durchbesprochen; in diesem Ausschuss sitzen Angehörige aller Parteien des Gemeinderates. Nachher kam die Sache in den Stadtsenat und auch dort wurde sie genau behandelt. Schliesslich habe ich heute im Gemeinderat eine genaue Darstellung über die Löhne, über die bisherige Form der Zulagen und dergleichen gegeben. Auf einen Zwischenruf des GR. Stöger (chr. soz.), dass der vorliegende Antrag noch aus der Zeit des alten Gemeinderates stamme erwidert St. R. Speiser: Die Uebergangsschwierigkeiten vom alten und neuen Hause werden sich nicht nur auf diesem, sondern auch auf anderem Gebiete ergeben. Zugegeben, dass bei Abänderung solcher Verträge allen Gemeinderatsmitgliedern die Vorakten zugemittelt werden sollten, aber die früheren Mitglieder des Gemeinderates haben ja die Vorlagen seinerzeit erhalten und sind also längst informiert. Ich bin nicht nur Referent der Personalangelegenheiten, sondern auch für Verwaltungsreform und habe dafür zu sorgen, dass möglichst wenig Vielschreiberei, möglichst wenig Papierverschwendung und möglichst wenig Kosten gemacht werden. Künftighin sollen aber wenigstens allen neuen Gemeinderatsmitgliedern die entsprechenden Vorlagen zugehen. Uebrigens steht jedem Gemeinderat das Recht der vollen Akteneinsicht zu.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Stadtsenates angenommen.

St. R. Breitner (soz. dem.) berichtet sodann über einen Antrag, das am 1. April 1932 zur Rückzahlung fällig gewordene Darlehen von 500.000 Schilling, das der Gesiba zur Förderung von Siedler- und Kleingartenbauten bewilligt worden war, hinsichtlich eines Teilbetrages von 363.000 Schilling bis 31. Dezember 1934 zu stunden. Der Referent bemerkt, dass dies einerzeitige Aktion zur Förderung des Baues kleiner Eigenheime von der Gemeinde mit der Widmung von 1 Million Schilling unterstützt wurde. Die Aktion hatte den gewünschten Erfolg, es wurden 198 Kernhäuser hergestellt. Wegen der schlechten Wirtschaftsverhältnisse konnte schliesslich ein Restbetrag von 363.000 Schilling bei den Eigentümern dieser Häuschen nicht hereingebracht werden, weswegen die Stundung beantragt wird.

G. R. Dr. Zörnlaib (chr. soz.) führt aus, die Minorität könne sich bei Behandlung von Gegenständen, die Unternehmungen betreffen, an denen die Gemeinde Wien beteiligt ist, nicht des Gefühles erwehren, dass bei der Mehrheit die Absicht bestehe, der Minderheit etwas zu verheimlichen. Der geheime Bericht des Rechnungshofes, der bisher dem Gemeinderat vorenthalten wurde, beschäftige sich gleichfalls mit der Gesibe.

Bürgermeister Zeitl: Es gibt keinen geheimen Bericht des Rechnungshofes. Der Rechnungshof hat nur einen öffentlichen Bericht verfasst, der jedem Gemeinderat zugestellt worden ist. Der Bericht, von dem Sie sprechen, ist ein spezieller Bericht des Rechnungshofes an den Magistrat. Trotzdem bin ich einem Wunche der Opposition gefolgt und habe den Bericht, weil es ja nichts zu verheimlichen gibt, dem Stadtsenat vorgelegt.

G. R. Dr. Arnold: Wir wollen ihn auch genau studieren!

G. R. Dr. Zörnlaib: Trotz dem ist dieser Bericht des Rechnungshofes der Öffentlichkeit vorenthalten worden. Die christlichsozialen Gemeinderäte begegnen den Gegenständen, die, wie ich schon gesagt habe, Unter-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

IV. Blatt

Wien, am 3. Juni 1932

nehmungen betreffen, mit grösstem Misstrauen. Es wird nur dann eine Beruhigung eintreten, wenn wir zunächst Einblick in den vertraulichen Bericht des Rechnungshofes bekommen, wenn dessen Vertraulichkeit aufgehoben wird.

Bürgermeister Seitz: Wenn Sie dies wünschen, wenden Sie sich an den Rechnungshof. Ich kann nicht dulden, dass Sie den Magistrat beleidigen!

G. R. Zörnlaib: Ich stelle fest, dass uns der Bericht vorenthalten worden ist.

Bürgermeister Seitz: Er ist niemanden vorenthalten worden!

G. R. Dr. Zörnlaib: Er ist uns vorenthalten worden und darin ist eine schwere Schädigung der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien gelegen.

Bürgermeister Seitz: Ich rufe Sie wegen dieser Beleidigung des Magistrates zur Ordnung! (Zwischenrufe).

G. R. Dr. Zörnlaib: Der § 84 der Verfassung.....

Bürgermeister Seitz: Ich bitte Sie, jetzt zum Gegenstand zu kommen, ich rufe Sie zur Sache!

G. R. Dr. Zörnlaib: Dieser § 84 sagt ausdrücklich.....

Bürgermeister Seitz: Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Sache!

G. R. Dr. Zörnlaib: Diese Vorenthaltung des Berichtes ist eine Brückierung der Steuerträger dieser Stadt.

Bgm. Seitz: Ich würde es sehr bedauern, wenn ich Ihnen das Wort entziehen müsste.

G. R. Dr. Zörnlaib: Die Wiener Bevölkerung hat ein Recht darauf, zu wissen, was mit den Steuergeldern geschieht. Wir haben ein Recht zu wissen, ob der Rechnungshof nicht auch wegen der 500.000 Schilling zu Dekriminationen gekommen ist. Die christlichsoziale Fraktion kann solange nicht in die meritorische Behandlung des Gegenstandes eingehen, bis nicht der vertrauliche Bericht auf dem Tisch des Hauses liegt.

Bgm. Seitz: Weil hier eine ganz unqualifizierbare Verdächtigung des Magistrates vorliegt (Lebhafte Zwischenrufe bei den Christlichsozialen), teile ich dem Hause mit, dass ein Bericht des Rechnungshofes an den Gemeinderat erstattet wird, genau so wie er in allen Ländern an die Landtage erstattet wird. Dieser Bericht ist den Mitgliedern des Gemeinderates auch zugänglich gemacht worden. In allen Ländern und auch beim Bund ist es üblich, dass der Rechnungshof überdies an die betreffenden Aemter, also im Bund an die Ministerien, in den Ländern an die Landesämter und in Wien an den Magistrat, Mitteilungen macht, die nur diese Aemter betreffen. Diese Aemter haben aber kein Recht, die Berichte weiterzugeben.

St. R. Kunschak: Aber der Bürgermeister hat das Recht!

St. R. Dr. Alma Motzko: Der Bürgermeister hat diem Pflicht!

Bgm. Seitz: Der Bürgermeister der Stadt Wien hat die Bestimmung der Nichtweiterleitung sehr ausdehnend interpretiert, indem er dem Stadtsenat den Bericht vorgelegt hat, damit auch die Mitglieder der Opposition dort Einsicht nehmen können. Was darin steht, ist den Mitgliedern des Senates bekannt und jedes Mitglied der Opposition kann sich bei dem Mitglied seiner Partei, das dem Stadtsenat angehört, entsprechend informieren. Die Vorlage des Berichtes an den Gemeinderat wäre ein Vorgang, der in keinem anderen Bundesland und auch nicht beim Bund üblich ist.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

V. Blatt

3. Juni 1932  
Wien, am .....

Dr. Henke (n.s.) erinnert daran, dass im Februar 1931 in der gemeinsamen Sitzung des Stadtsenates und Finanzausschusses ein Antrag Biber angenommen wurde, wonach das Kontrollamt eingehend zu prüfen hat, ob eine weitere Betrauung der Gesiba mit dem städtischen Siedlungsbauten vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gerechtfertigt ist, und innerhalb 4 Wochen an den zuständigen Ausschuss zu berichten. Ist dieser Bericht erstattet worden? Die Stundung eines so hohen Betrages von 363.000 Schilling für einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren ist unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen umso weniger zu verantworten, als die Gesiba nicht konsolidiert ist. Wir wären dem amtsführenden Stadtrat sehr dankbar, wenn er uns darüber aufklärte, wie sich das Kontrollamt zu dieser Frage geäußert hat.

St. R. Breitner teilt zunächst mit, dass dieser Bericht im zuständigen Ausschuss erstattet wurde und dass auch den neuen Mitgliedern des Ausschusses Einsichtnahme in den Bericht gegeben werden wird. Im übrigen liegt ein Missverständnis vor. Die Gesiba scheint gar nicht als Kreditnehmerin auf, sondern jene, <sup>denen</sup> die Errichtung eines Hauses seinerzeit ermöglicht worden ist, und die heute infolge der verschlechterten Einkommensverhältnisse die Raten nicht bezahlen können. Es wäre gar nicht schwierig, die Zahlung im Gerichtswege, eventuell mit Zwangsversteigerung zu erwirken. Ein solches Vorgehen wäre aber unerwünscht. Nun soll der Gesiba durch die Stundung nur die Möglichkeit geboten werden, selbst wieder die Stundung an die einzelnen Hauseigentümer zu vollziehen. Was die Gesiba selbst betrifft, so sind an ihr Gemeinde und Bund zu gleichen Teilen interessiert. In der Verwaltung sitzen nicht nur Vertreter, sondern auch die Vertreter der Minderheit des Gemeinderates. Die Gesiba wird nicht nur vom Kontrollamt der Gemeinde, sondern auch vom Rechnungshof kontrolliert, der sich im zustimmenden Sinn über die Wirtschaft der Gesiba geäußert hat (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Referentenantrag wird angenommen.  
die Aufhebung der Parkschutzbestimmungen für  
Der Antrag betreffend die Errichtung einer Triebstoffanlage auf dem Vorplatz des Schwannenbergpalais wird ohne Debatte angenommen, da sich der eingetragene Redner hat streichen lassen.

GR. Hiess (soz. dem.) referiert über die Gewährung eines Ehrenreises von 1000 Schilling an die "Wiener Sezession".

GR. Stöger (chr. soz.) bemerkt, gerade in der heutigen schwierigen Zeit wäre eine Hilfeleistung für die Kunst und die Künstler, die sich in schwerer Notlage befinden, nötiger denn je. Denn gerade die Künstler werden beim Aufstieg Oesterreichs unbedingt nötig sein. Die Förderung der Künstler erfolgte früher durch kunszsinnige Bürger, vor allem aber durch die hochgesinnten Herrscher Oesterreichs. Es war daher eine der widerlichstesten und aufreizendsten Szenen in der letzten Gemeinderats-sitzung, als einem neuen Mitglied des Hauses von der Mehrheit immer wieder zugeschrieben wurde: Kaiser Karlanhänger. Das war ein Mitglied der Mehrheit, dessen Wiege sicher nicht am Donaustrand, sondern wahrscheinlich in einem der Kultur und Zivilisation völlig unzugänglichen östlichen Dorf stand. Jeder anständige Mensch, ob Anhänger dieser oder jener Staatsform, beugt sich vor der bitteren Tragik des letzten Kaisers der Monarchie. Wenn die heutigen Beherrscher Wiens nur eine Spur seiner Opferwilligkeit und seiner über-ragenden Liebe zu unserem armen Volk hätten, stünde es anders um das Kunst-leben unserer Stadt. In Frankreich gibt es keinen noch so überzeugten Repu-likaner, der eine Herabsetzung des Kaisers Napoleon ruhig hinnehmen würde. In Wien zeugt jeder Stein von Habsburgs Grösse und es wäre besser, wenn die

# RATHAUSKORRESPONDENZ

VI Blatt

Wien, am.....

Mehrheit, statt die Mäzene von ehemals zu schmähen, für sie Ersatz suchen würden. Heute erwächst dem Staat und dem Volk die Pflicht, die schwerbedrohte Kunst zu fördern. Für die Gemeinde gilt diese Verpflichtung umso mehr, als sie zum grössten Teil dem einstigen Volksreichtum an sich gerissen und sozialisiert hat. Aber der reiche Prasser hat nur armselige Brosamen für die Kunst. Auf Drängen der Minorität wurde im Jahre 1930 beschlossen, wenigstens 100.000 Schilling zur Förderung der Gegenwartskunst zu bewilligen. Aber während in den letzten zwei Jahren für die Schuwa über 7 Millionen ausgegeben worden sind, hat man in der selben Zeit von den 200.000 Schilling für die Kunst über 112.000 Schilling nicht verwendet. Wir fordern den amtsführenden Stadtrat neuerlich auf, im Einvernehmen mit den betroffenen Kreisen zu prüfen, wie wenigstens der empfindlichsten Not der Künstler begegnet werden könne, und fordern die eheste Verwendung der für das Jahr bewilligten 100.000 Schilling und eine ausgiebige Zuwendung an die Künstler. (Lebhafter Beifall bei den Chr. soz.).

GR. Hiess (soz. de.) stellt gegenüber den Ausführungen des GR. Stöger fest, dass die Gemeinde sehr bedeutende Summen für die Kunstbewilligt hat. Die Gemeinde gibt Architekten und Malern Gelegenheit, Werke zu schaffen. Im Bund, wo die Christlichsozialen das grosse Wort führen, ist von Kunstförderung keine Spur (Lebhafte Zwischenrufe bei den Chr. soz. - GR. Stöger : Das ist lächerlich) Es ist richtig, dass von den bewilligten 200.000 Schilling Beträge noch zur Verfügung sind, aber nur deshalb, weil es die betreffenden Künstlerorganisationen unterlassen haben, Vorschläge über den Ankauf von Kunstwerken zu erstatten. / auf die übrigen Ausführungen des GR. Stöger einzugehen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Referentenantrag wird angenommen.

St. R. Tandler (soz. dem.) berichtet über den Antrag, dass in Ergänzung des mit dem "Berein zur Gründung eines Montessorikinderhauses" I., Am Rudolfsplatz, abgeschlossenen Vertrages vereinbart werde, dass die Zahlung der öffentlichen Abgaben durch die Gemeinde Wien zu erfolgen habe.

Während des Referates ruft GR. Frauenfeld (n. s.) dem St. R. Tandler wiederholt zu : Juden untereinander!

GR. Dr. Arnold (chr. soz.) beanständigt zunächst die Mäckerkeit des Berichtes und weist darauf hin, dass das Haus, das dem Montessoriheim zum Betrieb übergeben wurde, mit einem Kostenaufwand von 250.000 Schilling errichtet wurde, in welchem Betrag der Grundwert nicht eingerechnet ist. Ueber den Grundwert waren im Ausschuss keine Aufklärungen zu erlangen. In dem Vertrag mit dem Montessoriheim sichert sich das Jugendamt das Recht, 80 Kinder in dem Kinderheim unterzubringen, gegen eine Entschädigung von 2'20 Schilling pro Tag. Das ist für die Unterbringung eines Kindes in einem Kindergarten ausserordentlich viel. In katholischen Kindergärten werden Kinder schon um 50 Groschen täglich untergebracht. Dem Montessori-Heim wird auf diese Art eine Zuwendung von 50.000 Schilling bis 55.000 jährlich gemacht. Während alle katholischen Einrichtungen, die Einrichtungen der "Frohen Kindheit", die Kinderhorte, die Heime für Jugendliche, Wohnbausteuer zahlen müssen, soll hier die Zahlung der Wohnbausteuer von der Gemeinde übernommen werden, obwohl nach den Richtlinien, die der Stadtsenat dem Magistrat für die Entrichtung von Wohnbausteuer gegeben hat, für die Einrichtungen, die eine gemä'n nützige Tätigkeit in gemieteten Räumen entfalten, eine Wohnbausteuer zu bezahlen ist. Bei dem Montessoriheim handelt es sich in Wirklichkeit um eine Befreiung von der Wohnbausteuer, weil das ein Heim ist, das der Mehrheit nahesteht. Man erkennt daraus, dass in der Verwaltung von oben bis unten ein

# RATHAUSKORRESPONDENZ

VII. Blatt

Wien, am .....

System der korruptesten Parteilichkeit herrscht. (Lebhafter Beifall bei den Chr. soz.)

Bgm. Seitz: Ich bitte, sich zu mässigen.

GR. Dr. Arnold: Die Mahnung des Bürgermeisters schafft die Tatsache nicht aus der Welt.

Bgm. Seitz: Ich rufe Sie zur Ordnung.

GR. Dr. Arnold: Bitte, geben Sie mir gleich einen Vorschuss auf den zweiten Ordnungsruf.

Bgm. Seitz: Ich bitte sich anständig zu benehmen.

GR. Dr. Arnold: Was sich anständig benehmen heisst, weiss ich selbst. Sie sitzen nicht in einer Volksschulklasse.

Bgm. Seitz: Sie benehmen sich aber wie die kleinen Kinder. Sie scheinen nicht zu wissen, welchen Vorwurf Sie erheben.

GR. Dr. Arnold: Die katholischen Schulen in der Kaiserstrasse müssen eine <sup>hohe</sup> Wohnbausteuer entrichten, und als der Rekurs erhoben wurde, hat sich der Senatsrat Urban erfrecht...

Bgm. Seitz: Ich dulde nicht, dass Sie einen Beamten hier beleidigen. Ich rufe Sie zur Ordnung. Sie <sup>dürfen</sup> einen Beamten, der sich nicht verteidigen kann, nicht beleidigen. Das ist ganz unzulässig.

GR. Dr. Arnold stellt den Antrag, der Stadtsenat habe die Richtlinien über die Wohnbausteuer dahin abzuändern, dass gemeinnützige Einrichtungen auch dann von der Entrichtung der Wohnbausteuer befreit werden, wenn die gemeinnützige Tätigkeit in gemieteten Räumen ausgeübt wird. Ferner ist Privatschulen der Charakter einer Gemeinnützigkeit zuzuerkennen, so dass sie von der Wohnbausteuerentrichtung zu befreien sind. Er stellt weiters den Antrag, den Vertrag mit dem Verein zur Gründung eines Montessorihauses unverzüglich aufzulösen. Er fordert sodann, dass in der privaten Fürsorge Unterschiede gemacht werden zwischen Vereinen, die wirklich gemeinnützig sind, und solchen, die mit der angeblichen Fürsorge ein Bombengeschäft machen. In derselben Sitzung des Ausschusses, in der über den vorliegenden Antrag beschlossen wurde, wurde auch beschlossen, Vereinen der Mehrheit 70.000 Quadratmeter als Fussballplätze zuzuweisen.

Der Redner spricht sodann über die Vereine, denen diese Plätze überlassen worden sind.

Bgm. Seitz ersucht den Redner, sich an die Sache zu halten.

GR. Dr. Arnold: Sie können nicht einem Redner bei jedem Satz das Wort abschneiden. Sie werden wissen, was eine Begründung ist. Zumal Sie von Beruf Lehrer sind.

Bgm. Seitz: Ich sage Ihnen noch einmal, lassen Sie sich mit mir nicht ein. Ich werde sonst über Ihren Beruf reden und werde Ihnen sagen, dass Sie ein Geistlicher sind, dass Sie aber nicht wissen, wie Sie sich zu benehmen haben (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. - Lebhaftes Zwischenrufe bei den Chr. soz. - Kundgebungen auf der Galerie).

Bgm. Seitz ermahnt die Galerie, sich in die Verhandlungen des Hause durch Kundgebungen nicht einzumischen (Zwischenrufe bei den Chr. soz.: Ihre Leute sind oben). Wenn die Gemeinderäte selbst ein Beispiel unparlamentarischen Benehmens geben, ist das sehr traurig. (Die G. R. in Dr. Motzko macht Zwischenrufe) Ich bitte, den Vorsitzenden nicht zu unterbrechen. Die Galerie ermahne ich nochmals, sich von Kundgebungen fernzuhalten. Die Organe auf der Galerie sind angewiesen, jedem, der gegen diese Vorschrift handelt, von der Galerie zu entfernen.

R. Dr. Arnold: Ich habe noch nie in meinem Leben daran gezweifelt, dass ich ein Geistlicher bin, und ich weiss auch ganz genau, wie sich ein Geistlicher zu benehmen hat. Eine Rede ist aber kein Kettenschluss

# RATHAUSKORRESPONDENZ

VIII. Blatt

Wien, am.....

es muss einem/möglich sein, eine Sache in das rechte Licht zu setzen. Dr. Redner Arnold spricht dann über die Fussballplätze, die den der Mehrheit nahestehenden Vereinen übergeben worden sind.

Bgm. Seitz: Ich bitte, sich an die Sache zu halten. Wir sprechen hier nicht über Fussballplätze.

GR. Dr. Arnold: Diese Fussballplätze sind also Vereinen übergeben worden...

Bgm. Seitz: Ich rufe Sie das letztmal zur Sache.

Gr. Dr. Arnold stellt den Antrag, ehestens einen Gesetzentwurf zur Novellierung der Bodenwertabgabe von unverbautem Grund vorzulegen, in welchem die Befreiung solcher Gründe von der Steuer vorzusehen ist, welche gemeinnützigen Zwecken dienen. Schliesslich beantragt der Redner, die im Jahre 1931 an die Fürsorgeinstitute hinausgegangenen Weisungen ausser Kraft zusetzen und neue Weisungen zu erlassen, die vorher zu beraten sind, den Stadtsenat zu beauftragen, solche Entwürfe ehestens dem Gemeinderate vorzulegen. Schliesslich verlangt der Redner die Vorlage eines Berichtes über Beanstandungen des Obersten Rechnungshofes wegen Zuwendungen an den Verein "Kinderfreunde".

GR. Dr. Suchenwirth (n.s.) erklärt, dass seine Fraktion jede Unterstützung für einen Verein dieser Art ablehne. Entweder die Anstalten der Gemeinde sind im tadellosen Zustand, dann ist eine Zuwendung überflüssig, oder aber sie entsprechen nicht den Anforderungen, dann ist jeder Groschen nichts anderes als ein Verbrechen in einer Zeit, wo mit allen Mitteln gespart werden muss. Redner kritisiert scharf das System Montessori. Mit diesen Methoden erziehe man eine anarchische Jugend. Es sei symbolisch, dass das Haus im jüdischesten Teil Wien errichtet worden ist; wenn man die Leiterin betrachte, werde man finden, dass sie den Namen Lilly Robitschek führt. (Zwischenrufe bei den Soz. dem.): Sie haben es notwendig, das zu bemängeln. Gelächter links). Sie werden mir wahrscheinlich den Vorschlag machen, die Frau Robitschek aufzunorden, wir sind aber nicht in der Lage, einer solchen Aufnordung zuzustimmen.

Bgm. Seitz unterbrechend: Ich bitte sich über Abwesende nicht in dieser Art zu äussern.

Dr. Suchenwirth: Das ist doch keine Beleidigung. Die Frau heisst wirklich Nuschi Spira und gehört dem auserwählten Volk an, sie kann ebensowenig wie Herr Dr. Tandler und Breitner zu nordischen Deutschen gemacht werden. (Lebhafte Zwischenrufe bei den Soz. dem.) Wenn man das Wort Palästina von Fern aufklingen lässt, werden die Mehrheitsmitglieder gleich rebellisch. Da werden alte Abhängigkeiten lebendig, aber wir freuen uns darüber, weil wir sehen, dass der alte Spruch zu recht besteht: Im Hause des Gehängten hört man nicht gerne vom Strick reden. Wir lehnen es ab, Vereinen Unterstützungen zu bewilligen, bei denen die Juden ihre Geschäfte machen. Diese Nuschi Spira soll ihre Geschäfte anderswo abwickeln, aber nicht in einem deutschen Lande, wo deutsche Junglehrer und Junglehrerinnen keine Anstellung erhalten, wo die Bevölkerung am Verrecken ist. Aus allen diesen Gründen erklärt Redner den Antrag des GR. Arnold auf Lösung des Vertrages zu unterstützen; seine Partei werde dafür stimmen.

Der Referent, St. R. Prof. Dr. Tandler, entgegnet kurz, dass der vorliegende Akt nicht im Oktober, sondern am 7. April behandelt worden sei. Dr. Arnold habe selbst am 6. April diesen Akt eingesehen. Was die Jugendheime anbelangt, sei zu bemerken, dass auch die Jugendheime anderer Parteien Wohnbausteuer zahlen müssen, da werde kein Unterschied gemacht. Der Referent

# RATHAUSKORRESPONDENZ

IX. Blatt

Wien, am .....

ersucht um Annahme des Antrages, der dann angenommen wird. Die Anträge des GR. Dr. Arnold werden abgelehnt.

GR. Dr. Riehl (n.s.) ruft: Na, ist das nicht eine Komödie!

GR. Hartmann (soz. dem.) stellt den Antrag: die Ausführung der Wohnhausanlage in Fünfhaus, Stutterheimstrasse, wird nach den Plänen des Architekten Josef Berger-Martin Ziegler genehmigt, die Kosten werden voraussichtlich 1,800.000 Schilling für 124 Wohnungen betragen. Die Baubewilligung zur Errichtung eines Wohnhauses an der Stutterheimstrasse-Walkürengasse-Brunhildengasse und am Rosamplatz wird erteilt. Der Referent bemerkt dazu, es handle sich um die Erteilung der nachträglichen Bewilligung des Gemeinderates.

GR. Biber (chr. soz.) sagt, seine Partei habe schon im alten Gemeinderat immer wieder den von der Mehrheit praktizierten Wohnhausbau und dessen Finanzierung kritisiert und immer tauben Ohren gepredigt. Der Erfolg dieser Harthörigkeit sei ein gänzlich verarmtes Wien, ein zusammengebrochenes Bürgertum, eine völlig verarmte Mittelschicht der Bevölkerung. Zum vorliegenden Akt müsse Redner bemerken, dass es merkwürdigerweise 8 Monate dauerte, bevor dieser vom Stadtsenat erledigte Akt an den Gemeinderat gelangt ist. Merkwürdig sei auch, dass unmittelbar nach dem Beschluss des Stadtsenates bereits die die Offertausschreibung erfolgte und zur Offertabgabe den Interessenten nur einige Tage Zeit gegeben worden sei. Aufklärungsbedürftig sei auch der Umstand, warum die Gemeinde diesen Bau nicht dem Bestbieter übertrug, dessen Offert um 35.000 Schilling billiger gewesen sei. Bei Betrachtung aller dieser Tatsachen müsse man zu der Vermutung kommen, dass es sich hier um eine abgekartete Sache handle. Dadurch werde die Gemeinde arg geschädigt. Man müsse die Frage aufwerfen, wieso die Notwendigkeit bestehen könne, dass dieser Akt nach § 99 erledigt wurde, obgleich reichlich Zeit zur normalen Erledigung gewesen sei. Diese Verletzung der Verfassung, diese Bagatelisierung könne und dürfe sich der Gemeinderat nicht gefallen lassen und man müsse gegen diese verletzend Behandlung entschiedenen Protest erheben. In Wien gehe das Gerücht um, dass viele Mieter grösserer Gemeindefohnhäuser keinen Zins mehr zahlen. Möglich, dass solche Gerüchte übertrieben sind, aber ein Funken Wahrheit werden sie enthalten. Deswegen müsse der Referent diese Sache aufklären.

GR. Frauenfeld (n.s.) betont, dass die neuen Gemeindefohnhäuser sich von den alten berüchtigten Zinskasernen nur durch ihre innere Einrichtung unterscheiden, elektrisches Licht, moderne Waschküchenanlagen und dergleichen. Das sei aber keineswegs eine Errungenschaft der soz. dem. Partei, sondern einfach der technische Fortschritt unserer Zeit. Das Bestreben der Mehrheit sei auf die Vernichtung des Mittelstandes gerichtet, um haufenweise Proleten zu gewinnen, mit denen sie dann nach Belieben umspringen könne. Bei den städtischen Wohnhaushäuten sind, wie die Erfahrung lehrt, die Ueberschreitungen der Voranschläge zur Regel geworden, sie betragen oft 20 bis 40 Prozent. Man muss fragen, ob das Umfähigkeit sei oder Korruption. Man müsse fordern, dass die Wohnbautätigkeit der Gemeinde, wenn sie auch nur den Schein einer Berechtigung besitzen soll, zum Wohle der bodenständigen deutschen Wiener geschehe, sie allein dürfen an diesen Häusern mitarbeiten, sie allein in ihnen wohnen. Solche Bauten dürfen nicht unternommen werden, um pleitegehende Firmen zu sanieren. Redner erzählt, dass bei der Eröffnung einer Wohnhausanlage durch den Bürgermeister ein dieser Feier beiwohnender Nationalsozialist hörte, wie ein jüdischer Festteilnehmer sagte, dass aus den Fenstern lauter Juden herunterschauen, also die asiatischen Wanderratten, die beim Nordbahnhof auf ihren deformierten Plattfüssen hereingehatscht sind...

# RATHAUSKORRESPONDENZ

X. Blatt

Wien, am.....

Vorsitzender Weigl: Ich möchte Sie ersuchen, die Bewohner der Gemeindhäuser nicht zu beleidigen.

GR. Frauenfeld: Ich spreche ja nur von einem Teil. Wenn wir hier feststellen müssen, dass schon bei den Grundkäufen merkwürdige Dinge, fast könnte man sagen Schiebungen, vorkommen, wenn wir sehen, wer die Häuser baut und wer darinnen wohnt, dann müssen wir sagen, dass eine solche Wohnpolitik nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden des bodenständigen deutschen Volkes betrieben wird. Die deutsche Bevölkerung muss diese Art des Wohnbaues entschieden ablehnen.

Der Referent, St. R. Weber, entgegnet auf die Ausführungen des GR. Biber über die Finanzierung der Gemeindebauten, man habe wieder das alte Lied vernommen, wieder die alten Vorschläge, auf die die Mehrheit nicht eingehen könne. Die Tatsachen haben gelehrt, dass nicht nur die Art unserer Wohnhausbauten, die Wohnungspolitik, sondern insbesondere die Finanzierung den grossen Erfolg verbürgte, der von der gesamten Bauwelt anerkannt wird. Alle Leute, die vom Finanzwesen etwas verstehen, haben uns geradezu Bewunderung gezollt (Zwischenrufe bei den Chr. soz.: Ein paar Sozialdemokraten aus Deutschland haben sie bewundert). Wenn wir Ihre Methoden befolgt hätten, dann, du liebes Wien, wäre es mit der Wohnbautätigkeit vorbei und den Nutzen hätte lediglich nur das raffende Kapital, dem Zinsen und Tribute entrichtet werden müssten. Niemand wird uns, Herr GR. Frauenfeld zumuten, dass wir Ihren Gedankengängen folgen können. Aber eines haben wir gemacht, bevor Sie mit Ihrem berühmten Programm herausgekommen sind, die Gemeinde hat mit der Brechung der Zinsknechtschaft kräftig eingesetzt (Grosser Beifall b. d. Soz. dem.)

GR. Frauenfeld: Ja, Zentralsparkasse in Schwechat mit 24 Prozent Zinsen!

St. R. Weber: Nicht mit Worten, sondern mit Taten haben wir diese Knechtschaft gebrochen. GR. Biber kann als Geschäftsmann ausrechnen, wie hoch ungefähr die Mietzinse in Wien sein würden, wenn wir die uns angeratenen Wege gewandelt wären.

GR. Biber: Billiger als in Ihren Häusern.

St. R. Weber: Eine Valorisierung auf das Fünfzehntausendfache wäre die Folge wie in Deutschland und den übrigen Ländern, wo ein Mieterwchutz praktisch nicht mehr besteht. Damit wäre jede Bautätigkeit erschlagen worden.

GR. Dr. Suchenwirth (n. s.) Wird in Deutschland vielleicht nicht gebaut!

St. R. Weber: Nichts wird dort gebaut.

GR. Frauenfeld: Na hören Sie, Frankfurt, Nürnberg, Karlsruhe, überall wird gebaut. (Lebhafte Zwischenrufe).

St. R. Weber: Bei Befolgung Ihrer Methoden wäre das Heer unserer Arbeitslosen nicht nur bedeutend grösser, sondern es wären auch tausende Geschäftsleute in Wien und in der Provinz in den Abgrund der Vernichtung gerissen worden. Sie sind aber immer dafür, dass die Wiener mehr zahlen sollen und die Hausbesitzer das Geld bekommen. (Lebhafter Beifall).

GR. Biber (chr. soz.): Das ist ein alter Schlagler von Ihnen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XI. Blatt

Wien, am .....

St. R. Weber Das Elend der Wohnungslosen ist Ihnen vollkommen gleichgültig (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. - Grosser Widerspruch bei den Chr. sozm und Rufes Das ist eine Frechheit. - GR. Biber: Wir haben Sie bisher von einer anderen Seite kennengelernt.) Wäre das nicht der Fall, so hätte man seinerzeit nicht solche Wohnhöhlen errichtet, in denen das christliche und deutsche Volk wie das liebe Tier hat leben müssen und zu - grundgehen, an Leib und Seele gebrochen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Erst unsere Gemeindeverwaltung musste kommen, um auch der kleinsten Wohnung Gas und Elektrizität, Luft, Licht und Sonne zu geben. (Stürmischer Beifall b. d. Mehrheit). - Lachen bei der Opposition. - Zahlreiche Zwischenrufe. - GR. Prinke (chr. soz.): Sie wissen nicht, was Lueger gemacht hat. - GR. Frauenfeld Der Herr Weber lässt auch die Sonne scheinen). Durch die niederträchtige Bauweise nach der alten Bauordnung hat man Millionen Menschen die köstlichsten Güter der Natur und des technischen Fortschrittes vorenthalten (Lebhafter Beifall b. d. Mehrheit). Wir haben die neue Bauordnung im heftigsten Kampf gegen Sie durchgeführt (Zwischenrufe b. d. Chr. soz.). Sie haben 20 Jahre über eine neue Bauordnung beraten und sie nicht zuwege gebracht. Wenn wir also feststellen, dass das, was wir gemacht haben, ein ausserordentlicher Fortschritt ist, kann uns die Kritik des Herrn Frauenfeld diese unsere Freude nicht verderben. Herr Frauenfeld hat gefragt, was eigentlich mit diesen Gemeindewohnungen sein wird. Sorgen, die Sie haben (Lebhafte Heiterkeit b. d. Soz. dem.) Die Gemeindewohnungen werden, wenn es nicht kapitalistische Politik, die vom Bunde, seiner Regierung und allen Regierungsparteien gestützt wird, durch ein weiteres Zugrunderichten unserer Wirtschaft unmöglich macht, niemals leerstehen. Dass Einfamilienhäuser gebaut werden sollen, ist keine Erfindung des Herrn Frauenfeld. Wir haben im Gegensatz zu anderen Gemeinden und im Gegensatz zum Bund, der eine Wohnbauförderung nach Ihrer Methode betreibt, nach unserer Methode etwa 6000 Einfamilienhäuser gebaut, allerdings im bescheidenen Umfange, und jedes dieser Häuser hat einen Garten. Der Zins beträgt für so ein Haus von 65 m<sup>2</sup> 20 bis 30 Schilling im Monat. Glauben Sie, dass wir nicht wünschen würden, jeder Wiener Familie, die ohne Wohnung ist, ein Einfamilienhaus zu geben? (GR. Frauenfeld: Ihr gebt alles den Juden! GR. Dr. Riehl: Das ist eine Phrase!) Wir haben ja Tatsachen gesetzt. Obwohl wir hier eine Mehrheit sind, die sich nicht hindern lässt, ihre grosszügigen Gedanken zu verwirklichen, bleiben wir bei dem Möglichen und ebensowenig wie wir uns verleiten lassen, die Wohnungen luxuriöser und grösser auszustatten und wir wir beim Grundsatz geblieben sind, dass wir der Bevölkerung nicht das Maximum, sondern das Minimum an Wohnraum zu bieten haben, ebensowenig werden wir uns dazu verleiten lassen, zum System der Einfamilienhäuser überzugehen, das die Wirtschaft der Stadt zugrunderichten müsste. (GR. Frauenfeld: Ist Sie ja schon!) Auch Sie werden vom hohlen Schlagwort abgehen und in die Dinge eindringen müssen, wenn Sie von uns und von der Bevölkerung ernst genommen werden wollen (Lebhafter Beifall b. d. Mehrh.) GR. Frauenfeld hat, wenn er den Bau von Einfamilienhäusern am Rande der Stadt verlangt, nicht darüber nachgedacht, wie man den Verkehr hinauslenken, wie man das Geld für die Aufschliessung der Gebiete aufbringen soll. Das Schlagwort ist für Sie alles (Lebhafter Beifall b. d. Mehrh.) Dabei befindet sich Herr Frauenfeld im Widerspruch zu dem Volkswirtschaftler seiner Partei, Feder, der erklärt, soweit es sich um die Bekämpfung des Wohnungslands als solches handelt, muss betont werden, dass in der Bereitstellung von Wohnungen das Heilmittel liegt, unbekümmert darum, ob Eigenheim oder Mietwohnung.

GR. Frauenfeld (n. s.): Sie können das Eigenheim auch als Mietwohnung bauen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XII. Blatt

Wien, am .....

St. R. Weber : Nein, Feder meint, wie aus der Broschüre hervorgeht, den Wohnhausbau.

Sodann nimmt St. R. Weber zu den Ausführungen des GR. Biber über die Vergebung der 3 Bauten Stellung und erinnert daran, dass er im Ausschuss und Stadtsenat aufmerksam gemacht habe, es werde, wenn das finanziell möglich ist und es die Witterung erlaubt, mit den Bauten sofort begonnen werden. Sowohl im Ausschuss wie im Stadtsenat waren alle damit einverstanden. Als sich die Witterung gebessert und die finanzielle Lage es zugelassen hat, ist sofort mit der Vergebung der Arbeiten vorgegangen worden. Die Vergebung ist nicht an die erste, sondern an die fünfte Firma deshalb erfolgt, weil diese Firma den für die Vergebung von Arbeiten bestehenden Bedingungen entsprochen hat, wonach die betreffende Firma einen Kollektivvertrag haben muss. Sonst lag keinerlei Grund für die Vergebung dieser Arbeit gerade an diese Firma vor. Was die Vergebung der Arbeiten betrifft, <sup>vollzieht sie sich</sup> bei keiner öffentlichen Körperschaft so öffentlich und ohne jedes Geheimnis. Was die Gemeinde macht, kann das Licht der Öffentlichkeit sehr wohl vertragen und ist absolut korrekt. (Lebhafte Beifall b. d. Mehrh.).

GR. Hölzl (n. s.) bemerkt, Staat, Land und Gemeinde haben die Pflicht, für Wohnungen zu sorgen. Sie haben auch dafür zu sorgen, dass bei den Wohnhausbauten korrekt vorgegangen wird. Das Vorgehen der Gemeinde Wien gibt zu Bedenken Anlass. Erst werden Beträge eingesetzt, die nicht ausreichen, dann müssen Nachträge genehmigt werden und schliesslich werden die Wohnungen so teuer, dass man sich an den Kopf greifen muss. (GR. Jenschik: In den Gemeindegäusern gibt es Wohnungen zu 6 Schilling monatlich. - Zwischenrufe). Heute wird eine Wohnung im Durchschnitt mit 12.000, 13.000 und 15.000 S. erstellt, aber schliesslich stellen sie sich auf 20.000 S. und darüber. Da könnten schon Einfamilienhäuser gebaut werden. St. R. Weber hat erklärt, dass die Vergebung der Arbeiten öffentlich erfolgt. Es kommen aber Fälle vor, dass Privatfirmen in der Lage sind, ebensogutes und besseres Material zu billigeren Preisen zu liefern, dass dagegen im Wege der beschränkten Offertausschreibung die Vergebung an solche Firmen erfolgt, die zur Gemeinde in einem besonderen Verhältnis stehen. Zum Beispiel liefert die Steinag die Materialien um 20 und mehr Prozent teurer und schliesst komischerweise mit einem grossen Defizit ab. Wir verwahren uns ganz entschieden dagegen, dass die Methode der Zinskassernen als unsere Methode bezeichnet wird. Wir lehnen diese Methode auf das schärfste ab. Ebenso die Behauptung, dass es in der Gemeinde billige Wohnungen gibt. Sie scheinen nicht zu wissen, dass viele Arbeiter, die Mieter der Gemeindegewohnungen sind, nicht wissen, wie sie den Zins aufbringen sollen. Es gebe schon Mittel, um den Verkehr auch auf dem flachen Lande auszubauen und so Siedlungen zu ermöglichen. Das hat Feder gezeigt. Dazu würde auch die Einführung der Arbeitsdienstpflicht gehören, dieses Problem hier zu erörtern, hiesse allerdings Perlen vor die Säue werfen (Lachen bei der Mehrh.).

SR Kunschak (chr. soz.): St. R. Weber hat das Bedürfnis gehabt, in der ersten Geschäftssitzung des Gemeinderates sich selbst zu loben. Ein altes Sprichwort sagt: Selbstlob stinkt, und es war Selbstlob widerlichster Art, das sich heute St. R. Weber geleistet hat. St. R. Weber war auch sehr freigebig in Verdächtigungen, ja sogar in bewusster Verleumdung der Minorität. Er hat behauptet, es sei uns nur darum zu tun, die Leistungen, die von den Mietern aufgebracht werden müssen, den Hausherrn zukommen zu lassen. Nach all dem, was im Laufe der vielen Jahre von uns in dieser Frage vertreten wurde, nach all unseren Bekenntnissen in den zuständigen Gemeindegremien und in der Öffentlichkeit, worüber St. R. Weber genau informiert sein muss,

300

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XIII. Blarr

Wien, am \_\_\_\_\_

fühle ich mich berechtigt, zu sagen, dass diese Behauptung eine bewusste Verleumdung der Opposition sind (Lebhafter Beifall b.d.Chr.soz.) Das Gleiche gilt auch von der Behauptung, dass uns das Los der Mieter vollständig gleichgültig sei. Auch hierüber weiss St.R.Weber genau Bescheid. Er weiss, wie sehr wir uns bemüht haben, das Interesse der Mieter zu wahren, und dass unsere hundertfältigen Anregungen und unsere Kritik ihren Ausgang genommen haben von dem lobhaften Interesse, das wir an der Lage der Mieter haben.

(Lebhafter Widerspruch b.d.Mehr.- Rufe: Warum haben Sie den Mieterschutz aufgehoben?). Der Mieterschutz ist bei uns nicht aufgehoben. Das arme Oesterreich ist das einzige Land, das sich noch eines relativen Mieterschutzes erfreut.

GR. Jenschik (soz. dem) Dank den Sozialdemokraten!

St.R. Kunschak: Das wäre nicht möglich, wenn nicht die christlich-soziale Partei in den Fragen des Mieterschutzes einen Standpunkt eingenommen hat, der in erster Linie davon ausgegangen ist, dass die Auswirkungen des Mieterschutzes auf volkswirtschaftlichem Gebiet zu suchen sind und dass alle anderen damit verknüpften Interessen, wie das des Hausbesitzers und des Mieters, von sekundärer Bedeutung sind (Lebhafter Beifall b.d.Chr.soz.). Soweit der Mieterschutz in Oesterreich geändert worden ist, erfolgte dies aus Rücksicht auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaft. Ueber diese Rücksichtnahme wurde nicht hinausgegangen. Daher die oft sehr leidenschaftlichen Angriffe, die gerade gegen uns von den Hausbesitzern gerichtet worden sind. (Lebhafter Beifall b.d.Chr.soz.) Sie sprechen so viel über den Mieterschutz und Sie haben in Ihren Gemeindehäusern etwa 60.000 Mieter, für die der Mieterschutz restlos aufgehoben ist.

GR. Jenschik (soz. dem). Sie haben es ja abgelehnt, dass die Gemeindewohnungen unter Mieterschutz stehen sollen.

St.R. Kunschak: Sie haben es jederzeit in der Hand, hier den Mieterschutz für Gemeindewohnungen einzuführen (Lebhafter Beifall b.d.Chr.soz.). St.R. Weber hat auch den Versuch gemacht, uns für die frühere Bauweise in Wien verantwortlich zu machen. Wenn er die Wege der Geradheit und Ehrlichkeit hätte gehen wollen, hätte er diese Behauptung nicht aufstellen dürfen. Es wurde seinerzeit nach einer Bauordnung gebaut, die nicht durch Christlich-soziale eingeführt worden ist.

GR. Dr. Danneberg (soz. dem). Sie haben die Bauordnung 20 Jahre lang nicht geändert.

St.R. Kunschak: Ihre Aenderung ist von der chr.soz. Partei energisch in Angriff genommen worden. Die frühere Gemeindeverwaltung konnte wohl eine Bauordnung grundsätzlich beschliessen, sie konnte ihr aber nicht Gesetzeskraft geben, weil es sich um ein Landesgesetz gehandelt hat.

GR. Dr. Danneberg: Sie haben im n.ö. Landtag die Mehrheit gehabt.

St. R. Kunschak: Sie wiesen sehr genau, dass die Bauordnung damals den Gegenstand der Verhandlung mit dem dritten Faktor, der sogenannten politischen Behörde gebildet hat, und dass seitens des n.ö. Statthalters gegen den Bauordnungsentwurf der Gemeinde Einwendungen zwingender Art erhoben worden sind. Diese grossen Schwierigkeiten konnte auch ein Mann wie Lueger nicht überwinden. Im Jahre 1912 war die neue Bauordnung sehr weit vorgeschritten, doch hat der Ausbruch des Krieges jede Tätigkeit nach dieser Richtung auf Jahre unmöglich gemacht. Auch Sie haben die Bauordnung nicht im Handumdrehen gemacht, obwohl Sie nicht die Hindernisse zu überwinden hatten, die wir hätten überwinden sollen (Zwischenrufe). Ueber diese Tatsachen kommt man nicht hinweg und nur Spatzengehirnen leuchten sie nicht ein. Aber trotz der verrotteten Bauordnung wurde damals und nicht zuletzt

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XIV. Blatt

Wien, am.....

über Weisung der christlichsozialen Bürgermeister eine Praxis geübt, die sich an die alte Bauordnung nicht kehrte und versuchte, einer modernen Bauweise Geltung zu verschaffen. Die Häuser, die unter christlichsozialer Herrschaft aufgeführt wurden, stehen hinter Ihren Bauten in gar nichts zurück. Aber auch Sie sind trotz der neuen Bauordnung dort, wo sie im geschlossenen Baugebiet bauen müssen, nicht in der Lage, die Bauordnung zu verwirklichen. Von einem Haus in der Ottakringerstrasse hat St. R. Weber selbst zugeben müssen, dass man die Parterrewohnungen einem Mieter nicht geben kann, weil sie von Luft und Licht abgeschlossen sind. Nur im offenen Baugelände können sie nach den Vorschriften der Bauordnung bauen. Wenn man diese Möglichkeit nicht benützte, wäre man ein Verbrecher. Wir werfen Ihnen ja nicht vor, dass Sie unmodern bauen, aber seien Sie sich die Mammutbauten mit den sieben Stockwerken an. Was ist so eine Wohnung im 7. Stock für eine Marter für den armen Mann. Wäre nicht Lueger gewesen, wo könnten Sie Wasserleitungen in den Wohnungen einleiten, sie mit Sturz-Klosetts und Badeeinrichtungen versehen. Sie meinen, Sie hätten die Zinsknechtschaft durch Ihre Wohnbautätigkeit gebrochen. Wie man es nimmt. Sie haben eine verhältnismässig geringfügige Wohnbauanleihe. Aber Sie haben an die Stelle der Zinsknechtschaft die Steuerrobot gesetzt (Lachen bei der Mehrheit) Was haben Sie aus der Wirtschaft für die Wohnungsbauten herausgepumpt. Sie haben die Wirtschaft blutarmer und knochenweich gemacht. St. R. Weber hat die Zinse in den Familienhäusern als sehr niedrig bezeichnet. Kurz vorher hat der Finanzreferent anlässlich der Stundung einer Schuldung an die Gesiba erklärt, die Stundung sei notwendig, weil diejenigen, die diese Häuser haben, nicht mehr in der Lage sind, die Zinse zu bezahlen. Die Anträge, die heute vorliegen, sind ein Skandal ihrer Amtsführung. Sie haben im Oktober 1931 im Stadtsenat diese Bauten zum Beschluss erhoben.

St. R. Weber: Aber gleich berichtet, dass wir nicht sofort beginnen werden:

St. R. Kunschak: Ich habe Ihnen damals nachgerechnet, dass Sie Ihr Wohnbauprogramm nicht einhalten können, weil die Summen des Budgets rein fiktiv sind und von Rechnungen aus früherer Zeit konsumiert sind. Sie haben dem damals widersprochen, heute sagen Sie selbst, die Bedeckung für die Bauten war nicht gegeben. Wären die Wahlen nicht gekommen, so wäre es auch heute mit dem Bau noch nichts und der Stadtratsbeschluss läge heute noch auf dem Eis. Was ist mit der Bedeckung dieser Beträge. Sie haben sich im April im Wohnungsausschuss für diese Bauten einen Zuschusskredit bewilligen lassen. Warum kommt der Antrag nicht in den Gemeinderat? Das ist eine Irreführung des Gemeinderates schlimmster Art. Wie das möglich ist, ist mir unbekannt. Ich stelle die Tatsache bloss fest und diese Tatsache ist ein dunkler Punkt Ihrer Wohnungspolitik (Lebhafter Beifall b. d. Chr. soz.).

St. R. Weber: Nur keine so starken Worte.

Der Referentenantrag wird angenommen.

302

# RATHAUSKORRESPONDENZ

X V. Blatt

Wien, am .....

St.R. Weber berichtet über den Antrag auf nachträgliche Genehmigung der Wohnhausanlage im XX. Bezirk Engelsplatz mit 3,100.000 Schilling Baukosten. Dort sollen 256 Wohnungen und 1 Jugendhort geschaffen werden. Der Referent beantragt die Genehmigung.

GR. Griesler (n.s.) wendet sich gegen den Antrag und verweist auf die Argumente, die seine Fraktionsgenossen vorgebracht haben. Die Sozialdemokraten erbauen solche Zinsburgen, weil sie genau wissen, dass Arbeiter mit Eigenheim ihr Stück Grund und Boden lieben, und weil sie ferner wissen, dass die deutschen Arbeiter, die solche Heime besitzen, nicht mehr zu Demonstrationen und zum Versammlungssprengen zu haben sind (Lautes Gelächter b.d. Soz. dem.) In den Jugendhorten dieser Zinsburgen werden die Kinder der armen Familien zum Marxisten herangezogen. (Neuerliches Gelächter b.d. Soz. dem.) Und wer bekomme diese Wohnungen? Juden, die in Privathäusern wohnen, geben diese Wohnungen an eingewanderte Verwandte ab und beziehen dann Gemeindewohnungen. (Lautes Gelächter und zahlreiche Zwischenrufe b.d. Soz. dem.)

Der Bürgermeister ersucht, den Redner nicht zu stören und Zwischenrufe zu unterlassen.

GR. Griessler verweist schliesslich darauf, dass in Schwechat die Sozialdemokraten von eigenen Parteigenossen 24 Prozent Zinsen forderten, sie dürfen sich also nicht erlauben, von einer Brechung der Zinsknechtschaft zu sprechen. Mit solchen Behauptungen verdrehen Sie nur die Tatsachen. (Pfeifrufe bei den N.S.) Schmeissen Sie die polnischen Juden aus den Wohnungen heraus und dann wird es keine Wohnungen mehr geben! Warum haben Sie in Ihren eigenen Häusern den Mieterschutz nicht eingeführt und warum vergeben Sie bei diesem Bau, um den es sich hier handelt, alles an einen einzigen Architekten, während zehn damit beschäftigt werden könnten. Wir lehnen diese Art des Baues ab, weil wir auf dem Standpunkt stehen: dem deutschen Arbeiter sein eigenes Heim.

St.R. Weber bemerkt zunächst, dass die Gerüchte über Nichtzahlung von Mietzinsen in den städt. Häusern unwahr sind. (Widerspruch b.d. Chr. soz.) Wenn Sie mir nicht glauben, dann glauben Sie doch wenigstens dem Rechnungshof. Nach seinem Bericht beträgt der gesamte Zinsrückstand monatlich höchstens 1,8 Prozent. Bezüglich der zweiten Behauptung über Kündigungen in Gemeindehäusern sagt St.R. Weber, dass die Gemeinde in ihren neuen Häusern noch niemandem gekündigt habe, wenn die Bestimmungen des Mietengesetzes dazu nicht eine Handhabe boten. Es wäre nur zu wünschen, dass bei den

Häusern, die mit Bundeswohnbauhilfe errichtet wurden, ein solches Verfahren beobachtet werden würde. Erst heute erhielt ich von Mieter solcher Häuser ein Schreiben, dass sie die Mietzinse von 50, 80 und 150 S. monatlich nicht leisten können und dass der "brutale Hausbesitzer", der mit Steuermitteln gebaut hat, ohne auf Volksgenossen und gute Christen Rücksicht zu nehmen, diese Mieter brutal hinauswirft. Verteilen Sie doch Licht und Schatten gleichmässig. Auf alle Ausführungen des Herrn GR. Griessler kann ich nicht eingehen. Sie sind mir leider zu hoch. (Heiterkeit b.d. Soz. dem.) Pfeifrufe bei den N.S.) Na, wenn Sie behaupten, Herr GR. Griessler, dass Juden gegen besseres Wissen in den Gemeindehäusern untergebracht werden, wenn das ein Arbeiter sagt, da kann ich ihm nicht folgen. (Zustimmung b. d. Soz. dem.) Die Gemeinde Wien hat mit ihren Bauten mehr als 200 Architekten beschäftigt und für sie 10 Millionen Schilling ins Verdienen gebracht. Wir hätten unsere eigenen Architekten, ganz hervorragende Fachleute auf dem Gebiete des gesamten Bauwesens, heranziehen können, wir haben es aber nicht getan, um die Architektenschaft zu schützen. (Beifall b.d. Mehrh.).

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XVI. Blatt

Wien, am.....

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

St.R.Weber berichtet weiter über den Antrag, für die Rücklage der Hauptmietzinsüberschüsse bei den städtischen Althäusern einen Kredit für 1931 in der Höhe von 120.392 Schilling 87 Groschen zu bewilligen, der in Mehreinnahmen und Minderausgaben seine Bedeckung findet.

GRtin Dr.Motzko (chr. soz.) wünscht Aufschluss über Listen sozialdemokratischer Fachvereine, die ihre Schützlinge der Gemeinde empfohlen haben. Der amtsführende Stadtrat habe selbst diese Liste dem Amt übergeben und sie bildete die Grundlage für Anträge im Ausschuss und in den Körperschaften, wobei Instandsetzungsarbeiten nur an geeichte Sozialdemokraten vergeben worden sind. Rednerin begehrt die offizielle Vorlage dieses Berichtes an den Stadtsenat und stellt einen diesbezüglichen Antrag. Dann erklärt die Rednerin, es werde viel davon gesprochen, dass in der Gegend der Sandleiten 80 Prozent der Mieter den Zins schuldiggeblieben seien. Als ein höherer Gemeindebeamter entsendet wurde, um Ordnung zu machen, habe er nicht unverrichteter Dinge abziehen müssen, sondern es haben auch die restlichen 20 Prozent der Mieter angeblüch beschlossen, auch nichts zu zahlen. (Hört Hörtrufe b. d. Chr. soz.) Im Robert Blumhof sollen einige Delogierungen vorgekommen sein.

Referent St.R.Weber bezeichnet die Gerüchte über Nichtzahlung der Mietzinse neuerlich als unrichtig. Unter Hinweis auf die eingebrachten 25 Anträge der GRtin Dr. Motzko erklärt St.R. Weber, jeder Gemeinderat könne 50 bis 100 Anträge auf Wohnungszuweisungen bringen, die Wohnungsnot sei oben sehr gross und deshalb baue ja die Gemeinde. Es war eine Frivolität sondergleichen, das Anforderungsgesetz aufzulassen. (Beifall b. d. Spz. dem.) Hätten wir das Anforderungsgesetz, so könnten wir den Halunken, die aus dem Unglück der anderen Goldmünzen, an den Leib gehen. (Lebhaften Beifall b. d. Mehrh.)

Der Referentenantrag wird angenommen. Der Zusatzantrag Dr. Motzko abgelehnt.

GR.Grolig (soz. dem.) berichtet über die Rückvergütung des Reingewinnes der städtischen Bäckerei im Betrag von über S 81.000 an die Gruppe III.

GR.Stöger (chr. soz.) wendet sich dagegen, dass die städtische Bäckerei als ein gutes Geschäft bezeichnet wird. Laut Voranschlag 1931 hat die Gemeinde zuerst 500.000 Schilling in den Betrieb hineingesetzt, um dann 80.000 S als Reingewinn zurückzuerhalten. Das ist eine Spiegelfechtereier. Die 500.000 S würden dem Gewerbestand sehr gut zustatten kommen. Statt dessen macht man dem Gewerbe Konkurrenz und leistet am Gewerbe Totengräberarbeit. Man mache endlich damit Schluss.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Der Bürgermeister erklärt sodann, dass er nunmehr die Dringlichkeitsanträge verlesen lassen werde. Er macht darauf aufmerksam, dass einer der von den Nat. Soz. überreichten dringlichen Anträge nicht zulässig ist, wonach nämlich jemandem wegen irgendeines Vorgehens, das sich ausserhalb des Gemeinderates abgespielt hat, die Missbilligung ausgesprochen werden soll. Der Gemeinderat ist nur berechtigt disziplinarische Gewalt über seine Mitglieder wegen eines Vorgehens zu üben, dessen sie sich in der Gemeinderatsitzung schuldig gemacht haben. Dieser Antrag wird daher nicht zur Verlesung und Abstimmung gebracht werden.

Es wird sodann der dringliche Antrag der Gemeinderäte Dr. Suchenwirth und Genossen, betreffend die Vorfälle bei der Konstituierung der neugewählten Bezirksvertretungen acht, dreizehn, achtzehn und zwanzig, verlesen. In dem Antrag wird der Bürgermeister aufgefordert, die notwendigen

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XVII. Blatt

Wien, am .....

Schritte zur Aufklärung des unerhörten Vorgehens der Amtorgane bei diesen Vorfällen einzuleiten, gegen die Schuldtragenden einzuschreiten und über die getroffenen Massnahmen dem Gemeinderat Bericht zu erstatten.

GR. Dr. Suchenwirth (n.s.) bemerkt, es gehe nicht an, dass in der Gemeinde Wien Zustände einreissen, die an einen Balkas taat erinnern. Dass die gewählten Vertreter der Nat. Soz. in den Bezirkevertretungen überfallen worden sind, ist ein Skandal. Wir haben schon in der ersten Sitzung des Gemeinderates dagegen protestiert, dass von der Mehrheit gewisse Individuen auf die Galerie geschickt werden. In noch unangenehmerer Art war das bei der Konstituierung der Bezirksvertretungen der Fall. Es wurde uns mitgeteilt, dass es Galgengesichter waren, die von der Mehrheit mit Eintrittskarten ausgestattet wurden. Wir haben einen Bürgermeister, der sich als ordentlicher Professor der Parlamentsweisheit in der Sitzung gebärdet. Wie sollen an diesem schändlichen Vorfälle in den Bezirksvertretungen eingefügt werden?

Der Bürgermeister muss hier ehebaldigst einschreiten und Wandel schaffen. Unmöglich ist es auch, dass die Teilnehmerkarten zu den Sitzungen der Bezirksvertretungen und des Gemeinderates gewissermassen nach bürgerkriegsstrategischen Gesichtspunkten verteilt werden. (Lebhafte Beifall b.d. N.S.)

Bgm. Seitz rügt den von Dr. Suchenwirth gebrauchten Ausdruck "Galgengesichter" als ungehörig. Wenn die amtlichen Feststellungen ergeben sollten, dass die in der Anfrage geschilderten Vorfälle sich wirklich ereignet haben, werde er selbstverständlich dagegen einschreiten.

Bei der Abstimmung wird die Dringlichkeit des Antrages abgelehnt.

In einem weiteren dringlichen Antrag wird unter Hinweis darauf, dass sich die Gemeindegewache anlässlich der Konstituierung der Bezirksvertretungen nicht bewahrt hat, der Bürgermeister aufgefordert, die Gemeindegewache sofort aufzulösen.

GR. Dr. Riehl (n.s.) bemerkt, bis zu einem gewissen Zeitpunkt habe die Frage, ob die Gemeinde eine Schutzgewache aufstellen dürfe, zweifelhaft sein können. Die Bevölkerung hat die Gemeindegewache immer als sinnlose Einrichtung empfunden. Seit dem 7. Dezember 1929 warten wir darauf dass endlich Artl 102 Absatz 5 der Bundesverfassung, wonach die Gemeinde eine Gemeindegewache nicht aufstellen darf, zur Tat gemacht werde.

Bgm. Seitz stellt gegenüber dem GR. Dr. Riehl fest, dass bei den Verhandlungen über die Verfassung ausdrücklich davon die Rede war, dass interne Gewachorgane der Gemeinden nicht unter den Begriff der örtlichen Sicherheitsorgane fallen. Die Organe der Gemeindegewache werden auch nur intern verwendet und ihre Kompetenzen gegenüber der Bundespolizei sind ganz genau abgegrenzt.

Die Dringlichkeit wird dem Antrag nicht zuerkannt.

Ein dringlicher Antrag der G. Fr. Frauenfeld und Genossen spricht von der Verwendung von Gemeindegeldern zur Stützung der Arbeiterbank. In dem Antrag wird gesagt, nach einer den Antragstellern zugekommenen Mitteilung habe die Arbeiterbank der gleichfalls sozialdemokratischen Kiba einen grösseren Kredit, man spricht von 5 Millionen Schilling gewährt - dessen Rückzahlung höchst zweifelhaft geworden ist. Die Kiba soll der Arbeiterbank nicht einmal mehr die Zinsen bezahlen können. Die Arbeiterbank bemühe sich, das der Kiba gegebene Geld von der Zentralsparkasse zu erhalten. Der Bürgermeister wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass unter keinen Umständen Gemeindegelder, auch nicht solche der Zentralsparkasse, zur Stützung der Arbeiterbank oder gar der Kiba verwendet werden. Ferner wird der Bürger-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XVIII. Blatt

meister aufgefordert, Vorsorge zu treffen, dass deutsche Arbeiter nicht um ihre Spareinlagen geprellt werden. Schliesslich wird der Bürgermeister aufgefordert, noch vor Beginn der Ferien dem Gemeinderat über die getroffenen Massnahmen zu berichten.

Bgm. Seitz : Es wäre sehr zu überlegen, ob solche Angriffe auf Kreditinstitute im Gemeinderat zugelassen werden sollen, zumal sie, wenn man sie ernst nähme, von grosser volkswirtschaftlicher Gefahr sein könnten. Ich habe aber gerade, weil die beiden Institute, von denen die Rede ist, eine Kritik durchaus vertragen, den Antrag zugelassen. Die Veranlagung der Gemeindegelder ist ausschliesslich <sup>Sache</sup> der Mag. Abt. 4, die unter Aufsicht des Finanzreferenten steht. In welcher Weise die Veranlagung geschieht, wird gelegentlich der Beratung des Rechnungsabschlusses im Finanzausschuss mitgeteilt. Ich stelle ausdrücklich fest, dass seit 1919, obwohl Dutzende Kreditinstitute zusammengebrochen sind, die Gemeinde niemals auch nur einen Schilling verloren hat. Die Veranlagung der Gelder der Zentralsparkasse erfolgt in voller Kenntnis des Vollzugsausschusses, der vom Gemeinderat eingesetzt ist. Auch dieses Institut hat trotz der Vorgänge der letzten Jahren niemals einen Verlust erlitten. Es ist eine Gepflogenheit, dass sich der Gemeinderat nicht direkt, sondern nur im Wege des von ihm gewählten Vollzugsausschusses auf die Geschäftsgebarung der Zentralsparkasse Einfluss nimmt. Es besteht kein Anlass an diesem Zustand eine Aenderung eintreten zu lassen.

GR. Frauenfeld (n.s.) erklärt in der Begründung, seine Fraktion halte es für dringend, dass diese Frage geklärt werde, da es nicht der einzige Fall ist, der sich in und um Wien ereignet habe. Der Gemeinderat müsse sich dringend damit befassen.

Bgm. Seitz bemerkt, es sei unzulässig, wenn der Gebrauch einreissen würde, dass jedes Mitglied des Gemeinderates ein Geschäftsunternehmen und dessen Bonität in die Diskussion ziehen könnte. Nach den Erfahrungen die man jetzt gemacht habe, werde der Bürgermeister künftighin noch genauer die Prüfung solcher Anträge vornehmen und sie nicht mehr gestatten.

GR. Dr. Riehl (s.n.) Hier handelt es sich nicht um die Kiba, sondern um die Zentralsparkasse.

Bgm. Seitz: Das ist noch weniger zulässig, aber es war hier die Rede von einer Gesellschaft.

Bei der Abstimmung wird die Dringlichkeit des Antrages abgelehnt. In weiteren zwei Dringlichkeitsanträgen der nationalsozialistischen GR. Rotter und Genossen sowie Dr. Riehl und Genossen wird auf die Vorgänge in Hötting bei Innsbruck verwiesen und gesagt, dass dort "ein 64-jähriger Arbeiter von verhetztem Gesindel in viehischer Weise ermordert worden sei". Der Gemeinderat möge beschliessen, dass sich die G.R. zum Zeichen der Trauer über die sinnlose Hinschlachtung eines Volksgenossen von den Sitzen erheben

Die Verlesung der beiden kurzen Dringlichkeitsanträge wird von den Mehrheit mit stürmischen Zurufen begleitet.

GR. Thalner (soz. dem.) ruft: Und was ist mit Liesing?

GR. Jenschik (soz. dem.): Und mit dem Mord an Müller?

Im zweiten Antrag wird gefordert, der Gemeinderat möge den Hinterbliebenen des Opfers von Hötting eine einmalige Zuwendung von 1000 S bewilligen.

Zur Begründung erhebt sich GR. Frauenfeld und sagt: Wir haben vor wenigen Tagen in Hötting einen traurigen Fall erlebt hervorgerufen durch politische Verhetzung, die in die Bevölkerung hineingetragen wurde.

Stürmische Zufufe der Mehrheit: Sie haben diese Verhetzung in die

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XIX. Blatt

Massen hineingetragen. Ihr habt unsere Leute erschlagen!

Im Saal entsteht grosser Lärm. Sozialdemokratische Gemeinderäte springen von den Sitzen auf und rufen den Nationalsozialisten zu: Mord, Mördergesindel, Mörderbanditen! Denkt an Liesing! GR. Wagner (soz. dem.) schwingt in der rechten Hand eine mit einem grossen Hakenkreuz versehene Broschüre und ruft ununterbrochen: Da ist der Beweis! Ihr seid Gewalttäter! Andere Sozialdemokratische Gemeinderäte stimmen in diesen Ruf und rufen unausgesetzt Mördergesindel, Mordbanditen! Von den nat. soz. Bänken wird mit ähnlichen Rufen geantwortet. GR. Frauenfeld kann sich in dem grossen Lärm nur schwer verständlich machen. Man hört, wie er sagt: Es scheint daher dringend geboten, und gerade die jetzigen Szenen haben es gezeigt, klar und deutlich festzustellen, wer sich mit diesen Mördern identifiziert.....

Daraufhin springen viele Mitglieder der Mehrheit auf und überschütten die Nationalsozialisten mit leidenschaftlichen Zurufen: Streikbrecher! Mit Streikbrechern identifiziert Ihr Euch! Einige Nat. Soz. rufen: Kusch Jud! Schwindler! Juda verrecke!

GR. Frauenfeld: Wir haben niemals Zweifel darüber aufkommen lassen, dass wir jeden derartigen Vorfall auf das schwerste verurteilen und bedauern und stellen auch fest, dass unsere Leute überfallen worden sind.

Gegenrufe bei der Mehrheit: Und was war denn in Liesing?

GR. Rotter (n.s.) Ihr seid Banditen und Arbeitermörder!

GR. Frauenfeld: Wir wollen durch die <sup>dringliche</sup> Behandlung unseres Antrages feststellen lassen, ob sich jemand findet, der die Mordtat deckt.

Anhaltender grosser Lärm. Zwischenrufe schwirren durch den Saal.

Mitten in dem Trubel erhebt sich ganze natsoz.

Fraktion, hebt die rechte Hand hoch und singt ein Lied. (Tosende Pfuirufe bei der Mehrheit.)

Bgm. Seitz: Es ist unwürdig und ein Skandal! Wegen Ihres unqualifizierbaren Benehmens rufe ich Sie alle zur Ordnung!

Der Lärm hält an. Nationalsozialistische Gemeinderäte rufen dem Bürgermeister zu: Wir lassen uns nicht schulmeistern!

Bgm. Seitz: Wenn der Vorsitzende redet, so haben Sie zu schweigen. Ich werde diese Komödie, dass Gemeinderäte hier aufstehen und Lieder singen, absolut nicht dulden. Wenn Sie Lieder singen wollen, gehen Sie ins Wirtshaus!

GR. Frauenfeld: Ich verwahre mich gegen den Ausdruck Komödie!

Bgm. Seitz: Ich kann es nur für absolut unzulässig erklären, dass die Verhandlungen durch Gesang gestört werden.

GR. Dr. Suchenwirth (n.s.) Das war unsere Trauerkundgebung für die Opfer von Hötting:

GR. Frauenfeld: Wir lassen uns nicht terrorisieren. Das ist Ihr Parlamentarismus.

Bgm. Seitz: Ich kann nur erklären, dass es hier kein Mitglied gibt, dass nicht diese Entartungen des öffentlichen Lebens und insbesondere solche Fälle wie die letzten auf das tiefste beklagen und bedauern würde, dass das öffentliche Leben in Oesterreich <sup>das</sup> immer ein friedliches war, durch solche Vorfälle aufgepeitscht werde. (Widerspruch bei den Nat. soz.) Anhaltender Lärm. Es muss dem Vorsitzenden überlassen bleiben, in welchem Rahmen Trauerkundgebungen des Gemeinderates zu veranstalten sind. Wir haben solche Trauerkundgebungen bisher auf Vorfälle beschränkt, die sich innerhalb der Gemeinde ereignet haben. Diese Grenzen werde ich nicht durchbrechen lassen. Das sagt aber gar nicht, dass nicht jedermann solche Vorfälle bedauert insbesondere wenn Menschenleben dabei zugrundegehen. Den Anträgen wird die Dringlichkeit nicht zugbilligt und Bgm. Seitz schliesst um 23 Uhr die Sitzung.

N= 156 folgt!

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

157

Wien, am 6. Juni 1932.

---

## Der 75. Geburtstag Slatin Paschas.

### Glückwünsche der Gemeinde Wien.-Bevorstehende Ernennung Slatin Paschas zum Bürger der Stadt Wien.

Aus Anlass des 75. Geburtstages des Generals Rudolf Slatin Pascha hat Bürgermeister Seitz an den Jubilar ein Glückwunschtelegramm gerichtet, in dem es heisst: "Die Stadt Wien, der Sie entstammen, gedenkt Ihres fünfundsiebzigsten Geburtstages in dem stolzen Bewusstsein, Sie nach einem wechsel- und ruhmvollen Leben von der ganzen Welt geehrt zu wissen. Sie dankt Ihnen für die Bewahrung Ihres heimatlichen Sinnes und für alles, was Sie für Oesterreich geleistet haben, und bereitet die wohlverdiente Auszeichnung der Ernennung zum Bürger vor. Mögen Kraft und Gesundheit Sie weiter begleiten."

-.-.-.-.-

### Konstituierung der Gemeinderatsausschüsse.

Mit Ausnahme des Gemeinderatsausschusses für Wohnungswesen haben heute alle Gemeinderatsausschüsse ihre konstituierenden Sitzungen abgehalten. Zu Vorsitzenden und Vorsitzenden-Stellvertretern wurden im Gemeinderatsausschuss für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform die Gemeinderäte Franz Kogler (soz. dem.) und Max Wagner (soz. dem.), im Gemeinderatsausschuss für Finanzen die Gemeinderäte Alfred Broczyner (soz. dem.) und Johann Hjess (soz. dem.), im Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung die Gemeinderäte Leopoldine Glöckel (soz. dem.) und Alois Jalkotzy (soz. dem.), im Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten die Gemeinderäte Karl Schmid (soz. dem.) und Michael Danek (soz. dem.), im Gemeinderatsausschuss für Ernährungs- und Wirtschaftswesen die Gemeinderäte Anton Grolig (soz. dem.) <sup>Konrad Lötsch (soz. dem.)</sup> und Julius Kopriva (soz. dem.), im Gemeinderatsausschuss für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten die Gemeinderäte Franz Stubianek (soz. dem.) und Josef Beisser (soz. dem.) und im Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen die Gemeinderäte Otto Nachtnebel (soz. dem.), Hermann Fischer (soz. dem.) und Karl Reisinger (soz. dem.) gewählt.

-.-.-.-.-

### Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

Im Zuge der Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung sind in Margareten die Bräuhausgasse, Embelgasse, Amtshausgasse und Bären-gasse, in Hietzing die Teybergasse, Gyrowetzgasse, ein Teil der Jagdschloss-gasse und die Werkbundsiedlung und in Währing die Zierleitengasse mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet worden. Die Installationsarbeiten sind nunmehr beendet; die neuhergestellte elektrische Beleuchtung wird daher in diesen Strassenzügen in den nächsten Tagen in Betrieb genommen werden.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 158  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 7. Juni 1932

## Neue Bürger der Stadt Wien.

Professor Dr. Hans Horst Meyer und Hofrat Professor Dr. Adolf Menzel vom Wiener Gemeinderat zu Bürgern ernannt.

Der Gemeinderat der Stadt Wien hat in seiner letzten Sitzung Professor Dr. Hans Horst Meyer in Anerkennung der grossen Verdienste, die er sich auf dem Gebiete der medizinischen Wissenschaft erworben hat, anlässlich seines fünfzigjährigen Jubiläums als ordentlicher Universitätsprofessor und Hofrat Professor Dr. Adolf Menzel anlässlich der Vollendung seines 75. Lebensjahres in Anerkennung und Würdigung seiner grossen Verdienste auf dem Gebiete der juristischen Wissenschaft zu Bürgern der Stadt Wien ernannt.

\*

Professor Dr. Hans Horst Meyer wurde am 17. März 1853 als Sohn des Geheimen Justizrates Heinrich Meyer in Insterburg geboren. Er studierte an den Universitäten Königsberg, Berlin, Leipzig und Strassburg und wurde im Jahre 1877 in Königsberg zum Doktor der Medizin promoviert. 1878 wurde er Assistent des Pharmakologen O. Schmiedeberg in Strassburg, wo er sich im Jahre 1881 habilitierte. Noch im selben Jahre wurde er als ausserordentlicher Professor nach Dorpat berufen. 1884 kam er als ordentlicher Professor der Pharmakologie an die Marburger Universität und im Jahre 1904 in gleicher Eigenschaft an die Wiener Universität. Professor Meyer, der auch Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Wien ist, ist der Begründer der Schule der experimentellen Pharmakologie in Oesterreich. Sein theoretisches Hauptwerk ist die mit R. Gottlieb im Jahre 1910 herausgegebene "Experimentelle Pharmakologie als Grundlage der Arzneibehandlung".

Der Nestor der juristischen Wissenschaft, Hofrat Professor Dr. Adolf Menzel, wurde am 9. Juli 1857 in Reichenberg in Böhmen geboren. Nach Beendigung seiner juristischen Studien an der Prager Universität trat er in den Justizdienst ein und habilitierte sich im Jahre 1882 für bürgerliches Recht an der Wiener Universität. 1889 wurde er ausserordentlicher Professor, 1894 Ordinarius; er bekleidete wiederholt die Stelle eines Dekans der juristischen Fakultät und war 1915/16 Rektor Magnifikus. Im Jahre 1913 wurde Professor Menzel in das Reichsgericht und nach der Schaffung des Verfassungsgerichtshofes in diesen berufen, in dem er zuletzt die Stelle eines Vizepräsidenten bis zum Jahre 1930 innehatte. Professor Menzel, der an der Wiener Universität seine Lehrtätigkeit als Staats- und Verwaltungsrechtler bis zur Erreichung der Altersgrenze ausübte, ist seit 1925 wirkliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Wien. Seine wissenschaftlichen Arbeiten behandelten zunächst zivilrechtliche Fälle; später beschäftigte sich Menzel mit Fragen des Verwaltungsrechtes, der Staatslehre und der Soziologie. Seine wichtigsten Arbeiten sind unter anderem "Unfall- und Krankenversicherung", "Soziale Gedanken im Bergrecht", "Systeme der Wahlrechtes", "Zur Frage der Vereinfachung der Arbeiterversicherung", "Spinoza und die deutsche Staatslehre der Gegenwart", "Naturrecht und Soziologie" und "Ueber soziale Wertmassstäbe". Professor Menzel, der die Zeitschrift für öffentliches Recht herausgibt, ist trotz seinem hohen Alter noch immer als aktiver Wissenschaftler tätig.

## Sitzungen von Bezirksvertretungen.

Die Bezirksvertretung Neubau tritt morgen, Mittwoch, um 18 Uhr zu einer öffentlichen Sitzung zusammen.

Die Bezirksvertretung Landstrasse hält übermorgen, Donnerstag, um 17 Uhr eine öffentliche und vertrauliche Sitzung ab.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

159

Wien, am 8. Juni 1932

## Die Tätigkeit der Wiener-Schlichtungsstellen und des Wiener Berufsberatungsamtes im März 1932.

Nach einem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik langten im März dieses Jahres 1.039 Anträge auf Schlichtung von Streitfällen bei den Schlichtungsstellen der magistratischen Bezirksämter ein. Im Berichtsmonate wurden 961 Anträge erledigt und Instandhaltungskosten im Betrage von 35.710 Schilling bewilligt.

Das Wiener Berufsberatungsamt führte im vergangenen März 1.127 Beratungen durch, um 296 Beratungen mehr als im Februar dieses Jahres und um 124 Beratungen mehr als im März 1931. Im Berichtsmonate suchten 601 Personen zum erstenmal das Berufsberatungsamt auf.

.....

### Exzess in Ottakring.

In einigen Wiener Tageszeitungen ist gestern, Dienstag, über einen Exzess in Ottakring in der Yppengasse berichtet worden, an dem der 37jährige Hilfsarbeiter Adolf Lorenz, der erst tags vorher von der Landes Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" auf acht Tage beurlaubt worden war, und dessen Schwager, der 31jährige Kellner Oskar Kiehs, beteiligt waren. Dazu wird festgestellt, dass der Hilfsarbeiter A.L. seit 20. Juni 1931 in der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" in Pflege steht. Der Kranke wurde einer entsprechenden Behandlung unterzogen, die eine Besserung seines Krankheitszustandes herbeiführte. Während der ganzen Anstaltsbehandlung erwies sich der Kranke immer als durchaus harmlos und leicht lenkbar, weshalb in der letzten Zeit bereits seine Abgabe in ein Versorgungsheim in Erwägung gezogen wurde. A.L. arbeitete in einer Heimwerkstätte der Anstalt und konnte sich im Anstaltsgebiet frei bewegen. Anlässlich der letzten Osterfeiertage ist dem Kranken ein Urlaub gewährt worden, während dessen er sich ebenfalls bewährte. Auf Ansuchen seines Schwagers O.R. ist dem Kranken vom 4. Juni an ein neuerlicher achttägiger Urlaub bewilligt worden. O.R. hat bei dieser Gelegenheit einen Revers unterschrieben, in dem er sich unter anderem verpflichtet hat, den Kranken mit aller Sorgfalt zu überwachen und ihn nach den von der Anstalt erteilten Instruktionen zu behandeln. Diese Verpflichtung hat O.R. nicht eingehalten; er hat vielmehr den Kranken in ein Gasthaus geführt und ihm nach Angabe des Kranken zwei Seidel Bier und dreiviertel Liter Wein gezahlt. Unter dem Einfluss dieser nicht unerheblichen Alkoholmenge exzedierte dann der sonst durchaus friedliche und harmlose Patient. Von einer Vernachlässigung der Obsorge durch die Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" kann daher keinesfalls gesprochen werden.

.....

### Schwemmen von Pferden in der Alten Donau.

Durch das Schwemmen von Pferden in der Alten Donau in Floridsdorf nächst der Theodor Körnergasse wurde das Wasser der Alten Donau derart verunreinigt, dass die Badenden in den naheliegenden Bädern gesundheitlich gefährdet werden konnten. Der Wiener Magistrat hat daher durch Verordnung für das Schwemmen von Pferden in der Alten Donau den am rechten Ufer in der Verlängerung der Schiffsmühlenstrasse gelegenen bisherigen Platz bestimmt und das Schwemmen von Pferden an anderen Plätzen der Alten Donau und das Abwaschen von Fahrzeugen in den Gewässern der Alten Donau verboten. Uebertretungen dieser Verbote werden vom Magistrat mit Geldstrafen bis zum Betrage von 200 Schilling oder Arreststrafen bis zu vierzehn Tagen geahndet.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 160  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 9. Juni 1932.

## Schulschluss und Schulbeginn in den Bundesmittelschulen.

Der Stadtschulrat für Wien verlautbart: Die Einschreibungen in die erste Klasse der Wiener Bundesmittelschulen finden bis einschliesslich 18. Juni statt. Später, insbesondere nach den Ferien, sind Einschreibungen nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig. An welchen Tagen und zu welchen Stunden die Einschreibungen in den einzelnen Anstalten erfolgen, ist aus einem Anschlag am Eingangstor jeder Anstalt ersichtlich. Eine Bekanntmachung über die Einrichtung der einzelnen Bundesmittelschulen ist gleichfalls in allen Anstalten angeschlagen. Es empfiehlt sich, die Kinder an der am bequemsten erreichbaren Anstalt der von den Eltern gewünschten Schultype, in Betracht kommen Gymnasien, Realgymnasien A, B, C und Realschulen, anzumelden. Auskünfte können auch beim Stadtschulrate für Wien, Burgring 9, III. Stock, Zimmer 61a, täglich von 10 Uhr bis 14 Uhr eingeholt werden. Einschreibungen neuer Schüler in die höheren Klassen finden am 16. September zwischen 8 Uhr und 10 Uhr statt. Vormerkungen können jedoch schon in der Zeit vom 4. bis 11. Juli vorgenommen werden.

Die Zeugnisverteilung findet an allen Mittelschulen und Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten in Wien am Samstag, den 9. Juli, zwischen 9 Uhr und 10 Uhr statt. Die Nachtrags- und Wiederholungsprüfungen, einschliesslich der Wiederholung missglückter Aufnahmeprüfungen in die erste Klasse an Mittelschulen, beginnen am 16. September um 8 Uhr.

Alle angemeldeten Schüler haben sich am 19. September um 9 Uhr in ihren Klassenzimmern einzufinden. Der regelmässige Unterricht beginnt am Dienstag, den 20. September, um 8 Uhr.

## Selbstmordversuch einer Zeitungskolporteurin.

Heute wird in den Tageszeitungen über den Selbstmordversuch der Zeitungskolporteurin W. M. berichtet und dabei mitgeteilt, dass die Familie der Frau von deren Einkommen, das zwei Schilling täglich betrage, erhalten werden müsse. Das städtische Wohlfahrtsamt teilt dazu mit: Frau W. M. bezieht für ihre Kinder einen Pflegebeitrag in der Höhe von monatlich 84 Schilling; aus der Unterbringung der Kinder in Kindergarten und Tagesheimstätte, wo sie auch Mahlzeiten erhalten, erwachsen der Gemeinde Wien überdies Kosten im Betrage von 72 Schilling im Monat. Ausserdem befindet sich der Gatte der Frau, der Alkoholiker ist, seit drei Monaten in der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof"; die Kosten betragen im Monat 180 Schilling und werden ebenfalls von der Gemeinde Wien getragen. Die Fürsorge, die die Gemeinde Wien der Familie angedeihen lässt, erfordert also einen Aufwand von insgesamt 336 Schilling im Monat, der aus öffentlichen Mitteln bestritten werden muss. Die Familie der Frau W. M. wird also durch die Gemeinde Wien sehr weitgehend befürsorgt. Die Angaben der Frau über die Ursachen des Selbstmordversuches sind somit unrichtig; die Familie muss keineswegs von dem allerdings sehr kleinen Einkommen, das die Frau als Kolporteurin der "Freiheit" bezieht, erhalten werden, der Lebensunterhalt wird vielmehr zum überwiegenden Teil aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge bestritten.

## Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

Im Zuge der Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung sind auf der Wieden die Treitlgasse und in Währing der noch nicht elektrisch beleuchtete Teil der Anastasius Grüngasse und ein Teil der Dittesgasse mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet worden. Die Installationsarbeiten sind nunmehr beendet; die neuhergestellte elektrische Beleuchtung wird daher in diesen Strassenzügen in den nächsten Tagen in Betrieb genommen werden.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 161

KARL HONAY

II. Ausgabe

Wien, am 9. Juni 1932.

## Konstituierung des Stadtschulrates für Wien.

Nach der Neuwahl der vom Gemeinderat und vom Stadtsenat in den Stadtschulrat entsendeten Mitglieder hielt heute der Stadtschulrat für Wien unter dem Vorsitze des Bürgermeisters als Präsidenten im Sitzungssaal des Wiener Gemeinderates seine konstituierende Vollversammlung ab. Nach der Angelobung der neuen Mitglieder wurde zum zweiten Präsidenten Nationalrat Otto Glöckel wiedergewählt, den Bürgermeister Seitz hierauf auch weiterhin mit der Führung der Geschäfte des Stadtschulrates betraute. Zu Vorsitzenden - Stellvertretern wurden amtsführender Stadtrat Karl Richter und Gemeinderat Franz Stöger berufen. Sodann wurden die Wahlen in die drei autonomen Abteilungen, für das Volksschulwesen, für die mittleren Lehranstalten und für das gewerbliche und kaufmännische Schulwesen, und in die Unterabteilungen unter Anwendung des Grundsatzes der Verhältniswahl vorgenommen. Im Anschluss an die Konstituierung des Stadtschulrates für Wien fand die Konstituierung der Abteilungen statt.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

162

Wien, am 10. Juni 1932.

## Keine Ermässigung der Kinosteuer.

Das Präsidium des Bundes der Lichtspieltheater hat heute beim städtischen Finanzreferenten wegen der Ermässigung der Lustbarkeitsabgabe vorgesprochen. Stadtrat Breitner nahm demgegenüber den Standpunkt ein, dass mit Rücksicht auf die allgemein bekannte ungünstige Finanzlage der Gemeinde jedwede Herabsetzung von Steuern in absehbarer Zeit vollkommen ausgeschlossen sei. Die Drohung mit Betriebssperre und das Entlassen des Personals können daran nicht das Geringste ändern. Im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Möglichkeiten habe der Magistrat schon seit Jahren den Mittel- und Kleinbetrieben Begünstigungen zugestanden und sei dabei bis an die äusserste Grenze des Möglichen gegangen. Erst wenn eine erhebliche Besserung der gesamten Wirtschaftslage und damit auch der Einkünfte der Gemeinde eingetreten sein werde, könne, wie dies in früheren Jahren wiederholt geschehen sei, die Ermässigung von Gemeindeabgaben erwogen werden. Das werde der Zeitpunkt sein, in dem auch die Kinointeressenten ihre Wünsche ohne Anwendung unzulässiger Zwangsmittel vorbringen können.

## Berechnungstabellen für die neue Wohnbausteuer.

Um die komplizierte Berechnung der Wohnbausteuer nach dem alten Gesetz und dem Gesetz über die neuen Wohnbausteuerzuschläge zu erleichtern, hat der Magistrat zwei Tabellen aufgelegt, aus denen die ab 1. Februar 1932 zu leistende Wohnbausteuer samt Zuschlag, und zwar für Geschäfte und für Wohnungen, abgelesen werden kann. Diese Tabellen sind im Rathaus beim Drucksortenverlag der Hauptkassa, Hochparterre, bei der Kassa der Magistrats-Abteilung 5 im II. Stock und bei den Kassen aller magistratischen Bezirksämter zum Preis von je 25 Groschen pro Stück erhältlich.

## Begünstigungen für die Schuljugend in den städtischen Bädern.

Seit einer Reihe von Jahren erhält die Wiener Schuljugend in den städtischen Bädern weitgehende Begünstigungen. Dadurch wird der gesamten Schuljugend nicht nur der Besuch der Wiener städtischen Bäder, sondern auch die Erlernung des Schwimmens wesentlich erleichtert. In seiner letzten Sitzung hat nun der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten den Beschluss gefasst, auch im heurigen Jahre diese Begünstigung der Wiener Schuljugend wieder zu gewähren.

## Ein Madersperger - Denkmal in Wien.

Die Gemeinde Wien widmet einen Platz zur Aufstellung des Denkmals im Resselpark und übernimmt die Kosten der Fundierung.

Das Madersperger-Denkmal-Komitee, das sich die Aufgabe gesetzt hat, die Errichtung eines Denkmals für den Erfinder der Nähmaschine Madersperger in Wien zu erwirken, hat sich an die Gemeinde Wien mit dem Ersuchen gewendet, die Aufstellung eines von dem verstorbenen Bildhauer Theodor Khuen geschaffenen Madersperger-Denkmal zu bewilligen. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat nun in seiner letzten Sitzung beschlossen, für die Aufstellung des Madersperger-Denkmal in der Gartaneanlage im Resselpark auf der Wieden einen Platz zu widmen und die Kosten der Fundierung des Denkmals zu übernehmen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

163

Ausgabe

Wien, am 10. Juni 1934.

---

## Slatin Paschas Dank für den Glückwunsch der Stadt Wien.

General Rudolf Slatin Pascha hat aus London, wo er sich gegenwärtig aufhält, an Bürgermeister Seitz in Beantwortung des Glückwunschtelegrammes der Stadt Wien ein Telegramm gerichtet, in dem es heisst:

"Soeben hier angekommen erhalte ich die ehrende Mitteilung von der Auszeichnung meiner bevorstehenden Ernennung zum Bürger der Stadt Wien. Dieser Beweis, dass meine Vaterstadt mich als ihren treuen Sohn anerkennt, ist wohl der schönste Lohn meines Alters. Ich bitte Sie, meinen ergebensten Dank entgegennehmen zu wollen."

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 164  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 11. Juni 1932

## Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr die Wiener Landesregierung zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Sitzung der Landesregierung hält der Wiener Stadtsenat eine Sitzung ab.

Der Gemeinderat der Stadt Wien tritt am Freitag um 17 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

## Die Fürsorgeabgabe der Handelsagenten.

Der Verwaltungsgerichtshof hat kürzlich über die Abgabepflicht der Handelsagenten wieder eine sehr wichtige Entscheidung getroffen. Es handelte sich um die Beschwerde einer tschechoslowakischen Firma. Der Verwaltungsgerichtshof hat die Beschwerde abgewiesen und in der Begründung des Erkenntnisses ausgeführt, dass für die Frage der Abgabepflicht eines Handelsagenten der Besitz eines Gewerbescheines, die Zahlung der Erwerbssteuer und der Warenumsatzsteuer, der Besitz eines Musterlagers und die Frage, ob ein Konkurrenzverbot bestehe oder nicht und ob der Vertreter eine Firma vertrete oder mehrere, unentscheidend seien. Entscheidend jedoch sei für die Bejahung der Abgabepflicht der Umstand, dass die gesamten Spesen dem Vertreter von der beschwerdeführenden Firma ersetzt werden; dem daraus könne man schliessen, dass die Firma auf die Geschäftsführung ihres Vertreters einen Einfluss sich vorbehalten habe. Artikel X des Handelsübereinkommens mit der tschechoslowakischen Republik sei nicht anwendbar, da er sich auf in der tschechoslowakischen Republik reisende Kaufleute oder deren Angestellte beziehe. Nach Artikel III des Steuerübereinkommens sei aber die Abgabepflicht gegeben, da es sich um eine durch einen ständigen Vertreter unterhaltene Geschäftseinrichtung handle.

## Städtischer Ehrenpreis für den Hagenbund.

Der Wiener Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung für die Ausstellung des Hagenbundes einen Ehrenpreis von 500 Schilling gewidmet. Nach einer eingehenden Besichtigung der Ausstellung trat gestern, Freitag, die Jury unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates Honay zusammen und beschloss einstimmig, den Ehrenpreis der Gemeinde Wien dem Maler Fritz Schwarz-Waldegg, der vier Oelgemälde ausgestellt hat, zu verleihen.

## Mietzinszuschüsse der Gemeinde Wien für Wohnhausreparaturen.

Der vom Gemeinderat der Stadt Wien eingesetzte Beirat, dem die Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen zu Hauptmietzinsen zusteht, die das Viertausendfache des Friedensmietzinses übersteigen, hielt kürzlich seine 62. Sitzung ab. In dieser Sitzung wurden die Ansuchen von 884 Parteien in 84 Häusern behandelt und Mietzinszuschüsse im Betrage von monatlich 9.808 Schilling bewilligt. Insgesamt hat der Beirat bisher den Ansuchen von 35.991 Parteien in 4.040 Häusern stattgegeben und zusammen Monatsbeiträge in der Höhe von rund 192.180 Schilling genehmigt.

## Ausstellung der Frauengewerbeschule der Stadt Wien.

Die Frauengewerbeschule der Stadt Wien, Sperrgasse 8-10, veranstaltet in der kommenden Woche am Donnerstag, Freitag und Samstag eine Ausstellung feiner Handarbeiten, kunstgewerblicher Arbeiten und Zeichnungen. Die Ausstellung ist an den genannten Tagen von 8 Uhr bis 19 Uhr geöffnet. Der Besuch der Ausstellung ist insbesondere Hauptschülerinnen, die heuer die Hauptschule verlassen, zu empfehlen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 165  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 13. Juni 1932

## Fund einer römischen Töpferwerkstätte.

Bei den Fundamentarbeiten an dem städtischen Neubau in der Oberen Bahngasse wurde in den letzten Tagen ein verhältnismässig sehr gut erhaltener römischer Töpferofen gefunden. Wir kennen bisher schon acht solche Töpferöfen, die auf der Landstrasse gefunden worden waren, wo die im Anschluss an das römische, rein militärische Legionslager Vindobona entstandene Zivilsiedlung gleichen Namens lag. Die Töpferei war, wie man daraus erkennen kann, ein wichtiger Erwerbszweig dieser im 3. Jahrhundert mit selbstständigem Stadtstatut bedachten Siedlung.

Von dem jetzt gefundenen Ofen sind die Konstruktion des Heizraumes und die darübergerlegte mit 24 Löchern versehene Platte, die das Aufsteigen der Hitze aus dem Heizschlauch in den Brennraum vermittelte, vollständig erhalten geblieben. In dem Brennraum setzte der Töpfer die zum Brennen bestimmten Töpfe ein. Das wahrscheinlich über einem Leegerüst geformte Tonnengewölbe des Brennraumes ist jetzt zerstört. Neun über die Brennstelle verteilte tiefe Gruben dienten offenbar der Lehmgewinnung für den Töpfereibetrieb; es ist daher anzunehmen, dass im Umkreis mehrere Töpferöfen bestanden, die zu einer grösseren keramischen Werkstätte gehörten. Die Lehmgruben wurden schon zur Zeit des Töpfereibetriebes mit Ofenabfällen, wie Asche, Kohle und zerbrochenen oder fehlgebrannten Gefässen, aber auch mit Resten abgeräumter alter Gräber der Nachbarschaft ausgefüllt. Diese Scherbenreste lassen ungefähr den Zeitpunkt des Betriebes bestimmen; die Werkstätte dürfte aus dem zweiten Jahrhundert nach Christi Geburt stammen. Es ist wahrscheinlich, dass durch die grossen Germaneneinbrüche in den Jahren 166 bis 168 nach Christi Geburt die Tätigkeit der Töpferei dauernd unterbrochen worden ist.

-----

## Jubilare der Ehe.

In den letzten Tagen feierten die Ehepaare Adolf und Therese Braunfeld, Heinrich und Anna Hehs, Samuel und Sophie Keller, Ignaz und Barbara Pajer, Kaspar und Maria Reitz und Isidor und Henriette Zorn das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Honay in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

-----

## 3.615 Fremde besichtigten im April und Mai das Wiener Rathaus.

Das Wiener Rathaus, das zu den schönsten Gebäuden Wiens zählt, wird von Fremden, die nach Wien kommen, häufig besichtigt. Die Rathausverwaltung hat darum vorgesorgt, dass Besucher, die sich für das Rathaus interessieren, die Sitzungs- und Festsäle unter sachkundiger Führung besichtigen können. Von dieser Möglichkeit haben im April und Mai dieses Jahres insgesamt 3.615 Personen Gebrauch gemacht. 132 Einzelbesucher aus österreichischen Bundesländern, aus der Schweiz, aus der Tschechoslowakei, aus Rumänien, Deutschland, Ungarn, Belgien, Holland, England, Irland, Frankreich, Schweden, Italien, Dänemark und Polen und 78 Besuchergruppen mit zusammen 3.483 Teilnehmern besichtigten die Sitzungs- und Festsäle.

-----

## Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund.

Die nächste öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund findet am Mittwoch, den 15. Juni, um 17 Uhr statt.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

166

Wien, am 14. Juni 1932

## Ausgestaltung der Wiener Wasserversorgung.

Die Standrohrbehälter "Steinhof", "Michaelerberg" und "Dreimarkstein" des Wiener Wasserversorgungsbetriebes, die im Verein mit den Hebewerken "Steinhof", "Neustift am Walde" und "Salmandorf" der Wasserversorgung für die ausserhalb des sogenannten Gravitationsgebietes der zweiten Hochquellenleitung gelegenen Bezirksteile Ottakrings und Döblings dienen, können in den Sommermonaten, wenn der Wasserverbrauch auf das Fünffache und Sechsfache des Winterbedarfes ansteigt, nicht immer allen Anforderungen genügen. Um künftig Störungen oder Unterbrechungen der Wasserabgabe in den Sommermonaten zu vermeiden, soll daher der Fassungsraum der drei erwähnten Standrohrbehälter vergrössert werden. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat daher in seiner letzten Sitzung diese Ausgestaltung der Wiener Wasserversorgung beschlossen und den notwendigen Kostenaufwand in der Höhe von ungefähr 206.000 Schilling bewilligt.

.....

## Die Investitionsnachweise sind bis 30. Juni einzubringen!

Nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 25. Februar 1931 ist für die in den Monaten Jänner und Februar 1931 vorgenommenen Investitionen jenen Betrieben, die damals der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe unterworfen waren, ein Nachlass von 20 Prozent des Abgabebetrages gewährt worden. Diese Betriebe haben die Nachweise über die durchgeführten Investitionen oder Instandsetzungen bis längstens 30. Juni 1932 dem Magistrat vorzulegen. Eine Verlängerung dieser Frist wird nicht gewährt. Wenn der 20prozentige Investitionsnachlass den Betrag von 100 Schilling nicht übersteigt, ist die Beibringung des Nachweises nicht erforderlich.

.....

## Schülerfahrtbegünstigungen auf der Strassenbahn.

Die Direktion der städtischen Strassenbahnen macht neuerlich darauf aufmerksam, dass Ansuchen um Schülerfahrtbegünstigungen schon jetzt, jedenfalls aber noch vor Schluss des laufenden Schuljahres eingebracht werden sollen. Nur solche zeitgerecht vorgelegte Ansuchen können vor Beginn des neuen Schuljahres erledigt werden, so dass die Schüler gleich beim Schulbeginn in den Genuss der Fahrscheinbegünstigung gelangen. Für später, etwa in den Monaten Juli und August oder gar erst nach Schulbeginn eingebrachte Fahrtbegünstigungsansuchen kann eine zeitgerechte Erledigung nicht verbürgt werden. Fahrtbegünstigungsansuchen für das laufende Schuljahr, also für das Schuljahr 1932/33, werden nicht mehr angenommen.

.....

## 501.134 Gasabnehmer in Wien.

Wie die Direktion der städtischen Gaswerke mitteilt, haben am 31. Mai dieses Jahres 501.134 Konsumenten Gas von den Wiener städtischen Gaswerken bezogen. Gegenüber dem Stande im Jahre 1913 bedeutet die Zahl der Gasabnehmer am 31. Mai 1932 mehr als eine Verdoppelung, da am 31. Dezember 1913 die Wiener städtischen Gaswerke bloss 211.815 Konsumenten mit Gas versorgt hatten. Im vergangenen Mai haben die städtischen Gaswerke 1.257 Gasmesser neu aufgestellt, 1.141 Gasmesseranlagen vergrössert und 45 Neuanschlüsse durchgeführt. Der Verkauf von Gasgeräten war im Berichtmonate ein sehr reger; es wurden insgesamt 570 Gasgeräte verkauft.

.....

## Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt.

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt tritt am kommenden Samstag um 18 Uhr zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 167  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 15. Juni 1932

## Vorsicht beim Rudern und Schwimmen in der Donau!

Die Schifffahrtsgesellschaften führen darüber Klage, dass ihre Dampfer und Motorboote durch Sportboote (Faltboote) und Schwimmer arg behindert werden. Das Amt der Wiener Landesregierung fordert daher neuerlich alle Sportbootfahrer in deren eigenstem Interesse auf, das Anfahren der Dampfschiffe und Motorboote zu unterlassen, da sie damit nicht nur sich selbst in eine nicht zu unterschätzende Gefahr bringen, sondern oftmals auch schwere Störungen der gewerbmässigen Schifffahrt verursachen. Ebenso wird vor dem Anschwimmen an Schiffe-einem alljährlich beklagten Unfug-gewarnt. Schliesslich wird daran erinnert, dass das Befahren des Donaukanales mit Sportbooten, soferne hiezu nicht eine besondere Bewilligung erwirkt wurde, und das Baden im Donaukanal ausserhalb der Badeanstalten verboten sind.

## Die Wiener Gesundheitsverhältnisse im Mai 1932.

Das Gesundheitsamt der Stadt Wien teilt mit, dass im vergangenen Mai in Wien 19 Anzeigen über Grippeerkrankungen eingelangt sind; da im April dieses Jahres 178 Anzeigen über Grippeerkrankungen erstattet worden waren, ist die Zahl der Grippeanzeigen im Berichtsmonate um 159 zurückgegangen. Ebenso ist die Zahl der Diphtherieanzeigen von 358 im April dieses Jahres auf 313 im Berichtsmonate zurückgegangen. Die Zahl der Anzeigen über Scharlacherkrankungen hingegen ist von 470 im April auf 538 im Mai gestiegen.

## Verkehrsregelung auf der Hohen Warte.

Die Anrainer der Hohen Warte haben sich wiederholt über die durch Kraftfahrzeuge, insbesondere durch Motorräder, verursachte Lärmbelästigung beschwert, die in diesem verhältnismässig ruhigen Gebiet wegen der Enge und der starken Steigung der Strasse besonders fühlbar ist. Der Wiener Magistrat hat daher im Einvernehmen mit der Bundespolizeidirektion Wien durch Verordnung die Durchfahrt durch die Hohe Warte zwischen der Barawitzkagasse und der Grinzingerstrasse für Lastkraftfahrzeuge und Kraftäder verboten. Diesen Kraftfahrzeugen ist lediglich das langsame Zu- und Abfahren gestattet.

## Vorträge für Mittelschulabsolventen.

Das Berufsberatungsamt der Stadt Wien veranstaltet in der Zeit vom 16. bis 24. Juni zur beruflichen Orientierung der Mittelschulabiturienten- und abiturientinnen einen Zyklus von Vorträgen. Prominente Vertreter der Wissenschaft und des Wirtschaftslebens werden die Jugend über die Anforderungen und die gegenwärtige Lage einiger intellektueller Berufe aufklären. Alle Vorträge finden im Festsaal des Bundesrealgymnasiums, VIII., Albertgasse 20, statt und beginnen pünktlich um 19 Uhr. Die Vortragsfolge ist aus einer in der erwähnten Anstalt angeschlagenen Verlautbarung zu ersehen.

## Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing.

Die Bezirksvertretung Hietzing tritt am kommenden Samstag um 17 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

168

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 16. Juni 1932.

## Zehntes internationales Musikfest in Wien,

### Feierliche Eröffnung im Festsaal des Wiener Rathauses.

Heute mittags wurde das Zehnte Internationale Musikfest der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik im Festsaal des Neuen Wiener Rathauses feierlich eröffnet. Zu der Eröffnungsfeier hatten sich Bundespräsident Miklas mit Kabinettsdirektor Dr. Löwenthal, Präsident des Nationalrates Dr. Renner, der bulgarische Gesandte Nedcoff, der italienische Gesandte Auriti, der niederländische Gesandte Baron Michiels van Verduynen, der deutsche Gesandte Dr. Rieth, der spanische Gesandte de Avila, der polnische Geschäftsträger Morawski mit Honorarsekretär Dr. Berger, der chinesische Geschäftsträger Toung, von der französischen Gesandtschaft Legationsrat Vicomte de Montbas, von der rumänischen Gesandtschaft Legationsrat Bossy, von der tschechoslowakischen Gesandtschaft Legationsrat Borek-Do-halsky, von der türkischen Gesandtschaft Legationssekretär Tahir Bey, Gesandter Junkar, Generalintendant Schneiderhan, Vizebürgermeister Emmerling, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Leser, die amtsführenden Stadträte Honay, Richter, Speiser und Professor Dr. Tandler, Landtagspräsident Weigl, Magistrats-Direktor Dr. Hartl, die führenden Mitglieder der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik, zahlreiche bekannte Musiker und Künstler und viele andere eingefunden.

Die Eröffnungsfeier leitete der Bläserchor der Wiener Philharmoniker unter der Leitung von Dr. Paul A. Pisk mit den Festfanfaren von Richard Strauss ein. Professor Edward J. Dent, Cambridge, begrüßte sodann als Präsident der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik die Festgäste. Professor Dent führte in seiner Ansprache aus: "Aus Wien kam die erste Anregung zur Gründung der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik. Es waren die jungen Schüler Arnold Schönbergs, die hier nicht zu Gehör gelangen konnten und daher im Jahre 1922 in Salzburg ein modernes Musikfest veranstalteten. Dabei kamen sie auf den glücklichen Gedanken, auch junge Komponisten aus anderen Ländern dazu einzuladen; so wurde das Salzburger Musikfest von 1922 nicht nur zu einer grossartigen Demonstration der damaligen Musikströmungen, sondern war auch die erste Gelegenheit, bei der Musiker aus den früher kriegführenden Ländern in Frieden und Freundschaft miteinander musizierten. So wurde unsere Gesellschaft gegründet. Wir halten unsere Musikfeste alljährlich in den verschiedensten Ländern ab; bisher waren wir in Prag, Venedig, Zürich, Frankfurt, Lüttich und Oxford. Jetzt, nach zehnjährigem Bestehen, halten wir endlich unseren Einzug in Wien. Wir sind wohl alle um zehn Jahre älter geworden. Die jungen Komponisten, die 1922 als gefährliche Revolutionäre galten, sind jetzt - darf ich sagen "leider" - zu Klassikern gestempelt worden. Ja, eine Aufführung in der klassischen Stadt Wien ist an und für sich eine Stempelung zum Klassiker. Aber noch immer wächst in allen Ländern eine junge Generation heran und wir freuen uns ganz besonders, die Werke der Jüngeren und noch Unbekannten zu Gehör zu bringen." Professor Dent dankte sodann dem Bundespräsidenten und dem Bürgermeister im Namen der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik für den Empfang und fügte daran den Dank an alle jene, die sich um die Voranstellung des Festes in so liebenswürdiger Weise bemühten. (Lebhafter Beifall).

Dann betrat, mit lebhaftem Beifall begrüßt, Bundespräsident Miklas die Rednertribüne; der Bundespräsident führte in der Eröffnungsansprache aus:

"Vor wenigen Tagen erst hatte ich Gelegenheit, den Internationalen Kongress der Gesellschaften von Autoren und Komponisten in

# RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Wien, am 16. Juni 1932.

Wien zu eröffnen, deren Delegierte sich hier zur Beratung von Berufs- und Standesfragen der schaffenden Künstler zusammengefunden haben. Heute ist es mir nun abermals gegönnt, eine internationale Veranstaltung von schaffenden Künstlern und Künstlerinnen auf dem Gebiete der zeitgenössischen Musik zu eröffnen, deren Beratung nicht ausschliesslich nur sekundären Problemen gilt, ein internationales Musikfest, das vor allem der Kunst selbst, ihrem eigenen Werke dienen soll. Es ist das zehnte internationale Musikfest, das Sie, meine Damen und Herren, in diesem Jahre nach Oesterreich einberufen haben. Sie feiern damit ein erstes Jubiläum und verbinden damit zugleich die Feier des zehnjährigen Bestandes der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik, deren Wiege 1922 in Salzburg stand. Dass diese Ihre Idee vor einem Jahrzehnt gleichfalls hier in Oesterreich geboren wurde, ist sicherlich kein blosser Zufall. Oesterreich ist ja seit Jahrhunderten das klassische Land der Musik, das Land der schaffenden Künstler ebenso wie der meisterlichen Wiedergabe von Werken der Musik, unserer grössten Tondichter der Erde, verstorbener und lebender Meister.

Von Herzen begrüssen daher wir Oesterreicher die Internationale Gesellschaft für neue Musik heute hier in Wien, auf dem Boden der österreichischen Republik und beglückwünschen Sie zugleich zu Ihrem Zehnjahr-Jubiläum, das Sie in Oesterreichs Bundeshauptstadt zu feiern beschlossen haben.

Ihre Internationale Gesellschaft hat sich unter anderem auch die Aufgabe gestellt, jungen, aufstrebenden musikalischen Talenten unserer Zeit den Weg zu künstlerischer Position und Geltung zu schaffen oder doch zu erleichtern. Ich begrüsse dies mit grosser Befriedigung, denn Sie erfüllen damit gewiss nicht nur eine hohe künstlerische, sondern zugleich auch eine dankenswerte soziale Aufgabe. Bekanntlich ist es fast auf keinem anderen Gebiete den jungen aufstrebenden Talenten in unserer verarmten Zeit so schwer, sich durchzusetzen, wie gerade auf dem Gebiete der schaffenden Kunst. Und was im Besonderen die Musik anlangt, so fällt es angesichts der ungeheuren Fülle und Klangs Schönheit des alten klassischen Musikgutes, das auf unsere Zeit gekommen ist, nicht zuletzt dem zeitgenössischen Musiker äusserst schwer, sich mit eigenem künstlerischen Schaffen durchzuringen, zumal weder die öffentlichen Faktoren noch privates Mäzenatentum heute imstande sind, den aufstrebenden Künstlern jene Förderung angedeihen zu lassen, die ihrer Bedeutung für das geistige und künstlerische Leben der Nation entspräche. Wenn daher in diesem Belange Ihre internationale Gesellschaft für neue Musik helfend einspringt und zielbewusst den Weg der künstlerischen und sozialen Förderung unserer lebenden Komponisten beschreitet, so erfüllt sie damit eine in unserer Notzeit doppelt willkommene Mission, für die ihr der aufrichtigste Dank der gesamten Kulturwelt gebührt.

Möge daher Ihr 10. internationales Musikfest die auf diese Veranstaltung gesetzten Hoffnungen im Interesse unserer jungen, strebsamen schaffenden Künstler in reichem Masse erfüllen. Möge aber zugleich auch die Darbietung auserlesener moderner Musikschöpfungen der edelsten Kunst dienen, die am stärksten und unmittelbarsten von allen Künsten auf das menschliche Gemüt wirkt, den ganzen Menschen erfasst und ihn förmlich in himmlische Sphären erhebt.

Musik und Harmonie sind zwei unzertrennliche Schwestern. Man sagt zwar der zeitgenössischen Musik nach, dass manche ihrer prominenten Vertreter in ihren musikalischen Schöpfungen oftmals auch mit schrillen Dissonanzen arbeiten, Dissonanzen, die im ersten Augenblick das musikalische

# RATHAUSKORRESPONDENZ

III. Blatt

Wien, am.....

Ohr frappieren. Aber solch wirklicher oder scheinbarer Missklang im Tongemälde ist doch wohl nur gleichsam ein Abbild der vielen Dissonanzen, an denen die heutige Welt so überreich ist. In der Musik freilich lösen sich schliesslich alle diese Dissonanzen immer wieder in Schönheit und harmonischen Klang auf. Dass es auch in der Welt so wäre, können wir leider nicht behaupten. Doch wäre es gewiss wohl unser aller sehnlichster Wunsch, dass dies ebenso sein möchte und dass sich auch aller Missklang und alle Unstimmigkeiten, die heute die grosse Welt erfüllen und die Kulturvölker entzweien, ebenso glücklich in Harmonie auflösen. Freilich es ist ein dorniger Pfad, der dahin führt. Doch mag uns dabei auch die "königliche Kunst" der Musik willkommene Schrittmacherin sein, Wegbereiterin zu dem heissersehnten Ziele, dass die Völker der Erde ihren Zwist und Streit begraben, einander wieder verstehen und in ihrer Vielheit und Vielgestaltigkeit doch wieder die höhere Einheit, in ausgleichender Harmonie und Schönheit den Frieden wieder finden. Mit diesem aufrichtigen Wunsche begrüsse ich nochmals von Herzen Ihre diesjährige Tagung in Wien, heisse insbesondere auch Ihre Exzellenzen, die Herren Gesandten der auswärtigen Mächte, und alle die illustren Gäste, die von weiter Ferne in unsere Bundeshauptstadt gekommen sind, als Bundespräsident der Republik Oesterreich herzlich willkommen und erkläre hiemit das 10. internationale Musikfest in Wien 1932 für eröffnet." (Langanhaltender Beifall).

Dann betrat, mit stürmischem Beifall begrüsst, Bürgermeister Seitz die Rednertribüne. Der Bürgermeister führte aus:

"Das erste Wort nach der feierlichen Eröffnung soll ein Wort des Willkommens der Stadt Wien sein. Wir freuen uns, dass Sie Ihr zehntes Fest hier in der Stadt Wien veranstalten, in der der Gedanke Ihrer Vereinigung geboren wurde. Ihr Gedanke ist eigentlich, den Unterschied zwischen Neuem und Altem zu überwinden. Man kommt dem Neuen immer wieder mit Widerstreben entgegen, weil man am Alten haftet, weil man eine deutliche Caesur macht zwischen der alten und der neuen Zeit. Begraben wir diese Gegensätze! Was in dem alten Wien erklungen ist, die Schöpfungen eines Haydn, eines Beethoven, eines Mozart, eines Schubert, sie werden immer wieder neu sein, weil sie immer wieder Menschen neu ergreifen, weil sie immer wieder das Höchste im Menschen wachrufen, ausbauen und anregen. Und das Neue, wie bald wird es alt! Gewiss, es gibt grundlegende Unterschiede; aber das sehen wir ja auf allen Gebieten, vor allem auch in der Wissenschaft. Es ist wahrhaftig nicht einzusehen, warum man die Caesur zwischen alter und neuer Musik so tief macht. Was ist uns Laien in der Musik, nicht Schöpfern, nicht Interpreten, sondern nur Geniessern, wichtig? Dass Sie unser Gemüt ergreifen, dass Sie uns am Herzen packen, dass Sie uns erheben, das Leben verschönern. Der Künstler, der das kann, ist zunächst nicht neu oder alt, er ist ein Grosser aller Zeiten, aller Völker.

Die Stadt Wien ist eine Musikstadt. Man könnte sagen, dass diese ganze Stadt, ihr Gelände und ihre Häuser, von Musik gesättigt seien. Wien war aber auch immer eine internationale Stadt und wird es immer sein; darum eignet es sich besonders für einen internationalen Kongress, wie sich auch Ihre Gesellschaft besonders dazu eignet, internationale Ideen zu verbreiten und die Menschen zusammenzuführen. Damit Menschen sich verständigen können, bedarf es gewöhnlich der Sprache; die Vielheit der Sprachen ist ein schweres Hindernis der Verständigung. Die Musik ist eine internationale Sprache, die jeder versteht, durch Musik können alle Völker der Erde sich miteinander verständigen. Sich verständigen aber heisst, den ersten Schritt tun, um einander zu verstehen; und einander verstehen heisst, einander anerkennen und achten. Wenn die Völker einander verstehen werden, wird der

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Blatt

Wien, am.....

g ein Ende haben. Dieses Verstehen zu fördern, ist Aufgabe aller internationalen Gesellschaften. Suchen wir einander, so wie es in den naiven Worten im "Fidelio," die durch die Musik so viel Erhabenheit gewinnen, heisst: "sucht der Bruder seine Brüder und kann er helfen, hilft er gern".  
"Suchen wir einander, Völker der Erde, helfen wir einander! Trachten wir, dass wir uns umschlinge ein einzig Band der internationalen Kunst, vor allem der Musik, suchen wir, ob wir nun Harmonie in musikwissenschaftlichem Sinne anerkennen oder nicht, uns zu verständigen, uns zu verstehen und Harmonie herzustellen im Reich der Kunst, Harmonie in der Menschheit, Harmonie in der Welt! Erstreben wir Verbrüderung aller Völker in Liebe, in der Idee des Fortschritts, in der Idee der Aufwärtsentwicklung! Diesem Gedanken wolle der internationale Kongress der Musik, wolle dieses internationale Musikfest dienen, das Sie hier feiern. In diesem Sinne heisse ich Sie als Bürgermeister der Stadt Wien herzlich willkommen." (Stürmischer Beifall).

Der Bläserchor der Wiener Philharmoniker unter der Leitung von Dr. Paul A. Pisk brachte sodann zum Abschluss der feierlichen Eröffnung des Zehnten Internationalen Musikfestes den Militärmarsch D - Dur von Franz Schubert zum Vortrag. Lebhafter Beifall dankte den Künstlern.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 169  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 17. Juni 1932

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 17. Juni 1932.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 17 Uhr 10 die Sitzung und teilt zunächst mit, dass der Punkt "Neufestsetzung der Hafengebühren für den Freudenufer Hafen" von der Tagesordnung abgesetzt wurde.

Ohne Debatte werden angenommen Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für den XIII., XIX. und XXI. Bezirk.

GR. Friedjung (soz. dem.) referiert über den Antrag, die vom Gemeinderat genehmigten Kosten für die Erweiterung des Neustifter Friedhofes in der Höhe von Schilling 193.000 und für die Ausgestaltung der Feuerhalle in der Höhe von 120.000 Schilling als Betriebsausgaben anstatt unter "Investitionen" zu buchen. Infolge des günstigen Gebarungsergebnisses ist es nicht nötig, zur Deckung der Kosten für den erstgenannten Friedhof, wie ursprünglich beabsichtigt, die Betriebsrücklagen heranzuziehen, es können vielmehr die Betriebsüberschüsse verwendet werden. Ebenso können die übrigen Herstellungen auf das Gebarungsergebnis verwiesen werden.

GR. Dr. Arnold (chr. soz.) spricht die Meinung aus, dass diese Umbuchungen ihren Grund in einer Beanständigung durch den Rechnungshof haben, der zwischen den erwerbsmässigen und jenen Betrieben unterscheidet, die ausschliesslich oder vorwiegend hoheitsrechtliche Aufgaben zu erfüllen haben, bei welchen letzteren nach der Ansicht des Rechnungshofes ein Gewinn nicht erzielt werden dürfe. Nun haben die Betriebe Gemeindefriedhöfe und Feuerhalle, die zur zweiten Gruppe gehören einen sehr namhaften Ueberschuss von 1 1/2 Millionen aufzuweisen, woraus hervorgeht, dass die derzeit eingehobenen Gebühren zu hoch sind. GR. Dr. Arnold stellt daher den Antrag, dem amtsführenden Stadtrat aufzutragen, dem Gemeinderat unverzüglich Vorschläge über die Herabsetzung der Gebühren für Grabstellen, Beerdigung und sonstige Arbeiten zu unterbreiten. Wenn dagegen eingewendet wird, dass heute die Gebühren niedriger sind als in der Vorkriegszeit, so ist darauf zu sagen, dass in einer so schrecklichen Zeit wie der heutigen bei Aufwendungen der Pietät der Masstab der Valorisation nicht angewendet werden könne. Der Redner erklärt weiters, dass seine Partei aber auch grundsätzlich gegen diese Art von Umbuchungen ist. Es handelt sich hier zweifellos um Investitionen und nicht um laufende Ausgaben. Wenn die ganzen hier in Betracht kommenden Beträge in der Höhe von 408.000 Schilling von Investitionen auf das Konto laufende Ausgaben umgebucht werden, so bedeutet das, dass der Gebarungüberschuss um rund ein Drittel herabgemindert und die Einsicht in die wahre Bilanz verschleiert wird.

Durch solche Bilanzen werde sowohl der Opposition wie auch dem Rechnungshof die Kontrolle erschwert und er stelle daher auch in diesem Zusammenhange den Antrag, den verfassungswidrigen Geheimbericht des Rechnungshofes an den Magistrats-Direktor unverzüglich dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit zur Einsicht vorzulegen. (Beifall b. d. Chr. soz.)

GR. Rotter (n. s.) bemerkt, dass in dem Betrieb Friedhofsverwaltung beträchtliche Ueberschüsse erzielt wurden, die nunmehr für Betriebsauslagen verwendet werden sollen. Das ist in unseren Augen eine Schiebung. In dieser ausserordentlich schweren Zeit wird es den allermeisten Menschen sehr schwer, die Begräbniskosten für ihre Verwandten zu bezahlen. Ein solcher Betrieb wie die Friedhofsverwaltung darf nicht auf Gewinn berechnet sein. Aus den erzielten Ueberschüssen ergibt sich, dass die Tarife des Friedhofsbetriebes viel zu hoch sind. Er stelle daher den Antrag, die Tarife des städtischen Friedhofsbetriebes und des städtischen Leichenbestattungsbetriebes werden für minderbemittelte Gemeindeangehörige soweit herabgesetzt, dass bei diesen zwei Betrieben keine Gebarungüberschüsse verbleiben. Der Redner erklärt

# RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Wien, am 17. Juni 1932.

das s seine Fraktion dem Referentenantrag nicht zustimmen werde.  
(Lebhafte Beifall b.d.N.S.)

GR. Friedjung (soz. dem.) widerspricht in seinem Schlusswort der Meinung des GR. Arnold, dass der Bericht des Rechnungshofes die gegenständlichen Umbuchungen veranlasst habe. Der Bericht des Rechnungshofes hat mit diesen Umbuchungen gar nichts zu tun. Es handelt sich hier vielmehr um Notwendigkeiten in der Betriebsführung. Bei dem Betrieb Gemeindefriedhöfe sind Rücklagen unbedingt notwendig, da immer wieder Grundkäufe vorgenommen werden müssen. (GR. Dr. Arnold: Aber nicht um eine Million Schilling!) Ausserdem muss, wenn eine Auslage als Investition geführt wird, dieses Geld verzinst werden, während, wenn die Auslagen aus den Erträgen des betreffenden Betriebes bestritten werden, sie zinsenlos bleiben und deshalb billiger sind. Da die Gemeinde sparsam wirtschaften muss, hat sie die zweite Methode gewählt. Die Gebühren selbst sind weit untervalorisiert. Einzelne Gebühren wie die für Totenbeschau und Totenbeschreibung, die es vor dem Krieg gegeben hat, gibt es überhaupt nicht mehr. Die anderen Gebühren sind für Minderbemittelte ganz ausserordentlich herabgesetzt. An eine Senkung der Einnahmen der Gemeinde kann heute angesichts des Rückganges der Gemeindefinnahmen nicht gedacht werden. Der Berichterstatter wendet sich sodann nachdrücklich gegen den Vorwurf, dass es sich hier um eine Schiebung handle. Diese Angelegenheit wird ja ganz offen im Gemeinderat behandelt. (GR. Dr. Arnold (chr. soz.) Es ist eine Bilanzverschleierung!) Was den sogenannten Geheimbericht betrifft, wurde schon wiederholt festgestellt, dass es einen Geheimbericht gar nicht gibt, sondern dass das ein Bericht des Rechnungshofes an die Magistrats Direktion ist. (Zwischenrufe .- GR. Stöger (chr. soz.): Aber er wird geheimgehalten.- GR. Dr. Arnold: Wir werden keine Ruhe geben, bis der Bericht aufgelegt wird! GR. Stöger: Der Bericht ist ein Geheimbericht!)

Bgm. Seitz, der schon wiederholt zur Ruhe gemahnt hatte, ersucht nun die GR. Stöger und Dr. Arnold, die Verhandlung nicht zu stören.

GR. Dr. Friedjung (soz. dem.) spricht sich für die Ablehnung der Anträge Dr. Arnold und Rotter aus (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.- Zwischenrufe).

Der Referentenantrag wird angenommen. Bei der Verkündung des Abstimmungsergebnisses rufen die Nat. Sos: Die Maschine funktioniert tadellos.

Die Anträge Dr. Arnold und Rotter betreffend die Gebührenherabsetzung werden abgelehnt.

Den Antrag Dr. Arnold betreffend Vorlage des "Geheimberichtes des Rechnungshofes" erklärt der Bürgermeister nicht zur Abstimmung bringen zu können, da es einen solchen Geheimbericht nicht gibt.

GR. Lötsch (soz. dem.) referiert über den Ankauf eines Grundstückes an der Lainzerstrasse durch die Gemeinde Wien von der Union-Baugesellschaft. Er weist darauf hin, dass die Gemeinde bereits im Besitze eines Grundstückes auf dem sogenannten Promenadeweg in Lainz ist, das aber nur verwertbar wird wenn der Strassengrund, um den es sich handelt und der im Besitz der Union-Baugesellschaft sich befindet, in den Besitz der Gemeinde übergeht. Die Union-Baugesellschaft hat dieses Grundstück der Gemeinde angeboten. Durch den Erwerb dieses Grundstückes wird der städtische Besitz wertvoller und es wird eine Arrondierung durchgeführt (Zwischenrufe b. d. Nat. Soz.-Gratzenberger (n. S.): Und dann verdienen die Juden daran). Der Quadratmeter des Grundstückes kostet 36 Schilling).

St. R. Kunschak (chr. soz.) bemerkt, dass der Grundankauf nach mehr als einer Richtung anfechtbar ist. Zunächst muss gefragt werden, warum die

# RATHAUSKORRESPONDENZ

III. Blatt

Wien, am .....

Gemeinde diesen Grund überhaupt erwirbt. Die Gemeinde besitzt dort ein kleines Grundstück, an dessen Verbauung durch die Gemeinde nicht gedacht werden kann, da es zu klein ist. Soll es verbaut werden, so müssen die anliegenden Flächen dazu erworben werden. Aber die Konfiguration auch des arrondierten Baugrundes ermöglicht nach den Bestimmungen der Bauordnung gar keine andere Verbauung als die einer kleinen Villa mit einem unverhältnismässig grossen Aufwand von Baugrund, der unverbaut bleiben muss. Nun hat man in der letzten Gemeinderatssitzung die Abneigung und das ganze Mass der Entrüstung der Mehrheitsparteien gegen Villenbauten vernommen und dasselbe Lied ist erst jüngst auch im Nationalrat gesungen worden. Es ist auch nicht einzusehen, warum die Gemeinde dort eine vereinzelt stehende Villa bauen sollte, wenn sie dazu noch ein weiteres Stück ebenfalls unverwertbaren Baulandes kaufen müsste. Es liegt also gar kein Grund zum Ankauf vor. Dazu noch in einer Zeit, wo die Gemeinde sparen muss. <sup>nach der Angabe des Referates</sup> Der Baugrund wird mit 36 Schilling per Quadratmeter erworben. In Wirklichkeit stellt er sich aber bei Hinzurechnung der Nebengebühren auf rund 37 Schilling. Ich kenne die Verhältnisse in der Gegend sehr genau und weiss, dass in den letzten zwei Jahren dort Baugründe um 22 Schilling ohne Nebengebühren (Lebhaftes Hör! Hörtrufe bei den Chr. soz.) und um rund 28 Schilling mit den Nebengebühren veräussert wurden. Dabei hat es sich um baureife Gründe in der gleichen Lage gehandelt, während es sich hier um einen Baugrund handelt, der nicht baureif, sondern Ackerland ist. Wir kaufen also in einer Gegend in der zur Zeit der Hochkonjunktur für die Grundspekulation baureifes Gelände um höchstens 28 Schilling gehandelt wurde, heute in einer Zeit, in der der Wert des Baulandes um mindestens 10 Prozent zurückgegangen ist, einen Ackergrund um 37 Schilling. Nun hat die Union-Baugesellschaft den Baugrund, der heute <sup>über</sup> 153.000 Schilling gekauft wird, im Jänner vorigen Jahres, also in einer Zeit, wo der Grundpreis noch weit höher war als heute, um 126.715 Schilling einschliesslich aller Nebengebühren erworben. Sie hat also in 17 Monaten 26.605 Schilling rein verdient (Zwischenrufe. - GR. Frauenfeld (n.s.): Eine saubere Geschichte). Sie bekommt also um 21 Prozent mehr, obwohl sie nach der allgemeinen Machtlage nur mit einem Verlust von etwa 10 Prozent aus dem Geschäft heraussteigen könnte. Welches Interesse hat die Gemeinde daran, ein solches Geschäft zu machen? (Zwischenrufe. - GR. Mühlberger (n.s.): Damit ein paar Juden verdienen!) Dieses Geschäft ist ausserordentlich bedenklich und stellt eine Vergeudung des Gemeindevermögens im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage der Gemeinde, auf die vollständige Ueberflüssigkeit der Erwerbung und im Hinblick auf den bedeutend erhöhten Kaufpreis dar. Seitens der Union-Baugesellschaft liegt hier ein typischer Fall vor, der alle Merkmale der Spekulation und des Luchens an sich trägt. (GR. Frauenfeld (n.s.): Eine Gaunerei ist das!) Seitens der Gesellschaft ist ein solcher Vorgang, wenn auch nicht verzeihlich, so doch erklärlich, da es ihre Aufgabe ist, möglichst viel zu verdienen. Aber wie kommt die Gemeinde dazu ein solches Geschäft zu finanzieren? Wir sind durch unser Gelöbnis gebunden an die Pflicht, das Gemeindevermögen möglichst zu schonen (Zwischenrufe und lebhafter Beifall. - GR. Dr. Arnold (chr. soz.): Was sagt der Herr Bürgermeister dazu?) Die Gemeinde hat die Verpflichtung, wenn sie schon Baugründe kauft, sie möglichst billig uns so zu kaufen, dass ihr kein Nachteil erwächst. Ausserdem ist der Kaufvertrag auf Grund des § 99 der Verfassung abgeschlossen worden, der nur dann angewendet werden darf, wenn der Gemeinde aus der Nichtdurchführung eines Geschäftes schwerer Schaden erwächst. (Zwischenrufe. - G. R. Dr. Arnold. Was sagt der Herr Bürgermeister dazu!) Da muss man schon fragen,

# RATHAUSKORRESPONDENZ

IV. Blatt

Wien, am .....

welcher Schaden für die Gemeinde entstanden wäre, wenn das Geschäft nicht unter Anwendung dieses Paragraphen gemacht worden wäre. Die Union-Baugesellschaft hätte den Grund sicher nicht an jemanden anderen verkauft, da sie einen so guten Käufer nicht gefunden hätte, und auch wenn sie ausgesprungen wäre, hätte die Gemeinde nichts verloren. Dem der Baugrund dürfte auch in den nächsten Jahren nicht verbaut werden. Ja, wenn die Gemeinde die Verkehrsinteressen im Auge hat, wird sie dieses Gelände überhaupt nicht verbauen, sondern es zu der dort sehr notwendigen Strassenregulierung verwenden müssen. Zu all dem kommt noch, dass der <sup>seinerzeitige</sup> Ankauf des Grundstückes seitens der Union-Baugesellschaft vom Stift Klosterneuburg durch eine Mittelsperson erfolgt ist, die eine Provision von über 3.000 Schilling erhalten hat. Wenn man das berücksichtigt, erhält die Union-Baugesellschaft nicht nur um 26.000, sondern um rund 30.000 Schilling mehr als sie für den Kauf angelegt hat, das sind 27 Prozent in einer so kurzen Zeitspanne. Ein solches Geschäft kann sich sehen lassen. Die Gemeinde kann sonst bei Grundkäufen sehr knauserig sein und sie wagt sich dabei sonst hart an Methoden heran, die eine Erpressung bedeuten. So hat man im X. Bezirk einen Grundbesitzer den Grundpreis so herabgedrückt, dass er erklären musste, um diesen Preis nicht mehr verkaufen zu können. Darauf hat man, um ein Exempel zu statuieren, den Verbauplan der Gemeinde geändert und seinen Baugrund mit einer Parkwidmung belegt, sodass der Grund unverkäuflich geworden ist (Lebhafte Entrüstungsrufe bei de. Chr. soz.). Das ist auch in verschiedenen anderen Fällen vorgekommen. Hier auf einmal dieses unerhörte Entgegenkommen, diese unerhörte Ueberzahlung und diese Eile um dieses für die Gemeinde so schädliche und für die Union-Baugesellschaft so bedächtig nützliche Geschäft möglichst bald unter Dach zu bringen (Lebhafter Neifall bei den Chr. soz.)

G.R. Weikert (N.S.) erklärt, er werde als gewöhnlicher Arbeiter sich der Arbeitersprache bedienen (Rufe der N.S. gegen St.R. Weber.) Der Gemeinderat werde bei dieser Angelegenheit vor eine vollendete Tatsache gesetzt, an der nichts mehr zu rütteln ist. Wir Nationalsozialisten halten es für eine Pflicht der Gemeinde, Grundstücke zu gemeinnützigen Zwecken zu erwerben, aber zu möglichst billigen Preisen. Das ist hier nicht geschehen. Der Preis des m<sup>2</sup> mit allen Kosten stellt sich auf 40 S (St.R. Frauenfeld: Da ist Licht und Luft für Herrn St.R. Weber dabei!) Das Grundstück wurde im vorigen Jahr von dem Stift Klosterneuburg zu einem Preis von 28 S für den m<sup>2</sup> angekauft, wobei ich feststellen muss, dass schon das ein Wucherpreis war. Dass sich nun die Gemeinde dazu hergibt, so teure Grundstücke zu kaufen, das bedeutet eine Verschleuderung und Vergeudung der Steuergelder, die aus der Arbeiterschaft herausgepresst werden (Lebhafter Beifall bei den Nat. Soz.). Aus den Ausführungen des Referenten war nicht zu entnehmen, dass dieser Ankauf für die Gemeinde zu gemeinnützigen Zwecken notwendig war (St.R. Frauenfeld: Aber für die Union-Baugesellschaft!), es ist also <sup>nur</sup> anzunehmen, dass die Gemeinde Wien der kapitalistischen Union-Baugesellschaft einen Liebesdienst erwiesen hat (Beifall bei den N.S.), wieder ein Beweis, wie eng die sozialdemokratischen Führer mit dem <sup>kapitalistischen</sup> Kapitalismus verbunden sind. (Beifall bei den Parteigenossen.) Vorgeatern hat die Arbeiterzeitung über die Notwendigkeit der Enteignung von Grund und Boden der Grossgrundbesitzer geschrieben. Ich möchte den soz. dem. Mitgliedern des Gemeinderates bekanntgeben, dass wir ein Bodenreformgesetz geschaffen haben, durch das wir den gesamten Grund und Boden der Terrainspekulanten und Aktiengesellschaften kostenlos enteignen und den Arbeitern kostenlos zu Eigenheimen überlassen werden. Es ist hier noch nicht erwähnt worden, dass anlässlich dieses Grund-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

V. Blatt.

Wien, am.....

ankaufes der kapitalistischen Union-Baugesellschaft 19.000 S. rückständiger Steuern gestrichen wurden. (Lebhafte Hört-Hörtrufe bei den N.S.) Wenn ein Gewerbetreibender 50 S. schuldig ist, erscheint sofort der Steuerexekutor, handelt es sich aber um eine kapitalistische (G.R. Mühlberger N.S.- Jüdische!) Gesellschaft, so werden ihr 19.000 S. glatt gestrichen. Wir legen gegen den vorliegenden Antrag den schärfsten Protest ein und lehnen ihn strikte ab, denn wir wollen uns nicht mitschuldig machen an einer Verschleuderung von Wiener Steuergeldern. (Lobhafter Beifall bei den Parteigenossen!)

St. R. Linder (Soz. Dem.) weist darauf hin, dass in der vor zwei Jahren beratenen neuen Bauordnung eine Bestimmung enthalten war, die es der Gemeinde ermöglichen sollte, Gründe anzufordern, wenn es das Interesse der Gemeinde erheischt. Die Bundesregierung hat aber die Verwirklichung dieser Enteignungsbestimmungen, (St. R. Frauenfeld, N.S.: Gegen die Arier!)

, welche die soz. dem. Gemeindeverwaltung geplant hat, verhindert. (Zustimmung bei den Soz. Dem., Zwischenrufe bei den N.S.) Das ist ja gerade eines der Grundübel, dass die Gemeindeverwaltung, wenn sie Grundstücke im Interesse der erwerbenden Bevölkerung braucht, sie zu teuren Preisen kaufen muss. Himmelweit sind wir von Ihnen, meine sehr geehrten Herren von der nat. soz. Partei, entfernt, wenn Sie eine Debatte darüber führen, ob wir Gründe kaufen sollen. Nach unserer Absicht müsste die Gemeinde alle frei werdenden Gründe erwerben, um sie im Interesse der Oeffentlichkeit zu verwerten. (St. R. Frauenfeld: Sie machen eine Abgrundpolitik, aber nicht eine Grundpolitik! - Die nat. soz. Gemeinderäte machen gegen den Redner ironische Arm- und <sup>Hand</sup>bewegungen. - Erregte Zwischenrufe bei den Soz. Dem.)

Bürgermeister Seitz : Ich bitte um Ruhe. Wenn sich etwas Geschäfts- und Ordnungswidriges ereignet, so ist es Sache des Vorsitzenden, das zu beanstanden. Ich kann nicht jede Geschmacklosigkeit, sofern nicht unästetisch ist, verbieten, muss es daher den Herren überlassen, jene Händebewegungen zu machen, die ihnen angemessen sind. (Lobhafter Beifall und Händeklatschen bei den Soz. Dem.)

St. R. Linder erklärt gegenüber St. R. Kunschak, dass die Kritik, die dieser an dem Grundkauf geübt hat, das zulässige Mass wohl überschritten hat. (Zwischenrufe bei den Chr. Soz.) St. R. Kunschak hat gesagt, die Gemeinde Wien habe Grundstücke, die die Union Baugesellschaft um 103.000 Schilling erworben hat, nunmehr mit 153.000 Schilling bezahlt. In diesem Betrage von 153.000 Schilling ..... (St. R. Frauenfeld: Ist eine Schiebung enthalten!) Ich habe Sie nicht gefragt, lernen Sie schweigen und aufpassen, damit man sie belehren kann. (Abg. Jenschik, Soz. Dem.: Der Frauenfeld schiebt Feuilletons!) In dem Betrage von 153.000 Schilling sind die Wertzuwachsabgabe und die Uebertragungsgebühr enthalten und Herr St. Rt. Kunschak weiss so wie ich, dass die Wertzuwachsabgabe ganz, die Uebertragungsgebühr zu 80 Prozent in den Säckel der Gemeinde fließt. Man kann daher nicht sagen, dass die Grundstücke überzahlt worden sind. (Zwischenrufe bei den Chr. Soz.!) Es wäre uns vielleicht sympatischer gewesen, wenn das Stift Klosterneuburg um die Grundstücke direkt verkauft hätte, aber die Herren wissen, dass wir vom Stift Grundstücke nicht bekommen. Wenn die Union Baugesellschaft 103.000 Schilling für die Gründe bezahlt hat und wir jetzt 153.000 Schilling dafür zahlen, so sind in dem Differenzbetrag .... (G. R. Mühlberger, Nat. Soz.: Judengewinne!) Für Ihre antisemitischen Bemerkungen habe ich wenig Verständnis, mit mir müssen Sie deutsch reden. Der Mehrbetrag, der sich aus der Differenz ergibt, ist eine Verzinsung von 4!8 Prozent des seinerzeit ausgelegten Kapitals. Wir könnten uns in Oesterreich glücklich preisen, wenn

# RATHAUSKORRESPONDENZ

VI. Blatt.

Wien, am.....

der Zinsfuß der Nationalbank auf 4,8 Prozent herabgesetzt würde.

Was nun die Verwendung anbelangt, so wird die soz. dem. Gemeindeverwaltung nicht der Gefahr ausgesetzt sein, dass man sie beschuldigt, sie wolle dort vielleicht eine Villa mit einer grossen Parkanlage errichten, sondern diese Grundstücke wurden mit der Absicht angekauft, der Heimbauhilfe zur Verfügung gestellt zu werden, die dort 8 oder 10 Häuser errichten kann. (Zwischenrufe). Wenn St. R. Kurschak meine Aufklärung überdenkt, ~~er~~ wird er sicher zu der Ueberzeugung kommen, dass er mit seiner Kritik heute etwas über das Ziel geschossen hat (Lebhafter Beifall bei den Soz. Dem.).

(St. R. Kurschak (chr. soz.) stellt gegenüber dem Vorredner fest, dass die Wertzuwachsabgabe auf das Konto des St. R. Breitner übertragen und dort als Einnahme der Gemeinde gebucht, dem St. R. Linder aber unter dem Titel "Grunderwerb" zur Last gelegt wird. Es könnte daher vielleicht St. R. Breitner mit dem Grundkauf zufrieden sein, wenn er bekommt die hohe Wertzuwachsabgabe, aber St. R. Lindermuss den Grundkauf samt der Wertzuwachsabgabe verrechnen und der Grundkauf kostet nicht, wie er sagt, 133.000 Schilling, sondern n. wie man erst aus der Fussnote ersehen muss, 153.000 Schilling. (St. R. Frauenfeld: Talmudistischer Dreh!) Der Grund ist also gegenüber dem Geschäft vom Jänner 1931 um 26.000 Schilling überzahlt. Es ist auch zu bedenken, dass in dem Kaufpreis die Vermittlergebühr von über 3.000 Schilling steckt, die von der Gemeinde gezahlt werden muss und nicht in die Gemeindegassa fliesst. (St. R. Linder: Die hätte ich auch zahlen müssen!) Es ist ein Irrtum, wenn Sie sagen, dass wir keine Vermittler haben, alle grossen Grundtransaktionen <sup>wie z. B. der Kauf der Drasche-Gründe</sup> sind mit Vermittlern gemacht worden!) Nur mit dem Unterschied, dass dort der Vermittler von Baron Drasche gezahlt worden ist, während er in diesem Falle von uns gezahlt werden muss. Dass der Grund der Gesiba für eine Heimstättensiedlung überlassen werden soll, hätte uns der Referent auch sagen können (St. R. Frauenfeld: Das weiss der Referent gar nicht!) Man wird aber auf dem Grundstück acht Heimstätten nicht unterbringen, weil man dort an die offene Bauweise gebunden ist. Es bleibt also die Tatsache bestehen, dass eine Grundfläche von über 5.000 Quadratmetern im besten Falle zur Errichtung von vier kleinen Familienhäusern verwendet werden kann. Das ist unter den heutigen Verhältnissen eine Verschwendung und Vergeudung des Gemeindevermögens. Dieses Geschäft ist aus einem Gemeindeinteresse absolut nicht erklärt, sondern es müssen dafür andere uns nicht bekannte Gründe massgebend gewesen sein (Lebhafter Beifall bei den Chr. soz.).

G. R. Thaller (Soz. Dem.) führt aus, dass auch die Soz. Dem. ~~immer~~ alle Spekulationsgrundstücke in dieser Stadt lieber enteignen, als kaufen würden. (St. R. Frauenfeld, Nat. Soz.: Siehe Punkt 3 der Tagesordnung!) St. R. Linder hat schon mitgeteilt, dass in dem ursprünglichen Entwurf der Bauordnung Enteignungsbestimmungen enthalten waren, die aber eliminiert werden mussten, weil die Regierung dagegen Einspruch erhoben hat (St. R. Frauenfeld, Nat. Soz.: Das haben Sie im Voraus gewusst, deswegen haben Sie sie hineingenommen!) Auch wenn wir es im Vorhinein gewusst hätten, hätten wir diese Bestimmungen hineinbekommen, weil das unsere Ueberzeugung entspricht. (Lebhafter Beifall bei den Soz. Dem.) Wenn die Nationalsozialisten in unserer Stadt auf diesem Gebiete mit uns gehen, so lade ich Sie ein, mit uns für ein Grundenteignungsgesetz zu kämpfen (Beifall bei den Soz. Dem. - Zwischenrufe bei den Nat. Soz.). Weikert hat von einem Gesetz geredet, das die Nationalsozialisten geschaffen haben. Ich muss ihn fragen, wo dies geschehen ist (Zwischenrufe).

# RATHAUSKORRESPONDENZ

VII. Blatt.

Wien, am \_\_\_\_\_

Ich will ihm aus der Verlegenheit helfen. Im Punkt 17 der berühmten 25 Punkte des nationalsozialistischen Programmes heisst es: "Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepasste Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation" eine sehr sozialistische Forderung, die wir Sozialdemokraten vom ersten bis zum letzten Buchstaben unterschreiben (St.R. Weber (soz. dem.): Ist uns ja gestohlen, das ist unsere Forderung! (Lachen und Zwischenrufe bei den Nationalsozialisten, St.R. Weber: Feuilleton- und Programmabschreiber!) Nun hat es zweifellos solcher Leute, wie es GR. Weikert ist, <sup>sehr</sup> viele gegeben, die geglaubt haben, wenn eine Partei einen Punkt in ihr Programm aufnimmt, müsse das auch Geltung haben. (Zwischenrufe b. d. Nat. soz. - St.R. Frauenfeld (n. s.): Sie sprechen ja nicht zur Tagesordnung!)

Bgm. Seitz: Darüber, was zur Tagesordnung gehört, entscheidet der Vorsitzende. Wenn Sie eine Kritik nicht vertragen, dann reden Sie nicht so! Sie müssen den Mut aufbringen, auch die Antwort zu ertragen; das ist deutsch!

GR. Thaller: Gegen diesen Programmpunkt hat sich nun von gewisser Seite doch einiger Widerspruch erhoben und der oberste Führer hat sich daher bemüht, am 13. April 1928 eine Erläuterung dieses Punktes 17 zu geben (Lebhafte Rufe: Hört Hört bei d. Sozialdemokraten). In dieser von Hitler eigenhändig gezeichneten Erklärung heisst es: "Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programmes der N.S.A.P. von Seite unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig: Da die N.S.D.A.P. auf dem Boden des Privateigentums steht" (Stürmische Rufe: Hört Hört bei den Soz. dem.) "ergibt sich von selbst, dass der Passus "unentgeltlicher Enteignung" nur auf Boden Bezug hat, der auf unrechtmässige Weise erworben wurde" (Zahlreiche Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten. - Gegenrufe bei den Nationalsozialisten)

In der Erklärung Hitlers heisst es weiter: "Jener Boden muss enteignet werden, der nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwertet wird". Der ganze grosse Schwindel dieser Erklärung ist aber im letzten Satz niedergelegt, wo es heisst: "Dies richtet sich demgemäss in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften." (Zustimmung bei den Nat. Soz.) Sie, meine Herren Nationalsozialisten verstehen noch immer nicht, was Sozialismus ist. Sozialismus ist der Kampf gegen jedes Kapital, nicht nur gegen das jüdische. Sie machen aber eine sehr geschickte Unterscheidung, damit Sie Ihren arischen Gönnern nicht weh tun. (Zwischenrufe der Nationalsozialisten. - GR. Gratzenberger (n. s.): Kusch Jud! - Gegenrufe bei den Sozialdemokraten. - GR. Papanek (soz. dem.): Mehr kann er nicht! - Zahlreiche Zwischenrufe und Gegenrufe).

Bgm. Seitz: Ich bitte die Herren in den Grenzgebieten, sich nicht in weitere Kämpfe einzulassen. Jetzt spricht GR. Thaller, ich muss also vor allem die Mitglieder des Gemeinderates, die ihm <sup>ersuchen</sup> nahestehen, nicht zu stören.

GR. Thaller: Das "Kusch Jud" hilft uns am allerwenigsten, denn diejenigen, die in Wien Gründe besitzen, sind meist nicht Juden (Zwischenrufe bei den Nat. soz.). Die grössten Grundbesitzer, von denen die Gemeinde Gründe angekauft hat, waren sehr gute Arier. Die pseudo-revolutionären Pharsen, die der Gemeinderat Weikert hier gebraucht hat, können Sie in Ihren Wählerversammlungen vorbringen, wo sie unkontrolliert sind. Hier sollten Sie sich jedes Wort gut überlegen, denn hier werden Sie kontrolliert und man wird Ihnen auf die Finger klopfen, wenn es notwendig ist. (Lobhafter Beifall und Handklatschen bei den Soz. dem.). 330

# RATHAUSKORRESPONDENZ

VIII Blatt

Wien, am.....

Berichterstatter GR. Lötsch führt aus, er habe im Laufe der letzten Jahre wiederholt über Grundankäufe berichtet, die weit über das Mass des vorliegenden Grundankaufes hinausgingen. (St. R. Frauenfeld (n. s.): Die noch teurer waren!) Sie waren ja nicht hier, Herr Kollege. (St. R. Frauenfeld: Wer ist Ihr Kollege!) Es ist aber der Gemeinde niemals unterschoben worden, dass sie einen Vorkäufer begünstigt (St. R. Frauenfeld: Da waren wir noch nicht hier!) - GR. Kunschak (chr. soz.) Lauter Schottenstifte gibt es nicht, die der Gemeinde einen Grund schenken. - Zwischenrufe). Ich könnte Ihnen ein anderes Stift sagen, das durchaus nicht gewillt ist, der Gemeinde einen Grund zu schenken (Zwischenrufe). GR. Lötsch stellt sodann gegenüber dem St. R. Kunschak fest, dass sich die Gemeinde in allen Fällen bemüht hat, die Gründe, die sie braucht, möglichst billig zu kaufen, dass aber die Grundpreise nicht überall gleich sein können, da sie von der Beschaffenheit und Lage der Grundstücke abhängen (Zwischenrufe). Richtig ist, dass die Gemeinde auch Grundstücke gekauft hat, die nicht immer der Verbauung zugeführt wurden, die sie aber als Reserve für Grundtauschaktionen brauchte. Schon St. R. Linder hat gezeigt, dass der gegenständliche Grund für eine Heimbaulilfe gebraucht wurde. Es ist auch nicht richtig, dass eine Fläche von mehr als 6000 Quadratmetern nichts bedeutet und dass nur eine Villa darauf gebaut werden kann. Nach Schätzung der Fachleute beträgt der Verkehrswert des Grundes 135.000 Schilling, während er tatsächlich um 133.000 gekauft wurde. Der Kaufpreis ist also sehr wohl zu vertreten (Lebhafter Beifall b. d. Mehrheit. - Zwischenrufe).

Bgm. Seitz: Herr G. R. Kunschak hat den Bürgermeister wegen der Anwendung des Art. 99 der Verfassung auf den gegenständlichen Fall apostrophiert. Ich glaube, dem Herrn GR. Kunschak als einen Stadtrat nicht erst sagen zu müssen, dass die Beurteilung der Frage, ob gemäss Art. 99 eine Angelegenheit nicht aufgeschoben werden kann, selbstverständlich dem Stadtsenat obliegt. Ich habe natürlich feststellen lassen, welche Meinung der Stadtsenat damals gehabt hat, und ich konstatiere aus den amtlichen protokollarischen Aufzeichnungen über diese Stadtsenatssitzung, dass darüber, ob der Grund anzukaufen ist, wie auch darüber, ob das eine Angelegenheit ist, über die gemäss Art. 99 sofort entschieden werden müsse, im Stadtsenat eine einvernehmliche Auffassung bestand und dass dieser Antrag angenommen wurde, weil gegen ihn niemand eine Einwendung erhoben hat. Es liegt also ein einstimmiger Beschluss vor (Widerspruch bei den Chr. soz. GR. Kunschak: Ihnen dürfte aber der Unterschied zwischen einer einvernehmlichen und einer nicht widersprochenen Tatsache geläufig sein!) Wenn sich niemand zum Worte meldet und der Vorsitzende erklärt, es ist keine Einwendung erhoben, daher ist der Antrag genehmigt, so drückt sich darin noch mehr als durch eine formelle Abstimmung aus, dass die gesamte Körperschaft einer Meinung ist. Es ist das der Beweis, dass nicht eine einzige Stimme dagegen ist. Mit einer solchen Einstimmigkeit ist dieser Beschluss im Stadtsenat gefasst worden. Es wäre geradezu verfassungswidrig und eine Anmassung von mir, wenn ich hier dem Stadtsenat, der einen einhelligen Beschluss gefasst hat, in dem Arm fiele. GR. Weikert (N. S.) bemerkt in einer tatsächlichen Berichtigung, GR. Thaller habe behauptet, dass die Nationalsozialisten viel zu spät mit der Forderung der Grundenteignung kommen, die die Sozialdemokraten bereits seit 80 Jahren stellen. Leider haben aber die Sozialdemokraten in 80 Jahren davon nichts durchgeführt. Er hat auch den Punkt 17 aus den 25 Thesen Adolf Hitlers sehr richtig vorgelesen.

Bgm. Seitz: Wenn das richtig war, so haben Sie keinen Anlass zu einer Berichtigung. Ich bitte, sich auf eine Berichtigung zu beschränken.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

IX. Blatt

Wien, am.....

GR. Weikert (N.S.): GR. Thaller hat auch behauptet, dass wir nicht sozial sind.

Bgm. Seitz: Das ist keine Tatfrage. Wenn Sie etwas berichtigen wollen, muss es sich um eine Tatfrage handeln.

GR. Weikert: Wir sind es, die in Wirklichkeit zur sozialen Tat schreiten. Ich möchte auch dem Gemeinderat mitteilen...

Bgm. Seitz: Ich bitte um eine tatsächliche Berichtigung (Zwischenrufe).

GR. Weikert: Was ist es mit Ihrem Agrarprogramm (Lebhaftes Zwischenrufe.-Lärm.)

Bgm. Seitz: Ich mache Sie zum letzten Mal aufmerksam, dass Sie, wenn Sie zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort gemeldet sind, auch nur <sup>eine</sup> tatsächliche Berichtigung vorbringen dürfen und dass ja keine Polemik gestattet ist.

GR. Weikert: Es ist unwahr und es ist wahr. (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.-Lebhafte Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten und Nationalsozialisten). Es ist unwahr, was GR. Thaller gesagt hat und es ist wahr, was ich gesagt habe (Neuerliche Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). Ich richte an Sie die Frage, welchen Nachteil die Gemeinde gehabt hätte, wenn der Grundkauf unterblieben wäre....

Bgm. Seitz: Sie sind nicht berufen, Fragen zu stellen. Also bitte nehmen Sie Platz. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten Zwischenrufe).

GR. Riehl (N.S.): Traurig genug, dass Sie einen Arbeiter, der zum erstenmal in einer solchen Körperschaft spricht, auslachen! (Lebhafte Zwischenrufe).

GR. Wagner (soz. dem.) Ein Renegat!

St. R. Frauenfeld (N.S.) Jetzt sind alle Statisten aufgewacht! (Lebhafte Zwischenrufe).

GR. Wagner: Der Oberrenegat!

GR. Riehl: Sie blöder Kerl!

GR. Mühlberger: Kusch!

GR. Frauenfeld: Er klüfft schon wieder drüben!

GR. Sucherwirth: Die Makkabäer schreien! (Lebhafte andauernde Zwischenrufe)-

Bgm. Seitz: GR. Riehl hat einem Mitglied des Gemeinderates zugerufen: Blöder Kerl. Ich rufe den GR. Riehl zur Ordnung. (Lebhafte Zwischenrufe).

GR. Frauenfeld: Dr. Riehl kann den Wahrheitsbeweis antreten.

GR. Beisser (soz. dem.) Wer hat die Hochschule besucht, damit er das dort lernt.

St. R. Kunschak stellt in einer tatsächlichen Berichtigung zunächst fest, dass er den Bürgermeister nicht apostrophiert habe. Gegenüber der Behauptung des Bürgermeisters, dass in der betreffenden Stadtratssitzung das Geschäftstück einvernehmlich und ohne Widerspruch angenommen wurde, stellt er richtig, dass in dieser Sitzung ein Einvernehmen nicht gesucht und daher auch nicht getroffen wurde.

Bgm. Seitz: Ich kann nur noch einmal feststellen, dass der Vorgang in der Stadtsenatssitzung folgender war: Referat. Vorsitzender: Es wird keine Einwendung erhoben. Angenommen. Es hat sich also niemand zum Wort gemeldet und niemand die geringste Einwendung erhoben. Das Geschäftstück wurde daher einstimmig angenommen. Was die weitere Behauptung des GR. Kunschak betrifft, dass er mich nicht apostrophiert habe, ist es möglich, dass ich einen bezüglich Zwischenruf des GR. Dr. Arnold, der vor dem St. R. Kunschak sitzt, für eine

# RATHAUSKORRESPONDENZ

X. Blatt

Wien, am.....

Aeusserung des St. R. Kunschaks gehalten habe.

Es wird sodann zur Abstimmung geschritten und der Referentenantrag angenommen.

Während der Enunziation des Abstimmungsergebnisses ruft

GR. Hölzl (N.S.) zu den Sozialdemokraten: Schieberpartei!

Bgm. Seitz: Ein Gemeinderat hat den Ausdruck "Schieberpartei" gebraucht.

GR. Dr. Suchenwirth: Er hat „Schülerpartei“ gesagt. (Rufe bei den Nationalsozialisten Schülerpartei und nicht Schieberpartei.)

Bgm. Seitz: Früher hat aber der Zwischenruf anders gelautet. Rufe bei den Nat. soz. „Schülerpartei“ hat er gesagt!

GR. Hölzl: Ich habe Schieberpartei gesagt!

Bgm. Seitz: Ich rufe Sie zur Ordnung! Es ist absolut ungehörig, hier jemanden zu verleumden und noch ungehöriger ist es, mit so allgemeinen Bezeichnungen zu verleumden, von denen Sie wissen, dass deswegen nicht geklagt werden kann. Wenn Sie ein Mitglied des Gemeinderates einer unehrlichen Handlung zu bezichtigen haben, haben Sie auch als deutscher Mann aufzustehen und zu sagen, wer der Schieber ist (Lebhafter Beifall b. d. Sozialdemokraten). Es geht aber nicht an, mit allgemeinen Parteibezeichnungen zu operieren, da Sie sich dann vor dem Strafgericht verantworten könnten, dass Sie ja nur einen allgemeinen Parteibegriff gebraucht haben (Zwischenrufe bei den Nat. soz.). Wenn ein Mitglied des Gemeinderates Ihre Partei einer unehrlichen Handlung bezichtigen würde, würde ich den Betreffenden ebenso zur Ordnung rufen. Ich werde solche Sitten hier nicht zulassen (Zwischenrufe).

GR. Rotter (N.S.): Dann sagen wir also Giftgaspartei!

Bgm. Seitz: Ich sage Ihnen zu wiederholtem Male, dass es undeutsch ist, weil es feig ist, Beschuldigungen in allgemeinen Aeusserungen zu erheben. Wenn Sie gegen jemanden eine Beschuldigung erheben wollen, seien Sie deutscher Mann genug, ihn zu nennen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Zwischenrufe.)

GR. Lötsch referiert hierauf über die Bauabrechnungen der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft.

GR. Müller (chr. soz.) weist darauf hin, dass nach dem vorliegenden Bericht der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft 452.000 Schilling als Ersatz der Kosten, die sie bei verschiedenen Bauten aufgewendet hat, zurückzuzahlen sind. Diese Reparaturen bzw. Rückzahlungen gehen auf 9 Jahre zurück. Das widerspricht sicher der seinerzeitigen Absicht. Ursprünglich hatte man nur den Ersatz der Kosten für kurze Zeit, für etwa ein oder zwei Jahre im Auge. Vor allem müssten Bauten, die keine Wertvermehrung bedeuten, auf Kosten der Gesellschaft gehen. Anders ist es bei einem kaufmännischen Betrieb nicht möglich. Ferner hat die Gesellschaft in den letzten Jahren auch keinen Pachtschilling bezahlt, was ebenfalls ein unmöglicher Zustand ist. Zu all dem kommt noch, dass die Gemeinde in den letzten zwei Jahren ein Defizit der Gesellschaft von fast 2 Millionen decken musste. Schliesslich stellt GR. Müller fest, dass bei der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft auch tschechische Arbeiter, insbesondere bei der Ernte verwendet werden. Es wäre unbedingt nötig, bei der heutigen Arbeitslosigkeit deutsche und zwar einheimische Arbeiter einzustellen. (Lebhafter Beifall bei den Chr. soz.)

GR. Weikert (N.S.) bemerkt, der Zweck der Gründung der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft sollte sein, der Landarbeiterschaft die Sozialisierung der Landwirtschaft vorzuführen, um sie für die sozialdemokratische Partei zu gewinnen. Dieses Experiment ist ebenso wie

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XI. Blatt

Wien, am .....

... Sozialisierungsexperimente misslungen. Man wollte Parteibuchinhaber in sehr gut bezahlten Stellungen unterbringen. In der Obern Viaduktstrasse 11 gibt es <sup>lauter</sup> Zimmer mit Aufschriften "Forstrat", "Oberforstrat", "Verwalter", "Oberverwalter", "Direktor" usw. und draussen in der Verwaltung ist es nicht anders. Die Gesellschaft hat vom Anfang an ein Defizit gehabt und dabei ist sie in den Preisen wesentlich höher als die Landwirte. Zum B. bekommen die Landwirte für einen Liter Milch 23 bis 26 Groschen, während die Gesellschaft an die Milchwüttenbesitzer in der Lobau die Milch um 60 Groschen liefert. Ein Grund, warum die Gemeinde den Betrieb aufrechterhalten will, liegt wohl darin, dass sie das Jagdgebiet in der Oberau den seinerzeitigen Wildpark der Habsburgerfamilie nicht aufgeben will. Als im Jahre 1926 die Arbeitslosen das Gebiet besetzten, um die Siedlung zu erzwingen, war die erste Frage des Vizebürgermeisters Emmerling: Ja was geschieht mit meinem Hirsch dort unten? (Lebhafte Hört Hörtrufe bei den Nationalsozialisten). Da wird natürlich kein Arbeitsloser zugezogen, sondern es werden Bankdirektoren eingeladen (Hört Hört bei den Nat. Soz.-Zwischenrufe). Seinerzeit hat GR. Angermayer in einem Antrag die Auflösung der Gesellschaft verlangt. Wie weit sind die betreffenden Verhandlungen bediehen? Der Redner stellt schliesslich den Antrag, die Verträge, die zwischen der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft <sup>und der Gemeinde</sup> abgeschlossen wurden herbeizuschaffen und einen Ausschuss zur Ueberprüfung der Verträge und der wirtschaftlichen Standesgebarung der Unternehmung einzusetzen. Er bemerkt, dass seine Partei dem Betrieb die grösste Aufmerksamkeit schenken werde. Den Referentenantrag lehnen wir ab, weil wir ~~und~~ an der Verschleuderung von Steuergeldern nicht mitschuldig machen wollen.

Vizebgm. Emmerling stellt zunächst fest, dass nicht die Sozialdemokraten die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft gegründet haben, sondern dass die Habsburger nach dem Umsturz den grösseren Teil der Güter um den es sich ~~z~~ handelt, ~~...~~ der Gemeinde übergeben haben die damals unter christlichsozialer Herrschaft stand. Die Gründe der Gesellschaft setzen sich zusammen aus solchen, die die Gemeindegüter besass, dann aus Gründen der Habsburger und schliesslich aus Pachtgründungen anderer Gutsverwaltungen. Die Leute die wir übernommen haben, sind zumeist Angestellte der habsburgischen Gutsverwaltung. Das sei Herrn Weikert gesagt. Sowohl die Besitz- ~~die~~ die Personalverhältnisse sind bei der Gesellschaft ausserordentlich kompliziert und infolge der eigenartigen Besitzverhältnisse bestanden auch immer schon verschiedene Ansichten über die Notwendigkeit der verschiedenen Bauten und darüber, ob sie wertvermehrend sind. Alle Neubauten wurden aber vorher der Gemeinde angezeigt. Infolge der komplizierten Verhältnisse hat sich die Verrechnung hingezogen, es ist aber niemand zu Schaden gekommen. Gegenüber der Behauptung, dass es sich hier um eine Böhlgründung handle, stellen wir mit Genugtuung fest, dass bis zum Jahre 1928, also bis zu der Zeit der schrecklichen Krise der Landwirtschaft die Gesellschaft immer Erträgnisse abgeworfen hat. Was die neueste <sup>heute</sup> Zeit, zeige man uns doch den Landwirt oder die landwirtschaftliche Gesellschaft, die es besser macht als die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft. Was die Frage der Fremdarbeiter betrifft, so ist es richtig, dass für den Rübenbau qualifizierte Arbeiter in Betracht kommen, die hauptsächlich in den Rübenbaugebieten des alten Oesterreich zu finden sind und dass die Arbeiten nicht leicht durch andere Arbeiter gemacht werden können. Wir haben uns aber schon seit langem bemüht, die fremden Arbeiter durch bodenständige Arbeiter zu ersetzen, wir haben <sup>alle</sup> Bemühungen in der Richtung unterstützt,

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XII. Blatt

Wien, am .....

z.B. die Bestrebungen der burgenländischen Schulen, wir haben auch selbst Umschulungskurse errichtet. Wir tun in dieser Richtung also sehr viel und gewiss viel mehr als irgend jemand anderer. GR. Weikert hat auch erklärt, ich solle einmal gesagt haben, ich lasse mir die Jagd nicht wegnehmen, Demgegenüber stelle ich fest, dass wir die Jagden verpachtet haben und einen ansehnlichen Ertrag erzielen. Wenn aber GR. Weikert mich im Zusammenhang mit der Jagd gebracht hat, so ist das <sup>ein</sup> Bock, den er selbst geschossen hat. (Lebhafte Heiterkeit und Zustimmung bei den Soz. dem.). Ich habe in den Jagdgründen der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft noch nie ein Gewehr in der Hand gehabt (Zwischenrufe). Es wurde auch verlangt, dass wir den Grund für Siedlungszwecke zur Verfügung stellen. Demgegenüber stelle ich fest, dass wir, als Siedlungen in der Lobau unternommen wurden, sowohl wir sie als Versuche mit untauglichen Mitteln angesehen haben, deshalb weil sie bereits unternommen wären, <sup>sie</sup> in jeder Weise geldlich unterstützt haben. Wo wir am Randgebiet siedeln können, tun wir es. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

Der Referentenantrag wird angenommen. Die Anträge Weikert abgelehnt.

Vorsitzender Dr. Neubauer: Es wurde von den GR, der nationalsozialistischen Partei die Mitteilung gemacht, dass angeblich ein Galeriebesucher einen zweiten Galeriebesucher, der eine harmlose Bemerkung gemacht habe angeflegelt habe. Ich habe darüber Erhebungen pflegen lassen, Mir wurde berichtet dass ein Galeriebesucher sich nicht entsprechend benommen hat, von den amtlichen Organen zweimal vorwarnt wurde und da das nichts genützt hat, aus dem Saale gewiesen wurde (Widerspruch und Zwischenrufe bei den Nationalsozialisten.)

St. R. Honay (soz. dem.) referiert über die Aenderung des § 18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat. Nach den jetzt geltenden Bestimmungen der Geschäftsordnung hat bei Einbringung eines Dringlichkeitsantrages nur der Antragsteller die Möglichkeit, die Dringlichkeit in einer Fünfminutenrede zu begründen, ~~w~~ darauf über den Antrag abgestimmt werden muss. Ein Gegenredner konnte also zur Frage der Dringlichkeit <sup>Abänderung des</sup> nicht sprechen. ~~Das~~ § 18 der Geschäftsordnung soll nun die Möglichkeit schaffen, auch einen Gegenredner zur Frage der Dringlichkeit zu hören. Ausserdem soll bestimmt werden, dass, wenn dem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wurde, der Bürgermeister und die amtsführenden Stadtrate die Möglichkeit haben, länger als 20 Minuten zu sprechen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

St. R. Kunschak bemerkt, die Tendenz, den Gemeinderat von der Verwaltung möglichst auszuschalten, hat sich in wiederholten Aenderungen der Geschäftsordnung geäußert, die die Kompetenz des Gemeinderates wesentlich unterhöhlt haben. Heute ist der grösste Teil der Verwaltung dem Einfluss des Gemeinderates entzogen. <sup>zu</sup> fallen Angelegenheiten mit einem Aufwand bis zu 25.000 Schilling in die Kompetenz des Magistrates und die Gemeinderäte erhalten davon überhaupt keine Kenntnis. In den Ausschüssen können Ueberschreitungen und Posten, die nicht im Budget vorgesehen sind bis zu 40.000 Schilling mit Zustimmung des Finanzreferenten und des Stadt senates selbstständig beschlossen werden und sind so dem Gemeinderat entzogen. Erst bei Ausgaben von mehr als 40.000 Schilling oder bei Neuerwerbungen von mehr als 30.000 Schilling kommt der Gemeinderat in die Lage, sein Urteil abzugeben. Daher kommt es, dass die Gemeinderatssitzungen, was den Gegenstand der Tagesordnung anlangt, wirklich kärglich sind. Diese Kompetenzabgrenzung wird ausserdem noch weiter getrieben, indem einzelne Agenden der Verwaltung hinsichtlich ihrer Erfordernisse in mehrere Teile zerlegt und so der Kompetenz des Gemeinderates, ja sogar der Ausschüsse entzogen

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XIII. Blatt.

Wien, am .....

werden. Seit den letzten Aenderungen der Geschäftsordnung bzw. der Verfassung ist der Gemeinderat fast gar nicht mehr beschäftigt, dagegen wurde die Kompetenz des Magistrates und der Ausschüsse sehr wesentlich erweitert, das heisst die Kompetenz der amtsführenden Stadträte hat sich ins gigantische gesteigert. Unter diesen Verhältnissen gewinnen jene Bestimmungen, die es der Opposition ermöglichen über Dinge zu reden, die nicht auf der Tagesordnung des Gemeinderates stehen, erhöhte Bedeutung. Hier kommen vor allem die Dringlichkeitsanträge in Betracht. Nun besteht das Wesentliche der Abänderung, die vorgeschlagen wird darin, dass, während heute ein Gegner der Dringlichkeit eines Antrages bei Gelegenheit der Frage der Dringlichkeit nicht zu Worte kommen konnte, nun auch ein Kontraredner das Wort erlangen soll. Das widerspricht dem Geiste der Bestimmungen der Geschäftsordnung und der seit dem Jahre 1891 gehandhabten Praxis. Die Bestimmung, wie sie bisher galt, hatte den Zweck, für die Mehrheit, die die Dringlichkeit eines Antrages ablehnt, eine höhere moralische Verantwortlichkeit zu schaffen, indem sie dadurch, dass sie ihre ablehnende Haltung nicht begründen kann gewissermassen unter Druck gesetzt wird, in ihrer ablehnenden Haltung vorsichtiger zu sein und sich doch dazu zu entschliessen, der Dringlichkeit zuzustimmen, um dann wenigstens beim Meritum des Antrags zu Worte zu kommen. Nach dem vorliegenden Antrag soll ausserdem das Recht, die Dringlichkeit abzulehnen nur der Mehrheit zukommen, obwohl heute, da es zwei Oppositionsgruppen im Hause gibt, auch eine Gruppe der Minderheit das Bedürfnis haben kann, gegen die Dringlichkeit zuzusprechen. Wir beantragen daher dass der Antrag dahin abgeändert werde, dass jeder Partei das Recht auf einen Kontraredner zustehen soll. Wenn dieser Antrag angenommen wird, müsste auch der dritte Absatz abgeändert werden und zwar in folgendem Sinn: Melden sich von einer Partei mehrere Kontraredner zum Wort, so haben diese aus ihrer Mitte denjenigen zu wählen, der für alle zu sprechen hat. Damit soll verhindert werden, dass die Minderheit durch die Mehrheit bei der Wahl eines Kontraredners überstimmt werden kann. (Lebhafter Beifall b. d. Christlichsozialen).

GR. Frauenfeld (N.S.) bemerkt, die Geschäftsordnung einer parlamentarischen Körperschaft hat nach der demokratischen Auffassung, der die Mehrheit des Hauses zu huldigen beliebt, wo es ihr gerade passt, den Zweck, jedem Mitglied und jeder Partei dieser Körperschaft das gleiche Recht zuzuteilen. Dieser ursprüngliche Sinn der Geschäftsordnung ist mit vielen talmudistischen Spitzfindigkeiten und alttestamentarischer Erfindungsgabe dahin umgefälscht worden, dass die Geschäftsordnung zum Instrument der Mehrheit gemacht wird, mit der Aufgabem, die Rechte der Minderheit nach jeder Richtung einzuschränken. Es ist nichts dagegen einzuwenden, dass die Mehrheit nun gerade jetzt, da die Nationalsozialisten in den Gemeinderat Einzug gehalten haben, das dringende Bedürfnis hat, im Gemeinderat etwas ausgiebiger mitzureden. Aber die Art, wie dieser Antrag eingebracht wurde, enthüllt das wahre Gesicht der Mehrheit. Obwohl der Bürgermeister seine wohlwollenden Vaterkomplexe bei uns abzureagieren beliebt, kann das nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Mehrheit durch die Abänderung des § 18 bestrebt ist, unsere Reden möglichst abzuschwächen, indem sie einen Kontraredner die Möglichkeit zu reden gibt. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden, aber dann müsste auch der Antragsteller nach dem Kontraredner noch das Schlusswort erhalten, eine Gepflogenheit, die in der ganzen Welt besteht. Man hat jetzt plötzlich das dringende Bedürfnis nach einer Aenderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates gefühlt und hat auch die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, die noch aus der Zeit Kaiser Josefs stammt, merkwürdiger-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

IV. Blatt

Wien, am.....

weise gerade jetzt abgeändert, als die Nationalsozialisten frisches Leben in die Bezirksvertretungen gebracht haben

und das Interesse für die Bezirksvertretungen und hier im Gemeinderat deshalb ausserordentlich gestiegen ist, seit dem die Nationalsozialisten hier sind (Zwischenrufe). Was früher hier gesprochen wurde, hat niemanden interessiert. Wir sind der Mehrheit ausserordentlich dankbar, dass sie sich nun in so hervorragender Weise demaskiert und zeigt, wie sehr sie die Argumente des Nationalsozialismus zu fürchten hat (Zwischenrufe). Es hat schon früher Oppositionen gegeben, denen aber die Mehrheit nicht in der Weise entgegengetreten ist. Auch in dem Falle, dass die Dringlichkeit eines Antrages angenommen wird, hat sich die Mehrheit das Recht gesichert, möglichst ausgiebig zu sprechen, da der Bürgermeister und die amtsführenden Stadträte zur Zeit nach unbeschränkt reden können. Das ist das Einbekenntnis des Gemeinderates, dass wir in 5 Minuten mehr zu sagen verstehen als Sie in Stunden widerlegen können (Lachen bei den Sozialdemokraten. Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.) Sie wollen dem Nationalsozialismus die Möglichkeit nehmen, die Interessen des bodenständigen und werktätigen Volkes nachdrücklich zu vertreten. Wir stellen den Hauptantrag, dass § 18 der Geschäftsordnung in seiner bisherigen Fassung gelassen wird. Sollte der Abänderungsantrag des Referenten angenommen werden, so stellen wir den Abänderungsantrag, dass auf jeden Fall dem Antragsteller das Schlusswort gebührt und dass ihm eine Redezeit von 5 Minuten einzuräumen ist (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.)

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XV. Bogen

Wien, am .....

St. R. Kunschak: Der Vorredner hat behauptet, dass es im Gemeinderat erst seit dem Einzug der nationalsozialistischen Partei lebendig geworden ist und dass man den Verhandlungen des früheren Gemeinderates kein Interesse entgegen gebracht habe. Ich kann das natürlich nicht als eine böswillige Entstellung des Sachverhaltes bezeichnen, weil ich keine Kenntnis davon habe, inwieweit St. Rt. Frauenfeld sein Interesse dem Gemeinderat seinerzeit zugewendet hat. Es ist immerhin möglich, dass er von den Vorgängen des Wiener Gemeinderates keine Kenntnis erlangt hat. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Chr. Soz.). Er hat auch gesagt, dass es früher wohl eine Opposition im Gemeinderat gegeben habe, ihm sei aber nicht bekannt, ob diese Opposition auch Dringlichkeitsanträge gestellt hat. Jemand, der über die Vorkommnisse im öffentlichen Leben so mangelhaft informiert ist, sollte etwa weniger Aufgeblasenheit an den Tag legen (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Chr. Soz. Zwischenrufe bei den Nat. Soz.) St. R. Frauenfeld: Schwarz-rote Einheitsfront im Sinne der heutigen Lügen der Reichspost! Heftige Gegenrufe bei den Chr. Soz. - Abg. Eisinger, Soz.-Dem.: Damals hat er sich nur mit Sieghart beschäftigt. - Anhaltende Zwischenrufe).

Bürgermeister Seitz: Der Gegenstand, der uns hier beschäftigt, ist eine kleine Aenderung der Geschäftsordnung, die sich als wirklich dringend notwendig erwiesen hat. Wir wollen mit ihr einer endgiltigen Geschäftsordnungsreform nicht vorgreifen. Es hat sich aber jetzt eine neue Praxis hinsichtlich der Dringlichkeitsanträge herausgebildet. Auch früher sind Dringlichkeitsanträge gestellt und meist auch angenommen worden, weil sie eben ernst waren. In dem Augenblick, wo solche Anträge in grösserer Zahl kommen, ändert sich das Qualitätsverhältnis zugunsten des Quantitätsverhältnisses und es müssen daher in solchen Zeiten Dringlichkeitsanträge anders behandelt werden. Bei der Begründung der Dringlichkeit ist es oft sehr schwer, die Grenze zwischen einer meritorischen und einer rein formalen Erörterung einzuhalten. Es kommt daher oft vor, dass man bei der Begründung der Dringlichkeit auch auf das Meritum eingeht. Nun ergibt sich der folgende sonderbare Fall: Jemand hat eine Behauptung aufgestellt und sie bleibt entweder unwidersprochen oder es muss eine grosse Debatte eröffnet werden, die nach der Absicht der Mehrheit wirklich Zeitvergeudung ist. Diesem Uebelstand soll durch den vorgeschlagenen Vorgang abgeholfen werden.

Gegenüber den Bemerkungen des Herrn St. R. Kunschak über die Frage der demokratischen Verwaltung kann ich nur sagen, dass ich in einer 40-jährigen öffentlichen Tätigkeit immer im Sinn einer demokratischen Gesetzgebung und Verwaltung gearbeitet habe, und ich kann heute mit Genugtuung feststellen, dass es meiner Partei in den wenigen Jahren ihres Wirkens im Gemeinderate gelungen ist, auf diesem Gebiet einen grossen Fortschritt zu erzielen (Zwischenrufe bei den Chr. Soz.). Die Verwaltung war bis zum Jahre 1918 eine Hoheitsverwaltung, die in der magistratischen Bürokratie, an ihrer Spitze ein Wahlbeamter, der Bürgermeister, hat die Verwaltung geführt und der Gemeinderat hat sie mit Regen und Anregungen begleitet. Der Stadtrat war gewöhnlich so zusammengesetzt, dass man jeden Bezirk nach Möglichkeit berücksichtigt hat, und der betreffende Stadtrat musste über alle Angelegenheiten seines Bezirkes referieren, ohne das Recht zu haben, unmittelbar mit der bürokratischen Verwaltung in Kontakt zu treten.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XVI. Bayen

Wien, am .....

Daher waren diese Stadträte eben auch nur beratende und beschlussfassende Organe;

Die Folge war, dass man zu der Erkenntnis kommen musste, es müsse ein richtiges Kompromiss zwischen bürokratischer und demokratischer Verwaltung hergestellt werden. Deshalb hat man nach den Grundsätzen der Demokratie gewählte Mitglieder des Gemeinderates an die Spitze von acht Gruppen des Magistrates und der Gemeindeverwaltung überhaupt gestellt. Nunmehr ist der Gewählte zugleich Wahlbeamter, er ist der Chef eines Teiles der Verwaltung, er kann initiativ wirken und ist dadurch, dass er im Sinne der Ministerverantwortlichkeit verantwortlich ist geradezu gezwungen, die Anregungen aus der Mitte des Gemeinderates entgegenzunehmen und entsprechend zu verwerthen. Ich gestehe ohne weiteres, dass das natürlich die Machtbefugnisse und insbesondere auch den Einfluss des Bürgermeisters wesentlich gemindert hat. Ich als Bürgermeister könnte vielleicht persönlich wünschen, dass mir höhere Machtbefugnisse gegeben wären, ich lehne das aber ab, weil ich Demokrat bin und weil ich wünsche, dass die Verantwortlichkeit auf mehreren Schultern lastet, <sup>die Anerkennung, die</sup> ~~meinetwegen~~ <sup>damit</sup> verbunden ist. Dass bei einem solchen Zustand natürlich nicht alle kleineren Angelegenheiten dem Stadtsenat, dem Bürgermeister, dem Gemeinderat und die Ausschüsse befassen können, ist selbstverständlich. Wir sind aber hier weitergegangen und haben gesagt, nicht der Stadtrat allein soll Einfluss haben, sondern es ist den Stadträten je ein Ausschuss zur Seite zu stellen, der alle Angelegenheiten, die in dieser Gruppe der Verwaltung zur Verhandlung gelangen, mitberät. Dadurch ist die Mitwirkung in der Verwaltung auf einen grossen Personenkreis ausgedehnt, und es sind viele Agenden, die früher nur der magistratischen Verwaltung unterlegen sind, nunmehr der demokratischen Verwaltung unterstellt worden.

Wenn Herr St. R. Kunschak behauptet hat, dass die Kompetenzgrenzen im Sinne der Demokratie ungünstiger seien, so kann ich dem gegenüber nur feststellen, dass die Kompetenzgrenze zwischen Magistrat und Ausschuss bzw. Gemeinderat sehr zugunsten der Demokratie verschoben wurde, <sup>ist</sup> (Zwischenrufe bei den Chr. Soz.) Es kommt heute eine viel grössere Zahl von Agenden in die demokratische Stadtverwaltung als früher. Nun hat der Stadtrat Kunschak darauf <sup>aufmerksam</sup> gemacht, dass man, um die Kompetenzgrenze zu umgehen, zu dem Ausweg greifen könnte, eine Ausgabe zu teilen, sodass beide Ausgaben im Rahmen der magistratischen Kompetenz bleiben. Ich stehe nicht an, ganz offen zu sagen, dass solche Versuche tatsächlich gemacht worden sind, sie sind aber von <sup>den</sup> Finanzreferenten St. R. Breitner, mit der ihm gewohnten Energie sofort unterdrückt und abgestellt worden. Ich werde nicht dulden, dass Versuche, die Kompetenzgrenze zu umgehen, gemacht werden. Wenn ich den Wunsch hätte, dass die Grenze herabgesetzt wird, werde ich dem Gemeinderat einen dahinzielenden Antrag unterbreiten und werde den Mut haben, ihn zu vertreten. Solange ich eine Abänderung nicht wünsche, werde ich nicht dulden, dass diese Grenze in irgend einer Form umgangen wird.

St. R. Frauenfeld hat mich schon einigemal als eine Art Vater apostrophiert (Heiterkeit!). Ich muss aufrichtig gestehen, dass ich solche infantile Anwandlungen gerade bei einer Partei, die doch sonst immer Kraft und Stärke <sup>possiert,</sup> etwas sonderbar finde (Heiterkeit!). Ich lege auf diese Autoritätsstellung gar keinen Wert und fühle mich noch immer so jugendfrisch, dass ich es vielleicht mit manchem aufnehmen kann, der an Jahren weniger zählt.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XVII. Bogen

Wien, am .....

Wenn St.R. Frauenfeld sagt, dass hier ein frisches Leben eingeatmet ist, so will ich ihm nicht entgegenreden, das ist oben eine <sup>ästhetische</sup> Auffassung und über Aesthetik lässt sich nicht streiten. Aber der Wert einer parlamentarischen Körperschaft wächst nicht immer im graden Verhältnis zu ihrer Lebendigkeit. Ich glaube, dass man eine parlamentarische Körperschaft mehr nach der Tiefe ihres ökonomischen und politischen Erkennens und nach der <sup>theoretischen</sup> und praktischen Höhe der Diskussion zu beurteilen hat. Wir werden sehr erfreut sein, wenn durch den Eintritt einer neuen Partei frisches Leben in diesem odleren Sinne eintritt als durch eine gewisse äussere Lebendigkeit, die sich in Tumulten, Gesten, Liedern, Uniformen und dergleichen reinen Aeusserlichkeiten kundgibt, <sup>unwirksam</sup> sind. Der Deutsche hat seinen Ehrgeiz immer dreingesetzt, durch wissenschaftliche und insbesondere volkswirtschaftliche Argumente zu wirken, und ich kann die neu eingetretenen Mitglieder nur einladen, uns auf diesem Wege zu folgen. Dabei wird es sich dann sehr bald zeigen, ob die weitere Behauptung des St.R. Frauenfeld richtig ist oder nicht, dass ein Mitglied seiner Partei in einigen Minuten mehr sagen könne, als die Mehrheit in Stunden. Messen wir da einander nicht! In meiner Jugend hat mir einer einmal gesagt: Ein Narr kann mehr fragen, als zehn Weise überhaupt beantworten können. (Lebhafte Heiterkeit und Zustimmung bei den Soz. Dem.), wobei ich es absolut ablehne, irgend eine Analogie auf Parteien zu ziehen (Zwischenrufe bei den N.S.).

Sachliche Bedenken habe ich den Ausführungen des St.R. Frauenfeld nicht entnommen, es war nur die allgemeine Klage zu hören, dass man nicht genügend zu Wörtern komme. Wenn Sie sagen, dass an dieser Verwaltung, an deren Spitze zu stehen ich die Ehre habe, sehr viel zu beanstanden ist, und wenn Sie sich fast mit drehender Gebärde zu der Behauptung aufschwingen, Sie werden dieser Verwaltung noch dies oder jenes zeigen, so kann ich Ihnen nur in der allergrössten Gemütsruhe sagen: Wir sehen Ihrer sachlichen Kritik mit grossem Interesse entgegen! Dass man eine Millionenstadt <sup>mit 62.000 Menschen</sup> verwalten, dass man mit 62.000 Menschen eine Verwaltung führen könnte, ohne dass hier und da ein Fehler geschieht, <sup>wird niemand behaupten</sup>. Ich bin für jede sachliche Kritik dankbar, von wem immer und in welchen Formen immer sie kommt, wobei ich allerdings gestehe, dass ich es im Interesse des Ansehens der <sup>alten</sup> deutschen Stadt Wien für gelegen erachten würde, dass wir uns auf der <sup>der</sup> Höhe der Zivilisation unserer Volkes halten. Niemandem wird ein Redeverbot auferlegt. Es wird über das Budget wochenlang verhandelt, es wird der Rechnungsabschluss vorgelegt und genau geprüft, wobei es möglich ist, nicht nur die Ziffern zu prüfen, sondern auch die ganze Gestion der Verwaltung hinsichtlich ihrer Zweckmässigkeit. Es wird gewiss notwendig sein, eine Geschäftsordnungsreform vorzunehmen, was im Laufe der Zeit sich als änderungsbedürftig erweist, wird geändert werden. Bei allen diesen Beratungen werden Sie uns für sachliche Argumente immer sehr entgegenkommend finden, über drohende Gebärden kann einer von unserer Garde nur lachen (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Soz. Dem. - Zwischenrufe bei den N.S.!) Wir sind anderen politischen Faktoren gegenübergestanden und haben unseren Mann gestellt, wir stellen ihn auch heute. Ich unterlasse es, in eine heroische Geste zu verfallen, aber wenn wir unsere seinerzeitigen Gegner mit den Gegnern vergleichen, die uns heute gegenüber stehen, so können wir sagen: Wenn wir auch schwächer wären als unsere Ahnen, da werden wir wirklich noch bestehen können. Also nicht drohen, meine Herren, sondern sachliche Arbeit! (Stürmischer, <sup>an</sup> haltender Beifall bei den Soz. Dem.!)

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XIII Blatt

Wien, am.....

Nach dem Schlusswort des Berichterstatters wird der Referentenantrag unter Ablehnung der Oppositionsanträge unverändert angenommen. (Rufe bei den Christlichsozialen: Hoch die Demokratie! - GR. Stöger: Die Mehrheit wird beglückwünscht!)

St.R. Honay beantragt, Parkschutzbestimmungen für die Errichtung einer Aufenthaltshalle samt Nebengebäuden für Kinder im Prater an der Aspernallee und im X. Bezirk auf dem Laubeplatz für den Bau einer Gasdruckregleranlage aufzuheben.

GR. Hörmayer (chr. soz.) kritisiert, dass nur für die Kinderfreunde Spielplätze geschaffen werden, aber nicht für Andersgesinnte. In der Freudenau wurde so ein Kinderspielplatz gerade vor der Kirche geschaffen. (GR. Riehl (N.S.) In der Vorgartenstrasse sogar einer vor der katholischen Schule). Wenn es sich um einen jüdischen Geschäftsmann handelt, dem Sie eine Gefälligkeit erweisen wollen, werden gleich Barkanlagen ..... wegrasiert, wenn es sich aber um einen Invaliden handelt, der einen kleinen Kiosk aufstellen will, werden die grössten Schwierigkeiten gemacht. (Beifall b. d. Chr. soz.)

St.R. Honay stellt in seinem Schlusswort fest, dass auch für katholische Kinder nach Möglichkeit vorgesorgt werde; von einer Benachteiligung dieser Kinder könne nicht gesprochen werden.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Vizebgm. Emmerling beantragt, für die Herstellung einer Kokslagergrube und Verlängerung der Kran- und Elektrohängebahn im Gaswerk Leopoldau, wofür der Gemeinderatsausschuss VIII am 8. Februar 1932 einen Sachkredit von 270.000 Schilling genehmigt hat, einen Nachtragskredit von 630.000 Schilling zu genehmigen.

GR. Pichler (N.S.) verlangt Aufklärung, wie der ursprüngliche Kostenvoranschlag ausgesehen hat. Da wird einmal ein Kredit von 270.000 Schilling bewilligt, jetzt kommt ein Nachtragskredit von 630.000 Schilling. Wieviel Nachtragskredite sollen eigentlich noch bewilligt werden? (Beifall b. d. Nat. soz.)

In seinem Schlusswort erklärt der Referent, es handle sich um keine Ueberschreitung, sondern einfach um einen Nachtragskredit. Wenn für eine Investition keine entsprechende Deckung vorhanden sei, müsse ein Kredit angesprochen werden.

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Rausnitz (soz. dem.) beantragt, den im Wirtschaftsplan 1932 der städtischen Elektrizitätswerke für Restzahlungen für Investitionen aus den Vorjahren vorgesehenen Betrag von 13'96 Millionen S infolge Zahlungsverchiebungen um den Betrag von 1'68 Millionen B, der aus den verfügbaren Kassenbeständen zu bedecken ist, zu erhöhen.

GR. Pichler (N.S.) erklärt, man habe den Eindruck, dass es sich bei diesem Antrag um eine Verschleierung handle. Im Ausschuss hiess es, es handle sich um Investitionen, dann hiess es Restzahlungen und jetzt bei der dritten Auflage heisst es Zahlungsverchiebungen. Was stellen eigentlich die 1'68 Millionen S dar? (Beifall bei den Nat. Soz.)

In seinem Schlusswort stellt der Berichterstatter fest, dass von einer Verschleierung nicht gesprochen werden kann. Es handelt sich vielmehr um eine rein rechnermässige Verschiebung von Zahlungen, die schon vorgesehen waren.

Der Referentenantrag wird angenommen.

341

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XIX. Blatt

Wien, am .....

Die Tagesordnung ist erschöpft und es kommen nunmehr die dringlichen Anträge zur Behandlung.

Bgm. Seitz führt aus, dass Anträge gestellt worden sind mit dem Zusatzantrag, sie zur Verlesung zu bringen. In der Geschäftsordnung ist jedoch dafür keine Begründung zu finden. Im § 16 der Geschäftsordnung ist die Behandlung der Anfragen festgelegt. Dementsprechend wird die Frage der Verlesung erst aktuell, wenn die Antwort gegeben ist. Es liegen auch Dringlichkeitsanträge vor, darunter ein Dringlichkeitsantrag des GR. Pichler und Genossen, der jedoch nicht zulässig ist, da er dem Art. 7 der Verfassung widerspricht.

Es gelangen sodann die Dringlichkeitsanträge zur Verhandlung.

Ein Dringlichkeitsantrag des GR. Prinke und Genossen verlangt die Schadenserhebung in dem durch den letzten Hagelschlag getroffenen Gebieten <sup>der Gemeinde Wien</sup> und Hilfsmassnahmen für die Betroffenen.

GR. Prinke (chr. soz.) begründet die Dringlichkeit, indem er ausführt, dass in Simmering und angrenzenden Gebieten rund 500 Joch Kultur teils vollständig verlichtet und weitere Kulturen durch den Hagelschlag schwer geschädigt wurden. Da sofortige Hilfe für die nun in Not geratenen Gärtner äusserst dringlich ist, ergibt sich die Dringlichkeit des Antrages von selbst.

St. R. Breitner führt aus, es sei tief bedauerlich, wenn ein grosser Kreis von Personen durch eine Wetterkatastrophe geschädigt werde. Die Frage der Hilfsmassnahmen ist im Grundsteuergesetz gelegen, nach welchem es den Eigentümern oder Pächtern obliegt, den Schaden anzumelden. Kommissionen, die vom Gemeinderat eingesetzt werden, haben dann an Ort und Stelle die Schadenserhebungen anzustellen. Die betroffenen Pächter oder Eigentümer sollen daher möglichst rasch an den Magistrat herantreten, um die Sache in Fluss zu bringen. Weil das Gesetz den Pächtern diesen Weg vorschreibt, könne diesem Antrag die Dringlichkeit nicht zuerkannt werden.

Die Dringlichkeit wird abgelehnt.

Nunmehr gelangt der Dringlichkeitsantrag des GR. Kunschak und Kollegen zur Verhandlung. Der Antrag verlangt, die Gemeinde solle aus den Erträgnissen der Wohnbausteuer zur Errichtung von Kleinwohnungsbauten und Eigenheimen Hypothekendarlehen bis zu 75 Prozent der gesamten Baukosten gewähren.

St. R. Kunschak (chr. soz.) führt in der Begründung des Antrages aus, die Wohnungsnot sei nicht behoben, die Arbeitslosigkeit habe ein erschreckliches Ausmass angenommen. Da die Gemeinde mit ihrem Bauprogramm der Wohnungsnot nicht Herr werden kann und die Arbeitslosigkeit mit allen Mitteln bekämpft werden müsse, ist die Dringlichkeit des Antrages gegeben.

St. R. Weber (soz. dem.) erklärt, der Antrag Kunschak will eine Fortsetzung ~~der~~ <sup>der</sup> beendigten Wohnbauaktion des Bundes. Es wäre sehr wünschenswert gewesen, wenn die Partei des St. R. Kunschak im Nationalrat bei der Bundesaktion verlangt hätte, dass die bewohnbare Fläche nicht mehr als 80 Quadratmeter betragen dürfe. Dann hätten aus der Bundesaktion nicht 18.000, sondern wirklich 30.000 Wohnungen hergestellt werden können. Mit dem Antrag sollen der Gemeinde die eigenen Mittel zur Ausführung ihres Bauprogrammes weggenommen und an Private verschenkt werden. Durch die Abgabenteilung ist ohnehin eine furchtbare Schmäherung der Gemeinde und eine überaus bedauerliche Einschränkung der Wohnbautätigkeit bewirkt worden. Das jetzt noch zu verschärfen, muss auf das entschiedenste abgelehnt werden. Die Gemeinde fördert die Eigenheimbewegung auf das Tatkräftigste. Der heutige Antrag ist durch den letztthin gefassten Beschluss des Gemeinderates, dass in den nächsten 5 Jahren die Abzahlungen der Besitzer von Häusern der

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XX. Blatt

Wien, am .....

der Heimbauhilfe von der Gesiba zur Erbauung von neuen Heimbauhäusern verwendet werden sollen, überholt und daher abzulehnen.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Nunmehr gelangt der Antrag Dr. Alma Motzko zur Verhandlung, der die Schaffung von Wirtschaftssiedlungen verlangt. Die Antragstellerin begründet den Antrag, indem sie ausführt, dass die Gemeinde an der grossen Notlage der breiten Masse nicht mit Gleichgültigkeit vorübergehen dürfe. Die Gemeinde sei Grossgrundbesitzerin und aller Grund, der brach liegt, müsse für Wirtschaftssiedlungen zur Verfügung gestellt werden.

St. R. Weber erklärt, dass in der Frage der Wirtschaftssiedlungen im Nationalrat bereits ein Kuratorium eingesetzt worden sei. Die Gemeinde Wien habe für die Innenkolonisation in der Leopoldau bereits 220.000 Quadratmeter Gründe zur Verfügung gestellt. Brachliegendes Land ist nicht im Besitze der Gemeinde. Um solches für die Innenkolonisation frei zu bekommen, braucht man ein Enteignungsgesetz, das uns bisher immer vorenthalten wurde. Wenn es der Frau St. R. Motzko mit ihrem Antrag ernst ist, so möge sie mit aller Energie auf Herrn Dr. Krasser einwirken, um die Handhabe für eine Förderung der Innenkolonisation zu gewinnen.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Es gelangt nunmehr der Antrag des GR. Frauenfeld zur Verhandlung, der für die Kriegsinvaliden eine Fahrpreisermässigung auf der Strassenbahn von 50 Prozent und die Zuweisung von Wohnungen an Kriegsbeschädigte verlangt.

In der Begründung der Dringlichkeit führt GR. Frauenfeld aus, dass es eine Schande sei, dass erst heute der Antrag eingebracht werden musste, den Kriegsinvaliden den Strassenbahnfahrpreis um 50 Prozent zu ermässigen. Wenn Facharbeiter und Etappenschweine Wohnungen bekommen, müssen vor allem die Kriegsbeschädigten berücksichtigt werden. Wir wollen von Ihnen sehen, wie es um Ihre Phrase vom Sozialismus und mit der Tat steht.

St. R. Weber führt aus, dass mit Stadtratsbeschluss vom 10. Dezember 1919 den Kriegsbeschädigten auf der Strassenbahn eine 50prozentige Fahrtermässigung gewährt worden ist. Die Forderung nach Zuweisung von Wohnungen an Kriegsbeschädigte sei ebenfalls schon überholt. Die Krankheit und deshalb auch die Beschädigung, die jemand im Kriege erlitten hat, werden bei der Wohnungszuweisung besonders bewertet. Leute der Art, wie sie Gemeinderat Frauenfeld geschildert hat gibt es in den Gemeindehäusern nicht (Beifall bei der Mehrheit),

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

In einem weiteren Dringlichkeitsantrag der GR. Hölzl und Genossen wird der Bürgermeister aufgefordert, Vborsorge zu treffen, dass die Demolierungsbewilligung für das Haus Wiedner Hauptstrasse 39 verweigert wird.

Dazu bemerkt GR. Hölzl, dass es sich um ein Haus handelt, das aus dem Besitz der Firma Auspitz zu einem sehr niedrigen Preis in den Besitz der Vindobona A.G. übergegangen ist. Die Parteien des Hauses wurden in der letzten Zeit durch einen Anschlag aufmerksam gemacht, dass sie das Haus räumen müssten, da es demoliert werden soll. In dem Haus wohnen eine Reihe Kleinbürger, Arbeiter und Geschäftsleute, die durch die Demolierung ausserordentlich geschädigt würden, da sie nicht in der Lage seien, eine neue Wohnung zu kaufen.

St. R. Honay stellt fest, dass aus den Mitteilungen des Vorredners zu entnehmen ist, dass ein Demolierungsansuchen bei der Baubehörde noch nicht eingebracht wurde, weshalb kein Anlass vorliegt, den Antrag

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XVI. Blatt

Wien, am.....

dringlich zu behandeln. Im übrigen ist die Praxis der Baubehörde bei Demolierungsansuchen sehr rigoros und nur sehr selten wird die Demolierung gestattet.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

In einem weiteren Dringlichkeitsantrag des GR. Pichler und Genossen, wird der Bürgermeister aufgefordert, bei sämtlichen seit der neuen Dienstordnung durchgeführten Aufnahmen zu überprüfen, ob die betreffenden Personen der deutschen Nationalität angehören und jene Angestellten, die diesem Erfordernis nicht entsprechen, unverzüglich aus dem Dienst auszuscheiden. GR. Pichler verweist darauf, dass heute in Wien ca 106.000 Menschen arbeitslos sind, mit den Familien über 400.000. Darunter sind wenig Ausländer. (Der Bürgermeister fordert den Redner auf, sich auf die Frage der Dringlichkeit zu beschränken).

Dagegen befinden sich im Dienst der Gemeinde zahlreiche Angestellte die nicht der Deutschnationalität angehören. Es geht nicht an, dass Fremdrassige ein Amt der Gemeinde bekleiden.

Der Bürgermeister ermahnt den Redner wiederholt, sich auf die Frage der Dringlichkeit zu beschränken und nicht zum Meritum des Antrages zu sprechen, da er ihm sonst das Wort entziehen müsste.

GR. Pichler verlangt, dass nur deutsche Volksgenossen in den Gemeindedienst eingestellt werden.

Bgm. Seitz erklärt, dass er Bedenken gehabt habe, ob der Antrag überhaupt zulässig ist. Bevor der Antrag verhandelt wird, müsste man sich aber erst darüber klar werden, was unter dem Begriff der Nation verstanden wird eine Schicksalsgemeinschaft, eine Rassengemeinschaft oder eine Sprachengemeinschaft.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Ein weiterer Antrag des GR. Gratzenberger und Genossen fordert den Bürgermeister auf unverzüglich auf, eine genauere Durchsuchung aller Räume aller Kinderheime der Gemeinde unter Beiziehung von Polizei vorzunehmen und falls sich dabei strafbare Handlungen von Gemeindeangestellten ergeben, diese abgesehen von der strafrechtlichen Untersuchungen auch in Disziplinaruntersuchung zu ziehen und dem Gemeinderat spätestens in der zweitnächsten Sitzung darüber Bericht zu erstatten. GR. Gratzenberger: Es ist in der letzten Zeit vorgekommen, dass die Giftgaspartei.... Bgm. Seitz: Ich kann es nicht zulassen, dass Sie hier eine Partei beleidigen. GR. Gratzenberger: Es ist durch einen Polizeibericht bekanntgeworden, dass in einem Kinderheim der Gemeinde Handgranaten und Gewehre gefunden wurden. Der Bürgermeister ersucht den Redner, sich auf die dringliche Behandlung des Gegenstandes zu beschränken. GR. Gratzenberger: Damals hat der Jude Deutsch erklärt, dass es noch nicht alle Waffen sind und diesmal hat der Jude ausnahmsweise nicht gelogen. - Der Bürgermeister ruft der Redner neuerlich zur Sache und ermahnt ihn Angriffe gegen Personen, die im Saale nicht anwesend sind, zu unterlassen (Lebhafte Zwischenrufe bei den Nat. soz. - GR. Mühlberger zeigt ein Plakat herum, in welchem aufgefordert wird, die Kinder zu den Kinderfreunden zu schicken. Der Bürgermeister fordert ihn auf, solche Störungen zu unterlassen.

Als GR. Gratzenberger neuerlich über Sprengmaterial spricht, dass in dem Kinderheim gefunden worden sei, ruft ihn der Bürgermeister neuerlich zur Sache und droht ihm die Wortentziehung an.

GR. Gratzenberger verliert hierauf den Dringlichkeitsantrag und ersucht, ihm die Dringlichkeit zuzuerkennen. (Lebhafte Beifall b. d. Nat. soz.)

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Schluss der Sitzung 10 Uhr 15 .

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

170

Wien, am 18. Juni 1932

## Slatin Pascha-Bürger der Stadt Wien.

Der Gemeinderat der Stadt Wien hat in seiner letzten Sitzung General Rudolf Slatin Pascha anlässlich der Vollendung seines 75. Lebensjahres in Anerkennung der grossen Verdienste, die sich Slatin Pascha um das österreichische Vaterland erworben hat, zum Bürger der Stadt Wien ernannt.

\*

Rudolf Slatin Pascha wurde am 7. Juni 1857 in Wien geboren. Schon als Achtzehnjähriger begleitete er Henglin nach Chartum und unternahm eine Forschungsreise nach Dar Nuba. Im Jahre 1878 nahm er am bosnischen Okkupationsfeldzug teil und wurde nach dessen Beendigung von Gordon in den Orient berufen, wo er als Mudir von Dara und seit dem Jahre 1881 als Generalgouverneur von Lafur wirkte. Slatin war einer der Führer gegen den Madhi, von dem er im Jahre 1884 gefangen genommen wurde. Fast elf Jahre verbrachte er in Gefangenschaft, zuletzt als Leibgardist Abdullahis. Im Jahre 1895 gelang ihm endlich die Flucht nach Assuan. Slatin trat dann in den ägyptischen Generalstab ein; er wurde Oberst und Chef des Nachrichtendienstes im Madhi-Krieg und im Jahre 1900 Generalinspektor des Sudan. Im Weltkrieg war Slatin Pascha, dem im Jahre 1899 der österreichische Adelsstand und im Jahre 1906 der Freiherrnstand verliehen worden war, als Referent für die Kriegsgefangenenlager beim Roten Kreuz tätig. Seine hervorragende patriotische Gesinnung trat bei Ausbruch des Weltkrieges sichtbar in Erscheinung, als er die ihm von den Engländern angebotene Belassung in seiner Stellung ablehnte und sich als Oesterreicher seinem Vaterlande zur Verfügung stellte. Durch seine persönlichen Beziehungen zu Clemenceau und Lloyd George leistete er anlässlich des Friedensschlusses von St. Germain seinem österreichischen Vaterland wertvolle Dienste.

## Schülereinschreibungen und Schulbeginn.

Der Stadtschulrat für Wien verlautbart amtlich: Die Einschreibung der vom nächsten Schuljahre an schulpflichtig werdenden Kinder, also aller Kinder, die bis zum 15. September das sechste Lebensjahr vollenden, hat bereits stattgefunden. Wenn die Einschreibung eines solchen Kindes aus irgendeinem Grunde zum ordnungsmässigen Termin versäumt worden ist, kann sie beim Ortsschulrat des Wohnbezirkes nachgetragen werden. Die Unterlassung der Einschreibung ist strafbar. Je später die Anmeldung erfolgt, desto geringer ist die Aussicht, dass bei der Zuweisung der Schule auf den Wohnort des Kindes Rücksicht genommen werden kann. Es liegt mithin im Interesse der Eltern und Kinder, die Anmeldung sofort zu vollziehen. Näheres ist aus den an den städtischen Schulgebäuden und Amtshäusern angeschlagenen Kundmachungen der Ortsschulräte zu entnehmen.

## Jubilare der Ehe.

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Adolf und Josefa Beer, Eduar und Maria Horalek, Bernhard und Rosa Iranyi, Wenzel und Johanna Kasperek, Jacob und Jeanette Rothbart, Franz und Josefa Scheer und Wilhelm und Anna Schubert das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Honay in der Wohnung der Jubelpaare, beklückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

## Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten.

Die Bezirksvertretung Favoriten tritt am kommenden Freitag um 16 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 171  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 20. Juni 1932

## Zehn Jahre öffentliche Eheberatung.

Die Eheberatungsstelle beim städtischen Gesundheitsamte ist im Juni 1922 durch Stadtrat Professor Dr. Tandler als erste öffentliche Beratungsstelle dieser Art eingerichtet worden. Sie wurde in den zehn Jahren ihres Bestandes von 4.300 Personen in Anspruch genommen, ungefähr gleich viel Männern und Frauen, deren Angelegenheiten in 8.600 Besprechungen erledigt wurden. Jeder, der Beratung suchte, hat die Eheberatungsstelle durchschnittlich zweimal aufgesucht.

Die Eheberatung beschränkt sich nicht, wie man ursprünglich dachte, auf vor der Eheschliessung stehende Ehemwerber, sondern es wird auch an schon Verheiratete Rat erteilt, ferner an Unverehelichte, die keine unmittelbaren Heiratsabsichten haben, aber ihrer Ehe-tauglichkeit wegen erlittener oder auch manchmal nur eingebildeter Krankheiten nicht sicher sind, und schliesslich an Jugendliche, die am Beginn des Sexuallebens stehen und mit den Problemen der Pubertät nicht allein fertig werden. Alle gesundheitlichen Fragen, die mit dem Geschlechtsleben in Beziehung stehen, fallen in den Pflichtenkreis der öffentlichen Eheberatung.

Die Sprechstunden der Beratungsstelle, die im städtischen Wohlfahrtsamt, Rathausstrasse 9, untergebracht ist, finden in Hinkunft an jedem Montag und Donnerstag von 17 bis 18 Uhr statt.

## Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

Im Zuge der Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung sind in Hietzing die Ameisgasse und die Ameisbrücke und in Hernals die Parkanlage auf dem Lorenz Bayerplatz mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet worden. Die Installationsarbeiten sind nunmehr beendet; die neuhergestellte elektrische Beleuchtung wird daher dort in den nächsten Tagen in Betrieb genommen werden.

## Mietzinszuschüsse der Gemeinde Wien für Wohnhausreparaturen.

Der vom Gemeinderat der Stadt Wien eingesetzte Beirat, dem die Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen zu Hauptmietzinsen zusteht, die das Viertausendfache des Friedenszinses übersteigen, hielt am letzten Donnerstag seine 63. Sitzung. In dieser Sitzung wurden die Ansuchen von 453 Parteien in 64 Häusern behandelt und Mietzinszuschüsse im Betrage von monatlich 3.053 Schilling bewilligt. Insgesamt hat der Beirat bisher den Ansuchen von 36.444 Parteien in 4.104 Häusern stattgegeben und zusammen Monatsbeiträge in der Höhe von rund 195.234 Schilling genehmigt.

## Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim.

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim tritt am kommenden Freitag um 18 Uhr zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

172

Wien, am 21. Juni 1932

## Die Bevölkerungsbewegung in Wien im April 1932.

Wie die Magistratsabteilung für Statistik mitteilt, kamen im April dieses Jahres in Wien 1.397 Säuglinge lebend zur Welt; das sind um 18 weniger als im März dieses Jahres und um 21 weniger als im April 1931. Von den Lebendgeburten waren 747 Knaben und 650 Mädchen, 1.063 eheliche und 334 uneheliche Kinder. In der Wohnung der Mutter wurden 242, in Anstalten 1.155 Kinder geboren. Die Zahl der Totgeburten betrug im Berichtsmonate 143, um 12 mehr als im März dieses Jahres, aber um 7 weniger als im April 1931.

Im Berichtsmonate starben in Wien 2.282 Personen; das sind um 308 weniger als im März dieses Jahres und um 22 weniger als im April 1931. Von den Verstorbenen waren 1.177 männlichen und 1.105 weiblichen Geschlechtes; 2.133 gehörten der Wiener Bevölkerung an, während 149 ortsfremd waren. In ihrer Wohnung starben 930, in Anstalten 1.352 Personen. Als Todesursachen sind in 396 Fällen organische Herzkrankheiten, in 305 Fällen Krebs, in 217 Fällen Tuberkulose der Atmungsorgane und in 198 Fällen Lungen- und Rippenfellentzündung angegeben worden. 120 Anzeigen haben als Todesursachen Gehirnschlag, 119 Anzeigen Arterienverkalkung, 65 Anzeigen Altersschwäche und 49 Anzeigen epidemische Krankheiten bezeichnet. 135 Verstorbene standen in einem Alter bis zu fünf Jahren, 35 in einem Alter von fünf bis zehn Jahren, 11 in einem Alter von zehn bis fünfzehn Jahren, 35 in einem Alter von fünfzehn bis zwanzig Jahren, 107 in einem Alter von zwanzig bis dreissig Jahren, 137 in einem Alter von dreissig bis vierzig Jahren, 237 in einem Alter von vierzig bis fünfzig Jahren und 401 in einem Alter von fünfzig bis sechzig Jahren; 1.184 waren mehr als sechzig Jahre alt.

Die Zahl der Selbstmorde in Wien betrug im April dieses Jahres 122; das sind um 6 mehr als im März dieses Jahres und um 12 mehr als im April 1931. Im Berichtsmonate unternahmen 163 Personen einen Selbstmordversuch, um 19 weniger als im März dieses Jahres und um 52 weniger als im April 1931.

Ueber die Säuglingssterblichkeit wird berichtet, dass im vergangenen April in Wien 95 Säuglinge starben, um 34 weniger als im März dieses Jahres und um 25 weniger als im April 1931. Von den im Berichtsmonate verstorbenen Säuglingen waren 56 Knaben und 39 Mädchen, 61 eheliche und 34 uneheliche Kinder; 42 Säuglinge starben im ersten Lebensmonat, 53 im zweiten bis zwölften Lebensmonat.

## Der Elektrobussenverkehr Pötzleinsdorf-Salmansdorf.

Wegen unaufschiebbarer Arbeiten am Wasserleitungsrohrstrang in der Strasse "Neustift am Walde" wird der Elektrobussenverkehr Pötzleinsdorf-Salmansdorf von morgen, Mittwoch, Mittag an bis etwa Mitte nächster Woche nur bis zur Eyblergasse geführt. Für die Weiterfahrt nach Salmansdorf steht der Autobus Krottenbachstrasse-Salmansdorf zur Verfügung.

## Sitzung der Bezirksvertretung Fünfhaus.

Uebermorgen, Donnerstag, um 18 Uhr tritt die Bezirksvertretung Fünfhaus zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

173

Wien, am 22. Juni 1932

Der Kampf gegen die Tuberkulose in Wien.

Jahressitzung der Landeszentrale Wien zur Bekämpfung der Tuberkulose.-  
Bericht über 1931.

Die Landeszentrale Wien zur Bekämpfung der Tuberkulose hielt heute im Sitzungssaal des Wiener Gemeinderates ihre diesjährige Jahressitzung ab, die dem Gedenken Robert Kochs gewidmet war. In der Eröffnungsansprache würdigte der Vorsitzende, amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler, die Bedeutung Robert Kochs, der vor fünfzig Jahren, im Jahre 1882, den Tuberkelbazillus entdeckt hat. Diese Tat sei in der Geschichte der Medizin epochemachend gewesen; die gesamte Menschheit müsse mit Dank und Bewunderung jederzeit des grossen Entdeckers gedenken. Sodann sprachen Professor Dr. Maresch über "Der Weg zum Tuberkelbazillus" und Professor Dr. Sorgo über "Die Bedeutung der Entdeckung des Tuberkelbazillus durch Robert Koch für die Bekämpfung der Tuberkulose", worauf Chefarzt Dozent Dr. Götzl den Bericht über die Tuberkulose in Wien und deren Bekämpfung im Jahre 1931 erstattete.

Dozent Dr. Götzl stellte vor allem fest, dass die Tuberkulosesterblichkeit in Wien weiterhin abnehme. "Während im Jahre 1926 von 10.000 Personen noch 20 an Tuberkulose gestorben waren", führte der Referent aus, "starben im Jahre 1931 von 10.000 Personen nur mehr 17 an Tuberkulose. Der gleiche Rückgang der Sterblichkeit ist bei der Tuberkulose der Atmungsorgane im besonderen festzustellen. Während im Jahre 1926 von 10.000 Personen 17 an Tuberkulose der Atmungsorgane gestorben waren, starben im Jahre 1931 von 10.000 Personen nur mehr 14. Ein Netz von Tuberkulosefürsorgestellen steht in Wien im Dienste der Tuberkulosebekämpfung. Die Gemeinde Wien unterhält 12 Tuberkulosefürsorgestellen, daneben bestehen 7 privater Vereine und 6, die von Krankenversicherungsträgern betrieben werden. An den städtischen Fürsorgestellen waren im Berichtsjahre 24 Aerzte und 60 Fürsorgerinnen, an den Fürsorgestellen der Vereine und Krankenkassen 24 Aerzte und 23 Fürsorgerinnen tätig. Die Gesamtfrequenz der Wiener Tuberkulosefürsorgestellen betrug im Vorjahre 211.066 Personen, um 11.871 Personen mehr als im Jahre 1930. Die Zahl der Neuaufnahmen in den Tuberkulosefürsorgestellen betrug im Berichtsjahre 25.806 gegenüber 29.542 im Jahre 1930, 27.255 im Jahre 1929, 27.196 im Jahre 1928 und 28.107 im Jahre 1927. Von den Neuaufnahmen entfielen 12.690 auf die städtischen Fürsorgestellen, 6.345 auf die privaten Fürsorgestellen und 6.721 auf die Krankenkassenfürsorgestellen. Es ist äusserst bedauerlich, dass trotz aller Propaganda die Zahl der Personen, die freiwillig die Tuberkulosefürsorgestellen aufsuchen, ständig abnimmt. Während sich von den Neuaufgenommenen Personen des Jahres 1928 noch 30 Prozent freiwillig gemeldet hatten, waren es im Jahre 1931 bloss 25 Prozent. Durch die Fürsorgerinnen wurden den Tuberkulosefürsorgestellen 32 Prozent der aufgenommenen Patienten zugewiesen, durch die Krankenkassen 17 Prozent, durch Schulen 8 Prozent, durch Krankenanstalten 3 Prozent, durch Behörden 4 Prozent, durch praktische Aerzte 3 Prozent und auf Grund der Anzeigepflicht 5 Prozent. In den städtischen Tuberkulosefürsorgestellen wurden im Berichtsjahre 12.690 Erstuntersuchungen und 60.734 Wiederholungsuntersuchungen, zusammen also 73.424 Untersuchungen durchgeführt, in den privaten Tuberkulosefürsorgestellen

# RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Wien, am 22. Juni 1932.

len 28.611 Untersuchungen und in den Fürsorgestellen der Krankenkassen 22.496 Untersuchungen, insgesamt also 124.531 Untersuchungen vorgenommen. Von je 100 Gesamtuntersuchungen waren im Berichtsjahre 5'7 Sputumuntersuchungen, 11'1 Röntgenuntersuchungen, 8'4 Tuberkulinprüfungen an Kindern und 3'4 Untersuchungen der Sinkgeschwindigkeit des Blutes nach Fahräus. An der Auswurfuntersuchungsstelle des städtischen Gesundheitsamtes wurden 5.132 Auswurfuntersuchungen und an der städtischen Fahräusstation 4.303 Blutsenkungsprüfungen vorgenommen. Von den 25.806 Neuzugängen im Jahre 1931 entfielen 12.091 auf geschlossene Tuberkulose, 1.518 auf offene Tuberkulose, 489 auf tuberkulöse Erkrankungen mit Ausschluss der Lungentuberkulose und 1.378 auf andere nicht tuberkulöse Erkrankungen; 5.195 Fälle waren sogenannte Verdachtsfälle, während bei 5.140 Personen alle Krankheiterscheinungen fehlten. Bei 678 Lungenkranken zeigten sich Komplikationen mit tuberkulösen Erkrankungen anderer Organe, insbesondere des Drüsenapparates, der Knochen und Gelenke. Die Erfassung der ansteckenden Tuberkulösen bildete auch im vergangenen Jahre wieder einen der wichtigsten Zweige der fürsorgerischen Arbeit. Von den an den Fürsorgestellen neu aufgenommenen Kranken wurden 1.518 als ansteckend befunden; durch die vollständige Erfassung von 1.251 Familien mit 3.975 Familienmitgliedern lernten die Fürsorgestellen 70 Ansteckungsquellen neu kennen. Von 10.000 Einwohnern standen im Berichtsjahre 34'3 offen-tuberkulöse Kranke in der Fürsorge. Von den Fürsorgereinen wurden im Berichtsjahre insgesamt 91.925 Heimbesuche durchgeführt, von denen 20.061 Erstbesuche und 71.864 Nachbesuche waren. Von grundsätzlicher Wichtigkeit für die Erweiterung und Vertiefung der Tuberkulosefürsorge ist die im Einvernehmen mit dem Jugendamte der Stadt Wien in die Wege geleitete Heranziehung des Jugendgerichtes zum Schutze gefährdeter Säuglinge und Kleinkinder solcher Familien, in denen trotz eindringlichster Aufklärung der Eltern die zum Schutze der Kinder notwendigen Massnahmen nicht durchgeführt werden. Die Zusammenarbeit mit den Organen der städtischen Jugendfürsorge hat sich auch im Berichtsjahre weiter entwickelt. So wurden dem schulärztlichen Dienst 1.800 Gesundheitsblätter von Kindern übermittelt, die schon vor Schuleintritt unter Beobachtung der Fürsorgestellen gestanden waren. Bei der städtischen Zentralaufnahmestelle für Tuberkulose und Kurbedürftige liefen insgesamt 10.022 Ansuchen ein. Die Zentralaufnahmestelle führte im Berichtsjahre 14.483 Untersuchungen, 1.609 Schickproben, 1.039 gynäkologische Visitationen und 225 Haus- und Spitalsbesuche durch. 3.387 Erwachsene und 3.899 Kinder wurden von der städtischen Zentralaufnahmestelle der entsprechenden Behandlung zugeführt."

Sodann wurden die Wahlen in den Vollzugsausschuss der Landeszentrale Wien zur Bekämpfung der Tuberkulose vorgenommen. Zum Vorsitzenden des Vollzugsausschusses wurde Landessanitätsreferent Oberstadtphysikus Dr. Gegenbauer gewählt.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 174  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 23. Juni 1932.

## Die Konfessionsänderungen in Wien im Jahre 1931.

Auf Grund der Berichte der magistratischen Bezirksämter hat die Magistratsabteilung für Statistik die Anzeigen über Konfessionsänderungen in Wien im Jahre 1931 zusammengestellt und statistisch verarbeitet. Aus der Zusammenstellung geht hervor, dass im Berichtsjahre 912 Personen in die römisch-katholische Kirche eintraten, während 6.997 Personen ihren Austritt aus der römisch-katholischen Kirche anmeldeten. Die evangelische Kirche A.B. verzeichnet 1.207 Eintritte und 959 Austritte; der evangelischen Kirche H.B. traten im Berichtsjahre 92 Personen bei, während 97 Personen ihren Austritt vollzogen. In die altkatholische Kirche traten 1.035 Personen ein; die Zahl der Kirchenaustritte betrug 366. Die israelitische Religionsgemeinschaft verzeichnet im Vorjahre 128 Eintritte und 717 Austritte. Der griechisch-katholischen Kirche traten 14 Personen bei, während 43 Personen ihren Austritt anmeldeten. Nach dieser Zusammenstellung ergibt sich ein Ueberwiegen der Zahl der Austritte gegenüber den Eintritten bei der römisch-katholischen Kirche um 6.085, bei der evangelischen Kirche H.B. um 5, bei der israelitischen Religionsgemeinschaft um 589 und bei der griechisch-katholischen Kirche um 29. Die Zahl der Eintritte ist nur bei der evangelischen Kirche A.B. und bei der altkatholischen Kirche grösser als die der Austritte; in die evangelische Kirche A.B. traten im Berichtsjahre um 248 Personen und in die altkatholische Kirche um 669 Personen mehr ein als aus diesen Kirchen austraten. 5.791 Personen erklärten, konfessionslos bleiben zu wollen.

## Städtischer Ehrenpreis für die Sezession.

Der Gemeinderat der Stadt Wien hat für die Frühjahrsausstellung der Vereinigung bildender Künstler "Wiener Sezession" einen Ehrenpreis in der Höhe von tausend Schilling gewidmet. Gestern, Mittwoch, trat unter dem Vorsitze des amtsführenden Stadtrates Honay die Jury zusammen und beschloss einstimmig, den für die Sezession gewidmeten Ehrenpreis dem akademischen Maler Ferdinand Kitt für die Gesamtheit der von diesem Künstler ausgestellten Werke zu verleihen.

## Tagesbadekarten für das Stadionbad an Sonntagen.

Badegäste, die das Stadionbad mit besonderer Vorliebe an Sonntagen besuchen, haben darüber Klage geführt, dass sie sich bei der Ueberschreitung der vierstündigen Badezeit neuerdings an den Kassenschaltern zur Verlängerung der Karte anstellen müssen, was zu unbequemen und zeitraubenden Manipulationen führe. Um den Wünschen des Publikums gerecht zu werden, hat die Stadion-Betriebsgesellschaft nunmehr veranlasst, dass von kommenden Sonntag an nur ganztägig gültige Tagesbadekarten zum Preise von 1'60 Schilling für ein Kästchen und von 3 Schilling für eine Kabine ausgegeben werden. Hiedurch entfallen für die Badebesucher alle zeitlichen Beschränkungen.

## Sitzung der Bezirksvertretung Meidling.

Die Bezirksvertretung Meidling tritt am Donnerstag, den 30. Juni, um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

175

Wien, am 24. Juni 1932.

In der nächsten Woche täglicher Parteienverkehr im Wohnungsamt.  
Ausgestaltung des Wohnungsnachweises.-Einschränkung der Zahl der schrift-  
lichen Eingaben unbedingt notwendig.

Die Zahl der Eingaben und Vorsprachen der Parteien im städtischen Wohnungsamt ist in den letzten Wochen stark angestiegen; das hat eine Stockung in der Erledigung der einzelnen Fälle mit sich gebracht. Die städtische Wohnhäuserverwaltung hat sich daher veranlasst gesehen, eine Vereinfachung im Verkehr mit der wohnungssuchenden Bevölkerung durchzuführen; es soll jeder Partei möglich sein, ihre Angelegenheit, ohne irgendeine Intervention in Anspruch zu nehmen, unmittelbar und persönlich beim Amte vorzubringen. Die Vereinfachung im Parteienverkehr soll, wie das Amt hofft, auch zeitraubenden und unnützen schriftlichen Verkehr ersparen.

Es wird daher in der kommenden Woche in der städtischen Wohnhäuserverwaltung von Montag bis einschliesslich Freitag in der Zeit von 12 Uhr bis 14 Uhr, am Samstag in der Zeit von 10 bis 12 Uhr allgemeiner Parteienverkehr sein.

Da in den nächsten zwei Monaten Neubauten nicht besiedelt werden und da überdies die grösste Zahl der Urlaube der Angestellten in diese beiden Sommermonate fällt, wird in den Monaten Juli und August im städtischen Wohnungsamt kein allgemeiner Parteienverkehr stattfinden. In unaufschiebbaren Fällen, zum Beispiel bei Delogierung kinderreicher Familien oder Baufälligkeit einer Wohnung, sind jedoch auch in diesen beiden Monaten Vorsprachen der Parteien beim Wohnungsamte möglich. Der allgemeine tägliche Parteienverkehr beim städtischen Wohnungsamt wird dann vom 1. September an wieder aufgenommen werden.

Da die Zahl von Ansuchen um Wohnungstausch ständig ansteigt, wird der Wohnungsnachweis der städtischen Wohnhäuserverwaltung ausgestaltet. Bisher wollten die meisten Tauschwerber ihre Wohnung mit einer Wohnung in einem städtischen Neubau tauschen; solche Ansuchen können jedoch nur in einem beschränkten Umfange befriedigt werden, weil von den Wohnungen in städtischen Neubauten höchstens ein Drittel im Tauschwege vergeben werden kann. Nunmehr soll versucht werden, auch Wohnungen in Privathäusern in den Tauschverkehr einzubeziehen. Es werden alle Tauschansuchen, die bei der städtischen Wohnhäuserverwaltung einlangen, bezirksweise geordnet in Listen zusammengestellt und diese Listen den Tauschwerbern zur Einsichtnahme vorgelegt werden. So wird den Parteien die Möglichkeit gegeben werden, selbst Tauschpartner zu finden.

Neuerlich muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass immer wieder Betrüger sich die Wohnungsnot zunutze machen und Wohnungssuchenden vorspiegeln, dass sie durch irgendeine Intervention im Wohnungsamt eine begünstigte Behandlung eines Ansuchens herbeiführen können. Selbstverständlich kann keinerlei Intervention, durch wen immer sie erfolgen möge, die sachliche, lediglich durch die Wohnungsbedürftigkeit der Partei bestimmte Entscheidung des Amtes irgendwie beeinflussen.

Da das städtische Wohnungsamt natürlich nur einen Teil der Wohnungssuchenden befriedigen kann, wenden sich viele Parteien, denen keine

# RATHAUSKORRESPONDENZ

I. Blatt

Wien, am.....

Wohnungen zur Verfügung gestellt werden konnten, entweder mit Eingaben oder durch Vorsprachen an Mandatare, Organisationen und Personen, von denen sie annehmen, sie könnten durch Intervention bei der städtischen Wohnhäuserverwaltung eine günstige Erledigung der Ansuchen erwirken. Wenn solche Bemühungen durchaus begreiflich sind, so können sie doch nie zum Ziele führen und bedeuten bloss für das Amt eine ungeheure Belastung und Häufung der Arbeit, da auch durch wiederholte Interventionen die Zahl der zur Verfügung stehenden Wohnungen nicht vermehrt werden kann. Die ungeheure Zahl der schriftlichen Eingaben an die städtische Wohnhäuserverwaltung macht es schlechthin unmöglich, jedes Schreiben schriftlich zu beantworten. Im Vorjahre sind beim städtischen Wohnungsamt insgesamt 89.260 schriftliche Eingaben von Wohnungssuchenden eingelangt; 32.147 Eingaben waren an den amtsführenden Stadtrat für Wohnungswesen persönlich gerichtet. Diese Zahlen beweisen, dass der schriftliche Verkehr mit den Wohnungssuchenden nicht nur zeitraubend, sondern geradezu unmöglich ist. Es wird daher von nun an die Beantwortung schriftlicher Eingaben ausschliesslich bei der nächsten Vorsprache der Partei durch den zuständigen Referenten der städtischen Wohnhäuserverwaltung erfolgen.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 176

Ausgabe

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 24. Juni 1932.

## Der Kampf gegen den Krebs.

Heute fand eine Sitzung der Gesellschaft der Aerzte statt, im Zeichen der Krebsbekämpfung und Krebsbehandlung stand. Primarärzte Krankenhauses der Stadt Wien und Aerzte des dem städtischen Krankenhauses angegliederten Institutes für Strahlentherapie, das bekanntlich über 100 Gramm Radium verfügt, stellten eine Reihe von Patienten vor und besprachen die erzielten Heilerfolge. Es wurden mehr als zwanzig Patienten vorgestellt, die im Strahleninstitut der Gemeinde Wien behandelt worden sind.

Assistenzarzt Dr. Schloss zeigte Fälle von Mundboden- und Kehlkrebstumoren, von Krebs des Rachendaches und des männlichen Geschlechtssteiles, die trotz der Schwere der Behandlung geheilt worden sind. Die Heilung einer Geschwulst des vorderen Mittelfellraumes, die ebenso wie die anderen Fälle mit Radium behandelt worden und vollkommen zurückgegangen sind, erregte berechtigtes Aufsehen. Assistenzarzt Dr. Maier stellte Fälle von Kehlkopf- und Gebärmutterkrebstumoren vor, die ausgezeichnet auf Radium sprechen und ebenfalls zur Heilung gebracht werden konnten. Von Assistenzarzt Dr. Melchart wurde je ein Fall von Krebs des Kehlkopfes, der Zungenmandel und des Dickdarms gezeigt, die durch eine energische Röntgenbestrahlung bedeutend gebessert worden sind.

In der anschliessenden Debatte sprachen Professor Dr. Reber über die Ziele der Radiumbehandlung beim Kehlkopfkrebs, Professor Keitler über operative Behandlung und Strahlenbehandlung bei Gebärmutterkrebstumoren und Professor Dr. Kren über die Behandlungsmethode bei Hauttumoren. Primararzt Dozent Dr. Schönbauer erklärte, dass er als Chirurg nicht mehr operieren werde, da die Radiumbehandlung in diesen Fällen zu durchaus befriedigenden Erfolgen geführt habe. Er hoffte, sagte Dozent Dr. Schönbauer, dass auch jene Aerzte, die andere Behandlungsmethoden anwenden, einmal die Erfolge ihrer Behandlungsmethoden erleben werden.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

177

Wien, am 25. Juni 1932

## Ehedispense und Konfessionsänderungen im April 1932.

Wie die Magistratsabteilung für Statistik mitteilt, wurden im vergangenen April vom Wiener Magistrat 318 Ansuchen um Ehedispens bewilligt; das sind um 64 mehr als im März dieses Jahres und um 29 mehr als im April 1931. Von den im Berichtsmonate bewilligten 318 Ansuchen betrafen 211 Dispens vom Hindernisse des bestehenden Ehebandes.

An den Magistrat wurden im vergangenen April 802 Anzeigen über Konfessionsänderung erstattet, um 99 mehr als im März dieses Jahres, aber um 89 weniger als im April 1931. 600 Personen zeigten ihren Austritt aus der römisch-katholischen Kirche und 67 ihren Austritt aus der mosaischen Religionsgemeinschaft an; 457 Personen erklärten, konfessionslos bleiben zu wollen.

## Jubilare der Ehe.

In den letzten Tagen feierten die Ehepaare Franz und Elisabeth Fröhlich, Mathäus und Anna Kaiser und Johann und Anna Zemina ihre goldene Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Honay in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

## Freie Arztstelle.

An der Prosektur des Krankenhauses der Stadt Wien in Lainz gelangt die Stelle eines Assistenzarztes zur Besetzung. Die Bezüge eines Assistenzarztes betragen 356'25 Schilling monatlich und erhöhen sich nach den ersten zwei Dienstjahren als Assistenzarzt einmal um 10 Schilling monatlich. Hiezu kommt ein monatlicher Wohnungsgeldzuschuss von 33 Schilling, der im Falle der Einräumung einer Dienstwohnung wieder zur Gänze als Entgelt für Beheizung, Beleuchtung und Bedienung abgezogen wird. Gesuche um diese Stelle, die mit den entsprechenden Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen belegt sein müssen, sind bis spätestens 9. Juli im Büro der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten, Neues Rathaus, einzubringen. Bereits im Dienste der Gemeinde Wien stehende Bewerber haben die Gesuche im Dienstwege vorzulegen. Die Gesuche sind mit einem Bundesstempel im Betrage von einem Schilling zu versehen; die Gesuchsbeilagen sind, wenn sie nicht ohnehin bereits gestempelt sind, mit einem Bundesstempel im Betrage von je zwanzig Groschen zu versehen.

## Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

In der nächsten Zeit werden auf dem Alsergrund die Fuchsröhrengasse, Wilhelm Ottogasse und ein Teil der Zipperergasse mit elektrischer Beleuchtung versehen. Die Aufträge zur Durchführung der notwendigen Installationsarbeiten sind vom Magistrat bereits vergeben worden.

## Von den Bezirksvertretungen.

Die Bezirksvertretung Wieden tritt am Dienstag, den 28. Juni, um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

Die Bezirksvertretung Mariahilf hält am Donnerstag, den 30. Juni, um 18 Uhr eine öffentliche und vertrauliche Sitzung ab.

## Einsiedekurse an der städtischen Koch- und Haushaltungsschule.

An der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, Brückengasse 3 und Petrusgasse 10, wird demnächst je ein Einsiedekurs am Nachmittag und am Abend abgehalten. Der Nachmittagskurs findet am 27., 28. und 30. Juni statt, der Abendkurs am 5., 6. und 7. Juli. Einschreibungen in der Schulkanzlei.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

178

Wien, am 27. Juni 1932.

## Subventionen der Gemeinde Wien.

Im Voranschlag der Gemeinde Wien sind bei verschiedenen Zweigen der Gemeindeverwaltung Subventionsposten mit ausdrücklicher Widmung angeführt, die bereits gleich nach Genehmigung durch den Gemeinderat zur Auszahlung gelangten, so beispielsweise der Beitrag für das Wiener Jugendhilfswerk in der Höhe von 200.000 Schilling, die Subvention an die Aktion "Lehrlinge aufs Land" in der Höhe von 50.000 Schilling, die Subventionen zur Förderung von Sport und Körperkultur in der Höhe von 75.000 Schilling und die Subvention an die Wiener Messe von 60.000 Schilling. Ausserdem aber genehmigt der Wiener Gemeinderat alljährlich auf Grund von Einzelgesuchen noch eine grosse Anzahl von Subventionen an Vereinigungen, die sich mit Kunst, Wissenschaft, Bildungswesen, humanitären Einrichtungen, Bekämpfung des Alkohols beschäftigen, an freiwillige Feuerwehren und so fort. Insgesamt sind für Subventionen rund 827.000 Schilling vorgesehen. Folgende Vereine sollen mit einer Subvention bedacht werden:

### Kunst.

Denkmäler der Tonkunst 800 S.-, Gesellschaft der Musikfreunde 2.500 S.-, Wiener Tonkünstler Orchester 4.000 S.-, Wiener Sinfonieorchester 8.000 S.-, Wiener Lehrer a capella Chor 300 S.-, Deutscher Volksgesangsverein 200 S.-, Verein für volkstümliche Musikpflege 700 S.-, Oesterr. Komponistenbund 300 S.-, Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens 4.000 S.-, Vereinigung bildender Künstler "Wiener Sezession" 7.000 S.-, "Kunstgemeinschaft" Vereinigung bildender Künstler Oesterreichs 500 S.-, Gesellschaft zur Förderung der Kunstgewerbeschule 1.000 S.-, Gesellschaft für vielfältigende Kunst 300 S.-, Wiener Zweigverein der Deutschen Schillerstiftung 600 S.-, Wiener Dombauverein 4.000 S. und Künstlerbund "Hagen" 500 S.-.

### Wissenschaft.

Verein "Carnuntum" 800 S.-, Biologische Versuchsanstalt der Akademie der Wissenschaften 800 S.-, Komitee zur Veranstaltung von Gastvorträgen ausländischer Gelehrter exakter Wissenschaften 600 S.-, Verein für Geschichte der Stadt Wien 1.000 S.-, Oesterr. Bund für Volksaufartung und Erbkunde 400 S.-, Wissenschaftlicher Klub 500 S.-, Numismatische Gesellschaft 400 S.-, Wiener Bibliophilen-Gesellschaft 400 S.-, Geographische Gesellschaft 400 S.-, Oesterr. Gesellschaft für Höhlenforschung 200 S.-, Oesterr. Gesellschaft für Bevölkerungspolitik und Fürsorgewesen 200 S.-, Oesterr. Mykologische Gesellschaft (Pilzkunde, Botanisches Institut) 200 S.- und Gesellschaft zur Förderung des Institutes für Statistik der Minderheitsvölker an der Universität in Wien 200 S.-.

### Bildungswesen.

Volkstümliche Universitätskurse 2.000 S.-, Volkshochschule Wien Volksheim 24.000 S.-, Wiener Volksbildungsverein 16.000 S.-, Verein Zentralbibliothek 8.000 S.-, Zentralverein für Volksbüchereien und Lesehallen 12.000 S.-, Verein Volksleschalle 4.000 S.-, Wiener Urania 12.000 S.-, Oesterr. Gesellschaft für Volksgesundheit 1.500 S.-, Technisches Museum 3.000 S.-, Oesterr. Verband für die Materialprüfungen der Technik 200 S.-, Fürsorge der medizinischen Fakultät, Physiologisches Institut 1.600 S.-, Vereinigung Wiener Juristen 1.200 S.-, Vereinigung Wiener Mediziner 700 S.-, Museum für Volkskunde 4.000 S.-, Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum 22.000 S.-, Lehrerarbeitgemeinschaft "Lichtbild" 6.000 S.-, Grillparzer-Ausgabe 1.000 S.-,

# RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Wien, am.....

Jugendschriftenstelle für blinde Kinder 1.000 S.-, Verein Hilfsschule für Schulentlassene 300 S.-, Verein der Naturbeobachter und Sammler 100 S.-, Wiener Frauenakademie 300 S.-, Fortbildungsschule für Hausgehilfinnen 1.600 S.-, Verband der christlichen Hausgehilfinnen 800 S.-, Wiener Pädagogische Gesellschaft 1.300 S.- und Oesterr. Bildspielbund 500 S.-.

## Bekämpfung des Alkohols.

Arbeiter Abstinentenbund in Oesterreich 10.000 S.-, Abstinentenverein "Lebensreform" 500 S.-, Verein abstinenter Frauen 1.200 S.-, Katholisches Kreuzbündnis 500 S.-, Bund enhaltsamer Erzieher 200 S.-, Gesellschaft zur Förderung des Verbrauches von Milch und heimischen Molke-reiprodukten 3.000 S.- und Oesterr. Guttemplerorden 200 S.-.

## Humanitäre Einrichtungen.

Wiener freiwillige Rettungsgesellschaft 6.000 S.-, Herzstation 2.000 S.-, I. öffentl. Kinderkrankeninstitut 2.000 S.-, St. Josef Kinderspi-talverein 2.000 S.-, Dr. Krügerheim 200 S.-, Rekonvaleszentenheim "Philan-tropia" 200 S.-, "Charite" 200 S.-, Verein Künstlerheim 500 S.-, Verein "Di-striktskrankenpflege" 10.000 S.-, Hauskrankenpflege 2.800 S.-, Krüppelarbeits-gemeinschaft 2.500 S.-, Verein zur Errichtung und Erhaltung der Ersten Wiener Suppen- und Teeanstalt 3.000 S.-, Lebensmüdenstelle der Ethischen Gemeinde 400 S.-, Soziale Gerichtshilfe für Erwachsene 2.000 S.-, Verband Jugendheim 35.000 S.-, Reichsbund der katholischen deutschen Jugend Oesterreichs 8.750 S.-, Verein Jugendberatung 200 S.-, Zentralstelle für Kinderschutz und Ju-gendfürsorge 400 S.-, Deutsch-österr. Bühnenverein 15.000 S.-, Wirtschafts-hilfe der Arbeiterstudenten Oesterreichs 6.000 S.-, Unterstützungsverein Aka-demikerhilfe 2.000 S.- und Hitzinger freiwillige Rettungsgesellschaft 500 S.-.

Die Wiener Theater und die Mehrzahl der Wiener Kinos haben bekanntlich die Einnahmen der Veranstaltungen am 18. Dezember 1931 im vollen Umfange der "Winterhilfe" gewidmet. Es war dies allerdings an die Vorausset-zung geknüpft, dass diese Tageseinnahme keine **Schmälerung** durch die Lust-barkeitsabgabe erfahre. Es ist daher notwendig, der Winterhilfe eine Subven-tion in der Höhe des Steuerbetrages zu geben. Da der Steuerbetrag 30.944 Schilling ausmacht, soll die Aktion Winterhilfe mit einer Subvention von 30.944 Schilling bedacht werden. Die Winterhilfe wird die Einzahlung auf die Steuerkonten der einzelnen Veranstalter leisten, die gegenüber dem Magistrat normal abgerechnet haben und für den Steuerbetrag belastet sind.

## Freiwillige Feuerwehren.

Feuerwehr Josefsdorf 1.000 S.-, Siedlungsfeuerwehr Rosenthal-Satzberg 1.000 S.-, Feuerwehr Wolfersberg 1.000 S.-, Feuerwehr Rudolfshügel 1.000 S.-, Feuerwehr Bad Hall 100 S.-, Feuerwehr Mauerbach 300 S.- und Feuer-wehr Wieselburg a. d. Erlaf 100 S.-.

## Sammelgruppe.

Oesterr. Deutscher Volksbund 8.000 S.-, Gesellschaft zur Be-kämpfung der Rauch- und Staubplage 400 S.-, Verschönerungsverein "Jedlese" 3.500 S.-, Tierschutzverein für das Bundesgebiet Oesterreich jetzt: Allge-meiner Tierschutzverband Oesterreichs 2.500 S.-, Touristenverein "Die Na-turfreunde" 8.000 S.-, Christlicher Arbeitertouristenverein 800 S.-, Oesterr. Erfinderverband 500 S.- und Komitee zur Errichtung eines Dr. Julius Ofner-Denkmales 5.000 S.-.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

III. Blatt

Wien, am.....

Diese Vorlage wurde heute im Finanzausschuss des Wiener Gemeinderates beraten. Die Minderheit stellte eine Reihe von Anträgen auf Erhöhung einzelner Subventionen; so beantragte Stadtrat Kunschak, die Subventionen für den Wiener Dombauverein, für den Verein Hauskrankenpflege und für den Christlichen Arbeitertouristenverein zu erhöhen. Gegenüber den Ausführungen der Minderheit verwies der Referent, Gemeinderat Thaller, darauf, dass die in Beratung stehende Vorlage schon einen Zuschusskredit von 30.000 Schilling erforderlich mache und von einer Erhöhung einzelner Subventionen mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Gemeinde abgesehen werden müsse. Der Magistratsantrag wurde sodann unverändert angenommen.

-----

## Züricher Sänger im Wiener Rathaus.

Der Züricher Buchdrucker Gesangsverein "Typographia" hat eine Sängerreise nach Wien unternommen. Die Teilnehmergruppe umfasst ungefähr 150 Personen; sie wurde heute im Wiener Rathaus empfangen. Nach einer Führung durch die städtischen Sammlungen und Festräume begrüßte Stadtrat Honay die Gäste auf das herzlichste. Obmann Leuthold dankte namens aller Teilnehmer für den freundlichen Empfang. Die Gäste werden auch die wichtigsten Einrichtungen der Gemeindeverwaltung besichtigen.

-----





# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

180

Wien, am 30. Juni 1932

## Sitzungen im Rathaus.

Der Wiener Landtag tritt morgen, Freitag, um 16 Uhr 30 zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Sitzung des Landtages hält der Gemeinderat der Stadt Wien eine Sitzung ab.

## ..... Neue Bürger der Stadt Wien.

### Feierliche Ueberreichung der Bürgerdiplome.

Heute mittags fand im Sitzungssaale des Stadtsenates die feierliche Ueberreichung der Bürgerdiplome an Universitätsprofessor Hofrat Dr. Eiselsberg, Universitätsprofessor Dr. Markus Hajek, Universitätsprofessor Geheimrat Dr. Karl Noorden und Kommerzialrat Johann Wancura, die vom Gemeinderat zu Bürgern der Stadt Wien ernannt worden waren, statt. Zu der Feier hatten sich die amtsführenden Stadträte Breitner, Honay, Linder, Richter, Speiser und Professor Dr. Tandler, Präsident Glöckel, Nationalrat Waihs, zahlreiche Vertreter der wissenschaftlichen Welt, insbesondere der Wiener medizinischen Schule, so unter anderem Professor Dr. Lorenz, Professor Dr. Wagner-Jauregg, und viele andere eingefunden.

Bürgermeister Seitz nahm die feierliche Ueberreichung der Bürgerdiplome vor. Der Bürgermeister führte aus: "In einer schlichten Feier ehrt die Stadt Wien drei Männer der Wissenschaft und einen Mann aus dem praktischen Erwerbsleben.

Die innige Verbundenheit Wiens mit seiner alma mater geht auf Jahrhunderte zurück; mögen im Wandel der Zeiten Gegensätze der Weltanschauung und der politischen Meinung bestanden haben und bestehen, die Schicksalsgemeinschaft dieser Stadt und ihrer Universität ist gegeben und wird immer stehen. Wir Wiener sind stolz auf die Männer der Wissenschaft, die nicht nur in ihrer Heimat Grosses leisten, sondern den Ruhm der Stadt auch hinaustragen in die Welt."

Zu Professor Eiselsberg gewendet sagte der Bürgermeister: "Der Name Eiselsberg klingt in ganz Wien, erweckt in jedem von uns die Erinnerung an den grossen Meister Billroth, an dessen Seite Eiselsberg als Schüler und Assistent gewirkt hat. Wir sehen Professor Eiselsberg dann in Paris, in Würzburg und in Zürich wirken und wieder heimfinden nach Wien, seiner eigentlichen wissenschaftlichen Heimat. Drei Jahrzehnte wirkt er an der Wiener Universität, drei Jahrzehnte im Krankenhaus, am Bett des unglücklichen Menschen, der dank der bewundernswerten Kunst des Arztes wieder langsam genest. Professor Eiselsberg, den die Stadt Wien durch die Ernennung zu ihrem Bürger geehrt hat, ist uns ein Beispiel kraftstrotzenden Lebens, der, wenn er anderen Gesundheit gab, das nicht nur aus der Fülle seiner wissenschaftlichen Kunst, sondern vielleicht auch aus der Fülle seiner Vitalität tat. Wir hoffen, ihn noch lange in Wien wirken zu sehen."

"Professor Hajek hat durch dreizehn Jahre am Allgemeinen Krankenhaus gewirkt," fuhr der Bürgermeister fort, "und dort ein Werk weitergeführt, dem der Dank und die Bewunderung aller gebührt. Er, der auch den Namen der Stadt Wien hinausgetragen hat in die Welt der Wissenschaft, scheidet jetzt von der Universität; bleiben aber wird das Werk, das er dort geschaffen hat. Wir alle hoffen, dass die ärztliche Kunst des neuen Bürgers der Stadt Wien, dem wir heute für sein Lebenswerk danken, uns noch viele Jahre erhalten bleibt."

# RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Wien, am 30. Juni 1932

Zu Geheimrat Professor Noorden sagte der Bürgermeister bei der Ueberreichung des Bürgerdiploms: "Professor Noorden, der heute vor uns in voller Rüstigkeit steht, war schon vor vielen Jahren eine Zierde der Wiener Universität. Er ist dann ins Ausland gegangen. Wir glauben aber, dass er seine schönste Zeit, die Zeit, die als die wichtigste für seine wissenschaftliche Arbeit bezeichnet werden kann, hier in Wien verbracht hat. Der Name Noorden klingt in der ganzen Welt, wo man von Ernährung und Stoffwechsel spricht, er klingt ganz besonders in Wien. Ich danke Noorden vor allem dafür, dass er sich entschlossen hat, an das Krankenhaus der Stadt Wien zu kommen und seine Tätigkeit in Wien wieder aufzunehmen. Wir tragen die Bürger Wiens in ein Ehrenbuch ein; wenn man die Namen dieser Bürger überblickt, so überschaut man gleichsam ein Stück Kulturgeschichte dieser Stadt. Einer der glanzvollsten Namen in diesem Buch wird der Name Noorden sein, nicht bloss ob der Gelehrsamkeit, nicht ob der wissenschaftlichen Arbeit des neuen Bürgers allein, sondern weil er Arzt ist, ein Arzt, der den ganzen Menschen schaut und seine Behandlung danach bestimmt, der Arzt, wie wir ihn uns vorstellen."

Dann wendete Bürgermeister Seitz sich an Kommerzialrat Wancura. "Wir feiern heute auch einen Mann aus der Geschäftswelt, aus dem praktischen Leben, einen Mann, der an der Spitze einer hochangesehenen Firma steht, die vor kurzem die Feier ihres hundertjährigen Bestandes begehen konnte und die sechzig Jahre lang in enger Beziehung zur Stadt Wien steht. Kommerzialrat Wancura hat in verschiedenen Funktionen des öffentlichen Lebens gewirkt und der Allgemeinheit in Hingabe und Treue gedient. Wir wissen, dass er sozial denkt, dass er ein Herz hat für die leidenden Menschen. Wir danken ihm, einem Manne, der sich weit über den Kreis der ihm politisch Nahestehenden hinaus der Achtung und der Wertschätzung der Wiener erfreut, für seine Lebensarbeit."

Die neuen Bürger dankten dem Bürgermeister und der Stadtverwaltung für die Ehrung. Professor Eiselsberg wies auf seinen Lehrer Billroth hin, dem er alles zu danken habe. Die Ernennung zum Bürger der Stadt Wien fasse er nicht nur als Ehrung seiner Person, sondern auch als Ehrung aller Aerzte auf. Professor Hajek führte in seinen Dankesworten unter anderem aus, die Ernennung zum Bürger der Stadt Wien erfülle ihn mit besonderer Freude, weil er darin einen Beweis erblicke, dass es ihm gelungen sei, im Dienste der Allgemeinheit und der Wissenschaft zu wirken. Geheimrat Professor Noorden erinnert daran, dass er vor drei Jahren vom Bürgermeister aufgefordert worden sei, nach Wien zurückzukehren und hier eine neue Abteilung einzurichten. Es habe ihn immer nach Wien zurückgezogen, in die Stadt, in der er als Nachfolger Nothnagels habe wirken dürfen. Darum erfülle ihn die Ernennung zum Bürger der Stadt Wien mit besonderer Freude und besonderem Stolz. In seinen Dankesworten an den Bürgermeister und den Gemeinderat erwähnte Kommerzialrat Wancura, dass er in mehr als fünfzig Jahren die Stadt Wien und deren Bürger lieben und schätzen gelernt habe und dass er die Verleihung der höchsten Auszeichnung der Stadt an ihn als eine Auszeichnung für seinen ganzen Stand und für seine treuen Mitarbeiter auffasse.

Am Schlusse der Feier dankte der Bürgermeister den Freunden, Verwandten und Mitarbeitern der neuen Bürger für die Hilfe, die sie den Männern auf deren Lebensweg und bei deren Lebensarbeit geleistet haben.

Die Bürgerdiplome sind mit künstlerischen Schmuck versehen. In dem Diplom Professor Eiselsbergs ist ein Bild des akademischen Malers Karl May, das die Klinik Eiselsberg im Allgemeinen Krankenhaus darstellt; das Diplom Professor Hajeks ist mit einem Bild der Kapelle auf dem Königsberg von der Hand des akademischen Malers Georg Merkel geschmückt. Im Diplom des Geheimrates Noorden hat Hofrat Professor Larisch das Stadtwappen der Geburtsstadt Professor Noordens, der Stadt Bonn, und die Wappen der Städte des Wirkens des Gelehrten dargestellt. Das Diplom des Kommerzialrates Wancura enthält ein Bild des Stefansplatzes von der Hand Professor Ranzonis.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 181  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Zweite Ausgabe

Wien, am 30. Juni 1932

---

## Ein Besuch des Rektors der Universität bei Bürgermeister Seitz.

Heute nachmittags erschien Rektor Professor Dr. Abel im Rathaus und stattete dem Bürgermeister einen Besuch ab, um ihm für seine Hilfe bei der Abwehr des Attentates auf dem Zentralfriedhof zu danken. Bürgermeister Seitz erwiderte, er habe nur getan, was im Augenblick notwendig gewesen sei.

---

## 25 Jahre Gänsehäufel.

Das Strandbad Gänsehäufel feiert hucor das Fest seines 25jährigen Bestandes. Aus diesem Anlass findet am kommenden Sonntag ein grosses Strandfest statt. Normale Eintrittspreise. Das Strandfest beginnt um 14 Uhr 30.

---